CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 53 Jahrgang 6 Februar '89 3.00 D

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Europa gegen den Strom

Eine Reise durch das andere Europa

(Redaktionen Heidelberg und Nürnberg) „Europa gegen den Strom“ ist der Titel eines Versuchs, Europa gegen den Strom zu betrachten. Beginnend mit diesem Schwerpunktthema will CONTRASTE in seinen kommenden Ausgaben in fremden, europäischen Landen vagabundieren.

Betrachtet werden soll natürlich auch der Mainstream europäischer Entwicklung zu einem Wirtschaftsblock grenzenloser Kapitalinteressen, der seine Armenhäuser an seine Ränder und in die Dritte Welt expediert und in der Entwicklung zum EG-Binnenmarkt sogenannte „Wohlfahrtsgewinne“ durch neue Preis-, Handels- und Produktionsentwicklungen verspricht, wo sozialer Abbau und weitere Umweltzerstörung zu befürchten ist.

Betrachtet werden soll aber ebenfalls die Entwicklung „gegen den Strom“, welche Utopien von einem anderen Leben in einem anderen Europa bestehen und was davon in anderen Ländern gelebt wird...

Unsere Reise beginnt somit da, wo wir hemmungslos unseren eigenen Utopien vom Anders-Zeitung-Machen frönten: unlängst waren wir in Tarifa bei Gibraltar (ganz unten in Europa) und hatten unser erstes wirklich kollektives Redaktionserlebnis zwischen **Feigenkakteen und Computern** bei der Betrachtung europäischer Themen im Workcamp (s. S. 2 *Contraste intern*).

„Contraste ohne Strom“ könnte die Titelunterzeile dieses Berichts heißen - schon auf der folgenden Seite hieße er eher **„Contraste unter Strom“**. Denn anhand der Ökobankberichte von Contraste und des in unserer Abwesenheit hervorgerufenen Presseechos entstand ein handfester, hausinterner Krach, der den termingerechten Ausgang unseres Medienexperimentes gefährdete, eine telefonische redaktionelle Abstimmung über zu veröffentlichende Beiträge notwendig machte und unsere europaweiten Horizonte jäh auf die Betrachtung des eigenen Bauchnabels zusammenstutzte.

Dennoch, unsere Reise durch das andere Europa fand immerhin ihre erste Station in einem „alternativ“ wiederbevölkerten, ehedem verlassenen andalusischen Bergdorf (**Rock the Flamenco**, s. S. 6) und wird auch weitergehen (in den kommenden Monaten führt sie durch Portugal, Irland und Griechenland). Dabei vergessen wir über Träume von einem anderen Europa auch nie die grausame Wirklichkeit und bringen in der kommenden Ausgabe (passend zu unserem Computerschwerpunkt) einen Gastbeitrag zum europäischen **Medienrausch ohne Grenzen** von der Redaktion des Schwarzen Faden.

Das Bergdorf: Castellar de la Frontera *Foto: Regina Engel*

Europa gegen den Strom

Rock the Flamenco — Kurt Regenauer — Seite 6
Die modernen Grenzgängerinnen... — Interview — Seite 6/7
Thatchers Törtchen schwimmt als Fettauge in Kohle Suppe — Birgit Cramon-Daiber — Seite 7/8
Es wird viel nach Marokko exportiert.. — Interview — Seite 8
Knete für europäische Frauenprojekte — Seite 9
Die Weichen sind gestellt, aber wohin fährt der Zug? — Ludger Porada — Seite 9
Was haben wir eigentlich vom Binnenmarkt? — Seite 9

Der Wald stirbt sowieso

Weiteres Zeitungssterben im linken Blätterwald des Neckarraums!

Red. Heidelberg Zwei unterschiedliche Regionalblätter der Alternativpresse werden vorgestellt: das **Extrablatt** aus der Neckarmetropole Stuttgart, was, so unsere Nachricht, eine Denkpause einlegte, das Erscheinen unterbricht, um das wirtschaftliche Konzept zu überdenken... und schließlich sein Erscheinen einstellt und **EXX (ehemals Arbeiterkind)** vom subversiven Völkchen aus dem Siegerland, was sowieso unregelmäßig erscheint („...die Finanzierung des Projekts ist unsicher aber sekundär und das Impressum falsch...“).

Nach dem Motto „der Wald stirbt sowieso, aber die Wüste lebt“ wird **CONTRASTE** in den kommenden Monaten Bilder aus der schillernden Facette Gegenöffentlichkeit im Zeitungsbereich liefern. Eine Arbeitsgruppe des **Verbunds Gegenöffentlichkeit** will sich in Vorbereitung eines Medienkongresses des Themas der wirtschaftlichen Machbarkeit von Gegenöffentlichkeit annehmen.

Dennoch, so hart es auch sein mag, alternative Regionalpresse zu produzieren, so groß ist offenbar inzwischen die ökonomische Relevanz des alternativen Anzeigenmarktes. Schon die Fuldaer Verlagsanstalt hatte das erkannt, als sie sich in den **Pflasterstrand** einkaufte. Der Jahreszeitenverlag (u.a. HerausgeberIn des Zeitgeist-Magazins **Tempo**, plant derweilen einen Verbund von Stadtillustrierten, wobei er speziell sein Auge auf eine bessere Vermarktung von überregionalen Anzeigen wirft.

Aber auch die Radios kämpfen auf dem Medienmarkt ums Überleben. Die einen sehen basisoffene Sendungen nur durch Stärkung ehrenamtlicher Journalismustätigkeit gewährleistet (*wie ähneln sich die Diskussionen zu anderen Bereichen, d s.in*), Nürnberg und Berlin hingegen senden gegen Bezahlung und müssen dafür auch auf dem Werbemarkt aktiv sein.

....genaueres auf S. 10 u. 11

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Money for Nothing

Kritisch setzt sich Christa Nesemann mit der im Dezember stattgefundenen Mitfrauenversammlung der FrauenANstiftung auseinander. Dieser Beitrag und eine Einladung zum 1. feministischen Ökonomieforum in Berlin auf der Frauenseite

Seite 5

Genossenschaften werden bald nicht mehr schwer?

Einen ersten Diskussionsentwurf für ein Umwandlungsgesetz hat jetzt das Bundesjustizministerium vorgelegt, der für Selbstverwaltete Betriebe, die eigentlich in in genossenschaftlicher Rechtsform arbeiten wollen, große Bedeutung hat. Hans Stapelfeldt setzt sich mit Entwurf auseinander und gibt eine erste Einschätzung auf

Seite 12

Wirtschaftsgipfel

Für den 14. Juli 1989 ist das nächste Gipfeltreffen der Regierungschefs der 7 wichtigsten Industriestaaten geplant. Stattfinden soll es in Paris und parallel dazu (15./16. Juli) ein Gegenkongreß unter dem Titel *„The Other Economic Summit“*. Den Aufruf zum „TOES '89“ und eine Aufforderung unserer Redaktion Bonn zur bundesdeutschen Beteiligung am Gegenkonkreß auf

Seite 12

Kulturförderung

Eigentlich hatten wir vor, die Ergebnisse einer bundesweiten Untersuchung über Soziokultur und deren Förderung zu veröffentlichen. Nachdem diese Untersuchung vermutlich in der Bürokratie hängen geblieben ist und bis zum Erscheinen vermutlich veraltet sein wird, veröffentlichen wir, leicht gekürzt, eine Untersuchung von Eve Bösser und Bernd Vorjahns zum Thema „Freie Kulturszene und kommunale Förderung“ und ein Interview über die „Perspektiven der Soziokultur“ mit Peter Hess, Mitarbeiter im KOMM, Nürnberg auf

Seite 13

Außerdem in diese Ausgabe

Ökobank — Interview mit Ricarda Buch, Vorstandsmitglied des Ökobank-Vereins — S.3
Vertreterinnenwahl bei der Ökobank & die Basisliste — S.4
Umzugskollektive — gründen Arbeitskreis zur bundesweiten Vernetzung — S.4
Tropenholz Verzicht verhindert Verwüstung — Götz Paschen
Verzicht erhält Identität — Andreas Küstermann — S. 14/15

Vorankündigung

Im Schwerpunkt der März-Ausgabe werden wir unter dem Titel „Karl Marx und die IBM“ über Computer in selbstverwalteten Betrieben berichten. Im Mittelpunkt stehen dabei die aktuelle Situation, sowie Zukunftsperspektiven.

Feigenkakteen und Computer

Ein Medienexperiment der CONTRASTE

Red. Tarifa Normale Menschen saßen zu dieser Zeit im festlich geschmückten Wohnzimmer und überlegten vielleicht, ob sie es sich leisten könnten, den mit der fetten Weihnachtsgans belasteten Magen noch mit einem Stückchen Marzipan oder einer leckeren Sahnetorte zu traktieren. CONTRASTE-MitarbeiterInnen trieben sich zu dieser Zeit, der Nacht vom 24. zum 25. Dezember letzten Jahres, auf Spaniens Landstraßen herum, jagten mit unvorschriftsmäßig hohem Tempo durch dichte Nebelschwaden und stillten ihren Festtagshunger mit Tapas in namenlosen Bars.

Workcamp Tarifa: *CONTRASTE-Redakteure Waldemar Schindowski (Red. Amsterdam, rechts) und Dieter Poschen (Red. Heidelberg, links) beim Transport des Laser-Druckers zum „Arbeitsplatz" im Wohnwagen* *Foto: Detlef Weiher*

Detlef Weiher

Vom Schnaps zur Idee

Eigentlich eine Schnapsidee, war das CONTRASTE-Workcamp in Tarifa am südlichsten Zipfel Spaniens vis a vis von Afrika tatsächlich Realität geworden. Mit Sack und Computern, im Jet und vollgepackten PKW's fanden sich 15 Unentwegte auf einem struppigen Platz in Südhanglage mit Meerblick wieder, um die Februar-Ausgabe dieser Zeitung unter schwierigsten Bedingungen zu produzieren. Zwei Wohnwagen, ein paar Zelte, fließend kalt Wasser unter freiem Himmel, ein unappetitliches Klo in Nachbars Garten, so viel zu den Äußerlichkeiten.

Ein Experiment, die vielgescholtene Technik sollte es möglich machen: Zwei PC's, ein Laser-Drucker, Texte eingeben und layouten mit TEXTLINE. Ein Schuß Kreativität von südlicher Sonne gespeist, damit müßte sich doch die CONTRASTE produzieren lassen.

Stromstöße

Katastrophe Nummer 1: Es gibt wider Erwarten keinen Netzstrom, und Computer ohne Strom sind wie Apfelsinensträucher in Alaska. Antonio kennt „Franki" in Tarifa, der einen Generator haben könnte, und der ist wohl bei dem schönen Wetter zum Surfen. Aber heute abend in der „Telefax-Bar" wäre er wohl zu erreichen. Naja, um es kurz zu machen, nach zwei Tagen hatten wir den knatternden Benzinfresser auf dem Gelände stehen, die weitsichtig mitgeschleppte Lichterkette erstrahlte zu vollem Glanz und Monitore erleuchteten in festlichem Orange.

Eigentlich hätte es jetzt losgehen können, aber wir saßen ja nicht in einem grauen Bürohochhaus im noch graueren Westdeutschland, sondern hier schien die Sonne(!!), gefrühstückt wurde draußen in lauer Frühlingsluft.. im Dezember. Das Früh von Frühstücken darf hier nicht so ernst genommen werden. Tarifa lockt doch sehr mit seinen Bars und Discos. Letztere sind zwar genau so laut, die Musik bestimmt nicht besser als in der Heimat, aber dafür gibt es den Brandy mit dem Stier drauf und tiefroten Tinto. Nur wenig Widerstand leisteten einige gegen die allgegenwärtigen Direktimporte aus Marokko. Es wird deutlich, die Versuchungen waren mannigfach, und es ist so leicht, ihnen zu erliegen.

Change Drum

Katastrophe Nr. 2: Von unseren technischen Direktoren heimlich als neuralgischer Punkt eingeschätzt, die Inbetriebnahme des Laser-Druckers. Die Kontrolleuchte brennt..., „Change Drum" zeigt die Anzeige. Auf gut deutsch, das Ding möchte gefälligst eine brandneue Trommel installiert haben, bevor es gnädigerweise unsere Texte sichtbar macht. Alle Überredungsversuche und technischen Taschenspielertricks helfen nicht weiter. Wat nu? Ein Königreich für eine Schreibmaschine. Voller Vertrauen in die Moderne blieben die Klapperdinger zu Hause, und würden sich jetzt bestimmt hämisch ins Fäustchen lachen.

Geier auf der Suche nach Aas

Szenenwechsel. Der Levante, der hiesige Ostwind, von den zahlreich angereisten Surfern geschätzt, geht uns ziemlich auf den Geist. Abhilfe soll ein robustes DRK-Zelt schaffen. Dort ließe es sich trefflich tagen, wenn draußen der Sturm tobt. Alle Stangen und Planen waren auch vorhanden, doch leider hatten die letzten Einpacker die Häringe vergessen. Kaum stand das Ungetüm, schon griff der Wind unter das Tuch und wollte das Zelt auf Reisen schicken. Bei halsbrecherischen Rettungsversuchen machten einige aus unserem Team unangenehme Bekanntschaft mit den wuchernden Feigenkakteen, die jeden unbefugten Annäherungsversuch unbarmherzig zurückwiesen. Derweil kreisten majestätisch einige Geier auf der Suche nach Aas über unserem Camp. True wilderness eben, und ein reizvoller Kontrast zu unserem High Tech Equipment.

Bar Telefax

Die Entscheidung, ob die technisch bedingte Produktionskrise konventionell mit Papier und Bleistift oder durch Ausreizen aller elektronischen Möglichkeiten behoben werden sollte, fiel schnell zu Gunsten der Letzteren. Wozu gibt es schließlich Telefax und die gleichnamige Bar in Tarifa? Soll doch das weltweite Kommunikationsnetz mal zeigen, was so in ihm steckt. Einige Anrufe bei der Heidelberger Redaktionsbereitschaft, und schon waren die relevanten Seiten des Drucker-Handbuches in der Bar und konnten bei einem „Cafe Carrajillo" einer ersten Würdigung unterzogen werden. Unsere extra mitgereisten Wartungsfachleute konnten endlich qualifiziert anfangen zu schrauben, zu testen, zu reinigen und zu grübeln.

Klar, daß solche unvorhergesehenen Pannen das Arbeitsklima im Camp stark belasteten und einiges an Leerlauf zu beklagen war. Leerlauf heißt aber nicht Langeweile, Ausflüge nach Afrika wurden beschlossen, ein in der Nähe gelegenes Freakdorf sollte einen Besuch lohnen - Artikel über die Strukturprobleme Süd- Spaniens ließen sich dort hervorragend recherchieren – der nahe Strand, die Sonne und die Bars...

Jet Set

Alles umsonst! Der Drucker läßt sich nicht wiederbeleben, lange Gesichter überall. Wo kriegen wir eine neue Trommel her, ein nicht ganz billiges Teil übrigens. Gibraltar, ca 40 km entfernt, könnte die Rettung sein. Oder wir lassen einfach(!) das Ersatzteil einfliegen, via London nach Gibraltar. Brits out natürlich, aber in diesem Fall könnten wir einmal davon profitieren, wenn die Frankfurter Firma mitspielt. Kein Problem. Am 1. Januar 13h20 soll uns Flug Nr. 134 von unseren Problemen erlösen.

EG '92 in aller Munde, CONTRASTE darf da nicht in kleinbürgerlicher Weise Kirchturmpolitik betreiben. „Europa gegen den Strom", eine Folge von Beiträgen über nationale Bewegungen gegen ein großes Europa der Ökonomen wird konzipiert. Wie kann die Selbstverwaltungs- und Genossenschaftsbewegung von diesem Moloch profitieren? Denn aufhalten läßt es sich nicht mehr, darüber sind wir uns einig. Offene Grenzen für Waren, Arbeit und Kapital, eine Fiktion? Und wie sieht es jetzt aus?

Praktische Erfahrungen wird uns der Feldversuch „Gibraltar" liefern, bei dem keine Mühen gescheut wurden. Die AG „Silvester" tagte bis in die sonnigen Stunden eines wundervoll milden Neujahrmorgens und war nur unter massivem Einsatz einer berüchtigten Droge namens Kaffee zu bewegen, den Weg ins britische Ausland anzutreten. Derweil ging der Rest auf Recherche ins bereits erwähnte Bergdorf. Kaum Passkontrollen bei der Einreise, schnell umgab uns der morbide Charme des verfallenden Empires. Doch wer geglaubt hatte, damit seien alle Hürden überwunden, sah sich schnell getäuscht. Ja, das Flugzeug sei ordungsgemäß gelandet, und cargo from Fankfurt sei auch dabei gewesen. Nein, jetzt könnten wir das heiß ersehnte Stück nicht in Empfang nehmen, public holidays, übermorgen wäre das Büro offen. Schock.. Allerdings könnte man den Custom Officer vielleicht überreden zu kommen. Gewöhnlich sei er dazu bereit, gegen cash versteht sich. Staatliche Wegelagerei nennt man so etwas. Aber wo war die Alternative? 64,5 Gibraltar Pounds, diverse Formulare, Quittungen, Stempel, drei Leute waren nur für uns im Einsatz. Nach 2,5 quälenden Stunden konnten wir das unscheinbare Päckchen entgegennehmen und verließen mit freundlichsten Wünschen der britischen Bürokratie im Rücken diesen unsympathischen Felsen.

Zeitung am Strand

Die Zeit in Tarifa verrann wie der feine Sand des Strandes zwischen den Fingern. Nur wenige Tage verblieben noch, um die Zeitung zu produzieren. Ein Plenum jagte das andere, hektisch suchten die Arbeitsgruppen nach freien Terminen. Stress wie bei einer „richtigen" Zeitung machte sich bemerkbar. Rechnerzeit wurde penibel zugeteilt und selten eingehalten. Texte mußten in den Computer und raus aus dem Computer auf den Drucker, der jetzt klaglos seinen Dienst tat. Wir bejubelten die ersten ausgedruckten Layouts, während mühsam Bänder abzuhören und in Schrift umzusetzten waren. Tagsüber Redaktionsbüros, nachts Schlafwagen, gutbürgerliche Wohnwagen bewiesen Multifunktionalität. Für die Hardware brachen harte Zeiten an.

Am 5. Januar reiste ein Großteil des Camps wieder gen Norden, dem Alltag entgegen. Ein Experiment ist zu Ende gegangen, für die Verbleibenden fällt noch eine Menge Kleinarbeit ein. Ob die „Zeitung am Strand" gelungen ist, vermögen wir noch nicht zu sagen. Erst wenn sich diese Ausgabe real in den Händen der Abonennten und RedakteurInnen befindet, wird man dies beurteilen können. Rieselt vielleicht noch etwas Sand aus den Zeilen? Lugt hier und dort ein Stachel aus dem Papier? Oder ist alles wie immer?

„...sollte nicht kränken!"

„An die armen Cousinen und Vettern im Norden!"

Red. Heidelberg Niemanden kränken oder gar verletzen wollte die Heidelberger Redaktion mit ihrer Bekanntgabe der Hitliste aller regionalen SolidargeldgeberInnen für CONTRASTE (vergl. CONTRASTE-intern in der Januarausgabe, Seite 2). Die Aussage, daß im Norden weniger für CONTRASTE rumkommt und rüberwächst, war benutzt worden, um große, mitgliederstarke Netzwerke anzupöbeln – aufgebracht und getroffen reagierten CONTRASTE GeldgeberInnen und -Redaktionen in Bremen und Hamburg („...sind unsere CONTRASTE-Spenden unterschlagen worden?").

Wir entschuldigen uns natürlich, insoweit der Eindruck entstehen konnte, CONTRASTE habe in der Vergangenheit nur aus dem Süden tatkräftige und finanzielle Unterstützung erhalten. Die *komparative* Aussage in unserem Bericht bezog sich auf den Zeitraum, seit dem CONTRASTE-Zahlen in Heidelberg erfaßt wurden und auf die Zahlen, die uns aus der Vorzeit bekannt sind. Ansonsten sagt etwa die regional äußerst südgewichtige Streuung von Tilgungsgemeinschaften oder von Landesökofondsbeschlüssen natürlich nicht aus, daß die Redaktionsarbeit unserer Nordlichter schlechter sei, als im Süden... oder soll gar das Ansehen derjenigen unserer FreundInnen von der Waterkant herabsetzen, die in der Vergangenheit Gelder für CONTRASTE aufgebracht haben.

In unserem Bericht sollte lediglich der Umstand vermittelt werden, daß Hamburg, Bremen und Berlin auch Hochburgen der Selbstverwaltungsszenen waren und sind – der unsittliche Vergleich von CONTRASTE-Unterstützung in Nord und Süd gemessen an der Bedeutung, man/womanpower und finanzieller Ausstattung jeweiliger regionaler Szenen mag trotzdem auch dadurch zurückrelativierbar sein, daß die im Süden einfach reicher sind als in strukturschwachen Flachgebieten der Republik oberhalb der Mittelgebirge. Oder hätte vielleicht gar nicht aufgestellt werden sollen, um niemanden zu vergrätzen...

Wir Südlichter freuen uns jedenfalls umso mehr, daß Zusagen aus Hamburg und Berlin vorliegen, auf einem Treffen (demnächst in Hamburg) unser Zahlenwerk weiterzubearbeiten. Dort können dann auch künftige Berichte unter CONTRASTE-intern vorbereitet werden... u.U. auch mit Bremer Beteiligung.

Dieter Poschen

„...ist schwer gekränkt!"

In der CONTRASTE nix mehr zur BAG-Netzwerke?

Red. Heidelberg Aufs psychologische Glatteis begibt sich unser Nürnberger Redakteur Kurt Regenauer, der bislang auch Berichte und Kommentare zu Bundestreffen der Netzwerke und ihrer Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) abgegeben hatte. Für eine Fortführung dieser Tätigkeit erklärte er sich auf dem letzten Treffen der Netzwerke (am 14./15. Januar in Nürnberg) kurzerhand für „zu schwer gekränkt". Er gab lediglich nach Heidelberg durch, daß er die Schelte für seine bisherige Berichterstattung (eine im Netzwerk-Personenclinch als „Frankfurter Mafia" bezeichnete Personengruppe hatte sich gegen „unsauberen Journalismus" verwahrt) zwar weckstecke, aber die Diskussion zwischen den Netzwerken sei in ein Psychodrama entgleist, in das er zu arg verwickelt sei.

Überdies bestehe in seinem (fränkischen) Netzwerk die Tendenz, auf einer Mitgliederversammlung im April den endgültigen Austritt aus der BAG-Netzwerke zu beschließen. Dennoch hoffe er, die Fortführung des Bundestreffens (Ende Juni in Lübeck), nicht alleine und nicht nur, weil dort auch gesurft werden kann, zu besuchen. Die NürnbergerInnen haben für Mai nämlich eine neue CONTRASTE-Beilage angedroht, auf der sie ihre Positionen zur Zukunft der Netzwerke und ihrer BAG verdeutlichen werden und wollen auf dem Netzwerk-Bundestreffen erneut auch die Diskussion suchen, um ihren Standpunkt zu erklären.

Dieter Poschen

Heidelberger Genossen – Bonner Endredaktion?

Was alles passieren kann, wenn sich eine Bank „zwischen Müsli und Jäger 90" befindet und CONTRASTE darüber berichtet

Red. Rhein/Main Während an der Südspitze Europas (Tarifa/Spanien) um die Jahreswende die Februarausgabe von Contraste produziert wurde – ein Medienereignis, zu dem fast alle Regionalredaktionen angereist waren – löste ein in Contraste Nr. 51 veröffentlichter Artikel einen Monat nach Erscheinen der Ausgabe einen wahrhaft bemerkenswerten Presse-Run auf die Ökobankzentrale und diverse Redaktionsbüros der Contraste aus. Dem nicht genug, verursachten die Auswirkungen dieses Presse-Rummels einen waschechten Contraste-internen Konflikt über den Abdruck besagten Artikels.

Petra Inden

Wir möchten uns in dieser Ausgabe ein wenig von unserem Lieblingsprojekt Ökobank abwenden – auch wenn es noch vieles zu berichten gäbe – und zunächst unsere Hausinterna klären, da dies von der Bonner Redaktion gefordert wurde. Dies allerdings nicht ohne unsere Leserschaft zu informieren und um Stellungnahmen zu bitten. Gleichzeitig werden logischerweise alle Artikel, die vom Tarifa-Redaktionsplenum beschlossen waren (mit der Legitimation der nicht anwesenden Redaktionen) abgedruckt.

Wie alles anfing...

Ein Beitrag der Redaktion Bremen befasst sich mit den Geschäftsbeziehungen zwischen Ökobank und R+V Versicherung und deren Verstrickung (R+V) in Rüstungs- und Atomwirtschaftsgeschäfte. Da die Ökobank Versicherungen der R+V vermittelt, unterstützt sie indirekt oben genannte Geschäfte. (vgl. Contraste Nr. 51, „Eine Bank zwischen Müsli und Jäger 90?")

Daraufhin geschieht lange Zeit erstmal garnichts, bis die TAZ – wenige Tage vor unserem Aufbruch nach Tarifa – den Artikel aufgreift.

Eine dpa-Meldung, die uns Anfang Januar ganz zufällig in Tarifa in die Hände fällt, setzt dann den 'rechten' Blätterwald in erstaunliche Bewegung. Folge ist eine Lawine von Schlagzeilen und Pressemeldungen, die fast alle den Inhalt des Contraste-Artikels auf einige wenige Zeilen reduzieren.

Jetzt endlich...

reagiert auch die sogenannte Alternative. Am 7.1.89 kündigt die Ökobank nach zahlreichen wirren, widersprüchlichen Stellungnahmen zum Thema R+V einen Ausschuß an, der die Geschäftsbeziehungen überprüfen soll. Gleichzeitig faxt Contraste aus Tarifa eine Presseerklärung mit dem – scheints – gewichtigen Satz „Unsere Veröffentlichung auch zu diesem Zeitpunkt erfolgte vielmehr mit dem erklärten Ziel, in den Willensbildungsprozeß um die Politik der Bank einzugreifen ..."

Unsere Bonner Redaktion, Contraste-intern immer 'die Bonner Genossen' – fanden den Satz zumindestens mal Anlaß genug, einen Contraste- Rundbrief zu verfassen, in dem sie u.a. ein Moratorium darüber fordern, ob und wie in Zukunft Artikel zum Thema Ökobank in Contraste abgedruckt werden.

Der Brief ...

„die Contraste-Berichterstattung um und über ihren Konflikt mit der Ökobank hat mittlerweile die Grenze des verantwortungsvollen Umgangs miteinander erreicht", heißt es da; unsere lernwilligen ContrastlerInnen greifen verdutzt zur Ausgabe Nr. 51, werden noch einmal über die Verstrickungen der R+V in Rüstungs- und Atomwirtschaftsgeschäfte informiert und müssen mit Bedauern feststelllen, daß eine Berichterstattung „um und über" den „Contraste-Ökobank-Konflikt" leider nicht erfolgt ist, als Anregung für eine der nächsten Ausgaben allerdings schon positiv aufgegriffen werden sollte.

Und unbedingt unverantwortlich finden die Redakteure auch nicht die **Veröffentlichung** eines Mißstands, sondern eher den **Mißstand selbst** nebst der **Reaktion** der Ökobanker nach der Veröffentlichung. Immerhin mußte die Meldung einen Monat lang durch die deutsche Presse wandern, bevor in der Ökobank das Wirrwarr der Stellungnahmen und in der Bonner Redaktion der Unmut über die Veröffentlichung ausbrach.
Nun gut, lesen wir weiter.

„Es werden die politischen und vor allem ökonomischen Interessen eines Projektes der Selbstverwaltungswirtschaft in extremer Weise vernachlässigt und bedroht." ... „Deshalb sollte die Contraste im ökonomischen Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen alternativen Versicherungsvermittlern (...) nicht einseitig Stellung beziehen ..."

Wiedermal greifen wir verdutzt zur Ausgabe Nr. 51 und müssen auch diesmal mit Bedauern feststellen, daß eine Stellungnahme leider nicht erfolgt ist, sondern lediglich – wohlrecherchiert – die Verstrickungen der R+V aufgedröselt werden. Aber auch das wäre – wir geben es zu – einen Artikel wert, z.B. darüber, ob überhaupt und wie die verschiedenen alternativen Versicherungsvermittler ihre Kunden informieren und betreuen.

„Es muß nichtsdestotrotz aufgeklärt werden, wer sich hinter dem Kürzel D.G. und mit welchen Interessen versteckt hat."

Wir wollen ja nicht in die Reihe der böswilligen Unterstellungen miteinfallen. Aber: oft ist das, was man als Handlungsgrundlage glaubt, bei anderen zu erkennen, in einem selber tief verhaftet. Von daher 'sieht' man sie überall so gut. Zudem: verantwortlich ist die Red. Bremen und wer sich dahinter „versteckt", ist ganz einfach im Impressum nachzulesen.

Aber weiter: „Der strittige Artikel hätte in Contraste u.E. nicht erscheinen dürfen, ohne daß der/die Betroffenen die Gelegenheit hatten, in der gleichen Nummer zu antworten." Die Ökobanker haben lange und oft genug ihren Genossen erklärt, warum sie mit der R+V zusammenarbeiten. Daß deren Argumentation von vorne bis hinten nicht stimmt, wurde in diesem „strittigen" Artikel recht sachlich und nüchtern festgestellt. Eine Stellungnahme des Prüfungsausschusses der Ökobank – der erst durch den Presse-Ansturm aus dem **rechten** Blätterwald zustande kam – sind wir natürlich bereit abzudrucken. Wären die Ökobanker zu einer ernstzunehmenden Stellungnahme in der Lage gewesen, bräuchten sie keinen Prüfungsausschuß. Oder?

Der Kern ...

„Im vorliegenden Streitfall hat sich die Heidelberger Zentralredaktion „selbstverwaltet" selbständig gemacht. Nach den ungeschriebenen Redaktionsstatuten der Contraste hätte eine Artikel- und Schwerpunktplanung durch das Redaktionsplenum erfolgen müssen"... „Stattdessen hat die Zentralredaktion eigene politische Interessen verfolgt und dafür den Herstellungsapparat und das Instrument der Zeitung gebraucht."

Vielleicht liegt es ja an der Stadt Bonn, die – neben Frankfurt – für Zentralisierungsprozeße bekannt ist. Innerhalb der Contraste – ansässig in Heidelberg – heißt das 'Ding' immer noch Endredaktion, ohne die es nicht möglich wäre – bei der Fülle an Artikeln – Monat für Monat eine bundesweite Zeitung zusammenzustellen. Vielleicht fällt unserer Bonner Redaktion ja ein System ein, wie man Koordination und Produktion der Zeitung auf die ehrenamtlichen Regionalredaktionen verteilen kann.

Es ist auf jeden Fall unmöglich, jeden Artikel, der gedruckt werden soll, bundesweit zu diskutieren, so wie wir es in Tarifa gemacht haben. Zudem besteht die Gefahr, daß wir alles, was brisant ist, durch **die Betroffenheit und 'Vereinnahmtheit' einzelner Leute** wegdiskutieren oder gar ganz weglassen. Vom journalistischen Standpunkt aus ist die Ökobank nicht anders zu behandeln, wie jedes andere 'Thema' auch; vom solidarischen Standpunkt aus gesehen erst recht nicht: nur die öffentliche, breitgestreute und kritische Diskussion treibt das Projekt nach vorn; nicht die Angst vor dem „Rückgang der ohnehin dringend notwendigen Eigenkapitalstärkung durch Mitgliederanteile," zumal diese Mitgliederanteile momentan eh in der Ökobank brachliegen.

Richtig ist, daß es viermal im Jahr auf dem Redaktionsplenum eine Schwerpunktplanung gibt. Eine Artikelplanung außerhalb des Schwerpunkts hat es in dem Sinne nie gegeben.

Zum Schluß ...

Ein Moratorium zum Thema Ökobank ist nur zu begrüßen, sollte aber denn doch von der Ökobank bzw. vom zukünftigen Nachfolger des ehemaligen Ökobankvereins organisiert sein. Sollte dieser Contraste e.V. heißen, wie es die Landesverbände vorschlagen, übernehmen wir natürlich die Organisation.

Dies hat allerdings nichts damit zu tun, ob Ökobank-kritische Artikel in Contraste, Zeitung für Selbstverwaltung, erscheinen oder nicht. Wir sind **nicht** (mehr) das Vereinsblatt der Ökobank und auch keines anderen Vereins. Contraste e.V. ist Herausgeber; aber es geht nur selten um Contraste in Contraste.

Bonner Heidelberger?, Genossen-Endredaktion?, Heidelberger Redaktion Ende?, Bonner Genossen?, Heidelberger Endredaktion?, Redaktion endlicher Bonner und Heidelberger?
Oder wie, oder was ...

on verra!

INTERVIEW

„Ich würde die ganze Ökobank nicht überschätzen"

Interview mit Ricarda Buch, Vorstandsmitglied des Ökobank-Vereins

Ricarda Buch Foto: D. Weiher

CONTRASTE: In der CONTRASTE ist in der Dezember-Ausgabe berichtet worden, daß die Ökobank einen Vertrag mit der R+V Versicherung geschlossen hat, wobei sich diese Versicherung indirekt an Rüstungsgeschäften und auch in Südafrika engagiert. Wie ist Deine Meinung zu den bekannt gewordenen Geschäftsbeziehungen zwischen R+V und Ökobank?

Ricarda: Ich finde das natürlich sehr bedauerlich, daß die R+V Versicherung indirekt an Rüstungsgeschäften beteiligt ist.

Für Dich ist das also nicht ein Skandal, wie dies gerade auch von rechten Medien wie z.B. der Bild-Zeitung dargestellt wird.

Es ist natürlich schlimm, wenn die Bild-Zeitung die Ökobank benutzen kann, um zu zeigen, daß Projekte der Linken nicht besser sind als andere auch. Andererseits bin ich auch der Meinung, daß die Ökobank selbst, ich kann ja hier nicht für die Ökobank sprechen, sondern nur meine eigene persönliche Meinung sagen, sich hätte sachkundig machen müssen wer nun alles Teilhaber bei der R+V Versicherung ist. Im übrigen war auch mir bekannt, daß der „Verbund der Fairsicherungsläden" Kritik an der Zusammenarbeit der Ökobank mit der R+V geübt hat. Die Entscheidungen, die diese Zusammenarbeit betreffen, sind vom Vorstand der Bank gefällt worden und laut Gesetz schreibt dies die Genossenschaftsatzung vor.

Wie sollte sich deiner Meinung nach die Ökobank in dieser Situation verhalten?

Ich denke, daß einerseits die politischen Gesichtspunkte gesehen werden müssen, andererseits aber auch wirtschaftliche. Da ich aber selber nicht bei der Bank arbeite, geschweige denn in der Genossenschaft irgendeine Position habe, die auf Entscheidungen einwirken kann, kann ich höchstens meine persönlichen Erwartungen äußern, und da würde es wahrscheinlich besser sein, wenn die Ökobank mit dem Verbund der Fairsicherungsläden zusammenarbeitet. Allerdings müßte da auch geprüft werden, inwieweit die Versicherungen, die der Verbund anbietet, nicht auch unter den gleichen Bedingungen arbeiten wie die R+V.

Wie könnten Deiner Meinung nach solche Entscheidungsstrukturen, wie z.B. zu Gunsten der R+V, in der Ökobank verhindert werden?

Die Struktur der Ökobank ist so gegliedert,daß das oberste Gremium die Vertreterversammlung ist. Darüberhinaus gibt es den Aufsichtsrat und den Vorstand, dem die laufende Geschäftsführung obliegt. Diese drei Gremien sind die Entscheidungsträger in der Genossenschaft und es müßte darum gehen, daß sich innerhalb dieser Gremien ein Prozeß der politischen Willensbildung entwickelt. Bisher gab es aber noch keine Vertreterversammlung, das ist erst jetzt am Anlaufen.

Es gab ja schon vor der Gründung der Ökobank Konflikte zwischen der Zentrale in Frankfurt und dem Verein.

Von Konflikten zwischen Bank und Verein zu reden, ist falsch. Es gab zunächst den Ökobank-Verein, dieser Verein hat sich mit der Vorbereitung der Gründung einer Genossenschaftsbank – der Ökobank – beschäftigt. Andererseits gab und gibt es auch immer noch innerhalb des Vereins bestimmte Fraktionen. Es gibt z.B. Fraktionen, die vehement für eine Regionalisierung der Ökobank eintreten. Das heißt, sie wollen, daß die Ökobank in Frankfurt nicht alle Entscheidungsfunktionen hat, insbesondere über die Kreditvergabe in den Regionen. Dies ist aber auch nur innerhalb bestimmter gesetzlicher Grenzen möglich. Man darf nicht vergessen, die Ökobank ist nur zugelassen worden mit der Auflage, zwei Jahre lang keine Zweigstellen zu eröffnen.

Wie sieht denn für Dich eine „ideale" Ökobank aus?

Zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft müssen einerseits Vernetzungszusammenhänge z.B. Branchenzusammenschlüsse geschaffen werden. Ziel sollte sein, möglichst geschlossene Waren- und Geldkreisläufe aufzubauen, so daß das Szenegeld in der Szene bleibt. In diesem Zusammenhang könnte die Ökobank Schwerpunkte setzen. Allerdings ist zu beachten, daß die politisch wichtigen Projekte häufig keine Kredite, sondern langfristiges Risikokapital benötigen. Es schwebt mir eher eine „Tauschbank" vor, Tauschbanken sind aber in der Bundesrepublik verboten. Ich würde die ganze Ökobank nicht überschätzen.Die Ökobank ist eine Bank, die sich bemüht, einigermaßen saubere Geschäfte zu machen und in bestimmte Branchen und Projekte zu investieren, wie sie sich auch in ihrer Satzung festgelegt hat, z.B. Ökologieprojekte und Frauenbetriebe. Von der Ökobank zu erwarten,daß sie den Kapitalismus überwindet und die Zinswirtschaft außer Kraft setzt, ist nicht möglich. Oder daß die Ökobank, die gerade ein halbes Jahr läuft und dies auch nur bezogen auf die Region Rhein- Main, tatsächlich weltbewegende Dinge verrichten kann, das sehe ich auch nicht. Ich denke, es muß langfristig darum gehen, daß solche Betriebe, die tatsächlich Darlehen in höheren Summen brauchen; sich an die Ökobank wenden können und daß perspektivisch auf andere Banken mit dem Modell Ökobank eingewirkt wird, um z.B. nach neuen Formen von Sicherheiten zu suchen.

ANZEIGE

Die Krebsmühle sucht

Menschen, die uns helfen, die

Umbaufinanzierung für

unsere Ablaugerei sicherzustellen, damit dann auch dort

ökologische Arbeitsplätze

entstehen können. Wer also sein Geld nicht in den Tresoren von Öko- und anderen Banken verbunkern, sondern dieses

Geld sinnvoll einsetzen?

will, erhält nach Anruf oder -schreiben sofort Informationen darüber, wie und zu welchen Bedingungen man/frau

stille/r GesellschafterIn

bei der Krebsmühle werden kann. Anschrift: Krebsmühle GmbH, Krebsmühle, 6370 Oberursel 5. ☎ 06171/73496. Kontakt über: Karl Bergmann

Kooperation statt Expansion

Umzugskollektive gründen Arbeitskreis zur bundesweiten Vernetzung

Red. Heidelberg Bei einem Branchentreffen in Reutlingen im November 88 hat sich ein Kooperationsverbund von Umzugsbetrieben aus dem Spektrum der Selbstverwaltungswirtschaft konstituiert. Durch die Verabschiedung einer Arbeitsplattform wurde eine Grundlage geschaffen, auf der der Ausbau des seit Jahren bestehenden informellen Kooperationszusammenhanges vorangetrieben werden soll.

Bernd Höflinger

Bereits bei den Wintertagen 1985 in Berlin wurde von Kollektivbetrieben der Umzugsbranche das Bedürfnis nach einer Vernetzung auf Bundesebene geäußert. Neben der praktischen Kooperation (Werbung, Beiladungsvermittlung, Fortbildung u.a.) sollte eine ständige Auseinandersetzung über den Selbstverwaltungsgedanken auf überbetrieblicher Basis geführt werden. Durch gemeinsames öffentliches Auftreten unter einem einheitlichen Symbol wollten wir den Vernetzungsanspruch dokumentieren und uns gleichzeitig abgrenzen von Trittbrettfahrern der Selbstverwaltungswirtschaft, deren Anspruch auf Umsetzung des Selbstverwaltungsgedankens sich darin erschöpft, mit entsprechenden Zusätzen in der Werbung auf Kundenfang im links-alternativen Spektrum zu gehen.

Die auf regelmäßig stattfindenden Branchentreffen in den vergangenen drei Jahren geleistete Aufbauarbeit war eine Gratwanderung zwischen lähmender Frustration – als Folge der für die selbstverwaltete Umzugsbranche so typischen Kurzlebigkeit existenzieller Perspektiven – und gegenseitiger Befruchtung durch ideelle und pragmatische Produktivität.

Trotz mehrfacher öffentlicher Mobilisierungsversuche haben wir es bisher leider nicht geschafft, den ziemlich überschaubaren Rahmen von vier bis fünf regelmäßig mitarbeitenden Betrieben zu erweitern. Ob die Gründe hierfür im Verhalten der Arbeitskreismitglieder und in den angetroffenen Strukturen liegen oder im mangelnden Vernetzungsinteresse oder gar im Nichtvorhandensein weiterer Umzugskollektive, bleibt vorerst ungeklärt. Tatsache ist jedoch, daß alle, die ein echtes Interesse an Kooperation und Auseinandersetzung eingebracht haben, auch dabei geblieben sind. Wir haben es mittlerweile geschafft, unter den AK-Mitgliedern eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. Dadurch wurden auch Auseinandersetzungen über so heikle Dauerbrennerthemen wie „innerbetriebliche Strukturen" und unser „Selbstverständnis als SV-Betrieb" möglich.

Die Existenz dieses Vertrauensverhältnisses war sicher auch Voraussetzung dafür, daß wir inzwischen in der praktischen Kooperation Ergebnisse von ökonomischer Bedeutung erzielen konnten. Ein Beispiel hierfür ist der relativ unbürokratisch vollzogene Aufbau einer Beiladungsvermittlung, von der alle beteiligten Betriebe profitieren. Eine interessante Erfahrung hierbei war, daß die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Betriebe nicht hemmend, sondern eher katalysierend gewirkt hatten. So können z.B. Betriebe mit freien Kapazitäten Aufträge übernehmen, die andere Betriebe aus unterschiedlichen Gründen ablehnen mußten. Vor allem den Betrieben in strukturschwachen Gebieten eröffnet sich dadurch eine Möglichkeit, sich dem oft mörderischen Konkurrenzkampf teilweise zu entziehen. Andere wiederum profitieren von den Vermittlungsprämien. Insbesondere im Fernverkehr kann so die betriebswirtschaftliche Effektivität gesteigert werden. Dem im Speditionsgewerbe in diesem Zusammenhang oft herbeikonstruierten „Sachzwang" zur Expansion setzen wir ein mit Struktur und Ansprüchen der Selbstverwaltungswirtschaft harmonisierendes Konzept der zwischenbetrieblichen Kooperation entgegen.

Mit der Konstituierung des AK UBiK (Arbeitskreis Umzugsbetriebe in Kooperation) und der Erstellung einer Arbeitsplattform haben wir uns einen unbürokratischen Rahmen für unsere zukünftige Zusammenarbeit und insbesondere für ein gemeinsames öffentliches Auftreten geschaffen. Inwiefern sich UBiK zu einer Art Markenzeichen für SV-Umzugsbetriebe entwickelt und ob dieses „Markenzeichen" dann auch für die Umsetzung fortschrittlicher politischer Utopien stehen kann, muß die Zukunft zeigen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben uns jedenfalls gezeigt, daß gerade in der Umzugsbranche die Vernetzungsidee sehr eng mit dem Selbstverwaltungsgedanken verbunden ist.

In diesem Sinne würden wir uns freuen, wenn sich noch weitere Kollektivbetriebe der Umzugsbranche (oder Umzugsabteilungen von größeren Projekten) zur Mitarbeit im AK UBiK entschließen könnten. Dabei sollte allerdings klar sein, daß wir kein alternativer Selbstbedienungsladen sind, bei dem man/frau im Vorbeifahren mal kurz 'ne lukrative Beiladung abzocken kann, um dann gleich wieder im anonymen Truckersumpf zu verschwinden. Der AK hat eine SV-Struktur, und die lebt nun mal vom Engagement aller Beteiligten.

Nähere Informationen gibt's bei allen im AK arbeitenden Betrieben.

Zur Diskussion über das Naturkost-Qualitätsinstitut

Red. Naturkost Seit Jahren bemüht sich die organisierte Naturkostbranche gegenüber der Öffentlichkeit, die Herkunft des Großteils ihrer Waren aus kontrolliert biologischem Anbau zweifelsfrei nachzuweisen. Bislang lag der Schwerpunkt der Arbeit auf dem Gebiet der Organisation einer solchen Kontrolle.

Angesichts der sich häufenden Zahl von Lebensmittelskandalen, bei denen es hauptsächlich um aufgefundene Schadstoffe geht, fragt sich natürlich gerade die Naturkostbranche vor der Errichtung eines Qualitätsinstituts, ob mit der Erfassung der Schadstoffe die Lebensmittelqualität wohl ausreichend bestimmt sei.

Eine Methode, über die Qualitätsminderung durch Schadstoffe hinaus auch alle anderen, die Qualität bestimmenden Einflußgrößen zu erfassen (z.B. erstmalig die quantitative Qualitätsminderung durch Schadstoffe, Sonneneinstrahlung, Regen, Bodenbeschaffenheit, Düngung, Schädlingsabwehr, Erntezeitpunkt, Lagerung, Verarbeitung, Zubereitung etc.), ist die BIOPHOTONEN-Analytik. Die BIOPHOTONEN-Analytik mißt die vorhandene Vitalität eines Lebensmittels an der Abstrahlungsintensität und -qualität der in ihm enthaltenen Photonen. Die Entdeckung, daß alle Lebewesen meßbar Licht abstrahlen, ist von enormer Bedeutung für das Verständnis der Lebensvorgänge ganz allgemein. Sie knüpft für mich an die Entdeckungen Wilhelm Reichs an, dessen Konzept einer primordialen Energie (Orgon) – verbunden mit seinen Arbeiten über Sexualökonomie u.a., die im Zuge der 68er Revolte bekannt wurden – wichtiges geistiges Rüstzeug der anfänglichen Naturkostbewegung war.

Neben der etablierten Analytik könnte die Anwendung der BIOPHOTONEN-Analytik im Qualitätsinstitut der Naturkostbranche unserer Bewegung einen neuen/alten starken Impuls geben. Auf einem Treffen in Hamburg soll diese Thematik mit verschiedenen Referenten diskutiert werden. Dieses Treffen kann innerhalb der nächsten drei Monate stattfinden. Details dazu in Kürze.

Allen Interessierten und Beteiligten sei die Lektüre eines Buches empfohlen (ganz besonders der Beitrag von Dr. Fritz-Albert Popp „Biophotonen-Analyse der Lebensmittelqualität"): Angelika Meier-Ploeger/Hartmut Vogtmann (Hg.): Lebensmittelqualität – ganzheitliche Methoden und Konzepte. Karlsruhe 1988 (Alternative Konzepte 66).

Zur CONTRASTE-Körnerecke:

Wie in unserer Januar-Ausgabe vorgestellt, soll die „Körnerecke" in der CONTRASTE, betreut durch unsere Fachredaktion Naturkost, zum Diskussionsforum für die Naturkostbranche werden.

Schon der Januar-Beitrag, unter dem Titel „Perspektiven der Naturkostbewegung", führte zu einer erfreulichen Flut von Stellungnahmen, Leserbriefen und Beiträgen, die wir aus Platzgründen aber erst in den folgenden Ausgaben veröffentlichen können.

In der nächsten Ausgabe wird ein Beitrag von Herrmann Cropp, Osnabrück zum neuen Trend „Biofeinkost" erscheinen und in den darauffolgenden die Reaktionen auf besagten Beitrag in der Januar-Ausgabe.
Hier nochmals die Redaktionsanschrift der Fachredaktion:
Herrmann Cropp, Packpapier Verlag, Box 18 11, 4500 Osnabrück

Neue Wohnformen in Europa und in der Bundesrepublik

Red. Köln/Bonn: Unter diesem Thema veranstaltet der Wohnbund e.V. – in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Wohnbund – den 4. Internationalen Kongreß in Hamburg. Vom 5. - 9. April 1989 wird die „Hochschule für Bildende Künste" in Hamburg Zentrum und Forum für die Vorstellung und Diskussion neuer Ansätze in der gemeinschaftlichen Wohnraumversorgung sein.

Die Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit im Zuge der Steuerreform und die sogenannte neue Wohnungsnot in der Bundesrepublik verlangt alternative Lösungsmöglichkeiten der Wohnraumversorgung. Aber nicht nur die quantitative Unterversorgung ist zu mindern, „vielmehr sind auch differenzierte Wohnbedürfnisse zu berücksichtigen. Wohngruppenprojekte, deren Qualität über das Wohnen als individuelles und anonymes Nutzen einer Wohnung hinausgeht, verdeutlichen, in welcher Weise sich die Ansprüche an das Wohnen verändert haben. Sie haben damit eine wohnpolitisch innovative Funktion, im ökonomischen, sozialen und ästhetischen Sinne gleichermaßen", so die Ankündigung des Wohnbundes zum Kongreß-Programm. Europäische Nachbarländer haben bereits wegweisende Wohnmodelle entwickelt, von denen wir lernen können. Deshalb liegt das inhaltliche Schwergewicht auf der Vorstellung von „Beispielen – Modellen – Experimenten" europäischer Wohnformen, insbesondere aus Skandinavien. Im Forum BRD geht es in erster Linie um wohnungspolitische Konsequenzen nach dem Wegfall der Wohngemeinnützigkeit und um neue Wohnformen als sozial-politische Innnovation.
Verbindliche Anmeldungen sind zu richten an:
Wohnbund-Zentrale
Ploeniesstr. 18
6100 Darmstadt

Ökobank:

Don't worry, be happy!

Über die unerträgliche Leichtigkeit der Ökobanker in Frankfurt und über 15.000 GenossInnen, die sich ab März aktiv in die Bankpolitik einmischen können

Red. Rhein/Main Anfang des Jahres erreichten so einige denkwürdige Neuigkeiten aus dem Umfeld der Ökobank die Koordinationsstelle der Basisliste für die Ökobank-VertreterInnen-Wahl. Widersprüchliche Stellungnahmen der Ökobanker zum Thema R+V und deren Verstrickung in Rüstungs- und Atomgeschäfte erweckten einmal mehr den Eindruck der totalen Überforderung. Hieß es einerseits, man habe nichts von der Beteiligung gewußt, wurde andererseits gemeldet, man habe sehr wohl Bescheid gewußt, die Hintergründe allerdings für so bekannt gehalten, daß man sie nicht thematisieren müsse.

Petra Inden

Gleichzeitig hat der Ökobank-Wahlausschuß, der inzwischen so einige unserer Ideen (gemeint ist die Basisliste in Vorbereitung) aufgegriffen hat, von seiner Veröffentlichung zum Wahlverfahren der VertreterInnen- Versammlung in der 'Ökorrespondenz' Abstand genommen mit der Begründung, daß das vorgeschlagene Verfahren „undemokratisch" sei. Wie wahr, wie wahr ...

Dafür diskutieren die Damen und Herren des Wahlausschusses jetzt, ob und wie ein Artikel, verfasst von der Basisliste in Vorbereitung, in der 'Ökorrespondenz' erscheinen darf oder nicht, nachdem die Endredaktion jegliche Entscheidungsbefugnis hierüber abgelehnt hatte. Ergebnis: der Artikel wird **nicht** abgedruckt. Die 'Ökorrespondenz:' einzige Chance für GenossInnen alle andern GenossInnen zu erreichen ...

Der Lernprozeß innerhalb der Ökobank scheint offensichtlich immer noch nicht soweit vonstatten gegangen zu sein, daß die tatsächlichen Interessen der Basisliste in Vorbereitung – demokratische Strukturen innerhalb der Ökobank – eine Rolle für sie spielen.

Noch einmal: die Initiative Basisliste **kommt von der Basis.** Jedes tatsächlich an Selbstbestimmung orientierte Projekt müßte eine solche Initiative unterstützen, wo es nur eben geht und nicht wieder direkt den 'Feind' wittern. Allein, daß es diese Initiative gibt, hat bereits dazu geführt, daß das Wahlverfahren zur VertreterInnen-Versammlung verändert wurde, daß Beiratssitzungen und deren Ergebnisse qualifizierter sind und daß Ökobanker bereit sind, sich mit uns zu unterhalten.

Währenddessen kandidieren unsere linken „Exponenten" alle schön brav auf der Einheitsliste, um „einen Fuß in der Tür zu haben."

Der Rest der Genossenschaft – immerhin mindestens 14.000 Menschen – sind, wenn überhaupt, damit beschäftigt, herauszukriegen, wer nun grad wieder wohin taktiert.

Von daher bleibt unsere Frage: Ökobank – Instrument für 15.000 GenossInnen oder Selbstzweck? zunächst bestehen.

Die Utopie verträgt einige Geldgeschäfte; inzwischen aber auch einiges Geld, das in der Ökobank brachliegt. Kreativität und Risikofreudigkeit, die beiden wichtigsten Voraussetzungen für die Idee und das Zustandekommen der Bank, sind heute in Bezug auf Kreditvergabe und Alltags- Bankarbeit gefragt. Es bedarf vieler GenossInnen, um die Ökobank zurück zu ihren Ursprüngen zu führen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal ein Beispiel groben Unfugs benennen, das für unsere Begriffe eindeutig die fehlende Vertretung der Basis innerhalb der Ökobank belegt.

Die Stellungnahme der Ökobank zur IWF-Tagung unter dem Titel „Weg aus der Krise" (Contraste 6/88, Credicus). Es kann nicht angehen, der IWF-Linie Vorschub zu leisten, indem seitens der Bank zur Diskussion gestellt wird: „50% der Schulden eines jeden Entwicklungslandes werden zum Tageskurs in Inlandswährung umgewandelt. Mit diesem Kapital kann die Gläubigerbank nach Belieben verfahren, wobei an Investitionen zu denken ist, an denen es den Entwicklungsländern in erheblichem Umfang mangelt." Die logische Konsequenz dieses absurden Gedankenganges wäre der Ausverkauf der dort ansässigen florierenden Wirtschaft, mit dem Hintergrund einer noch größeren Abhängigkeit des Entwicklungslandes.

Wir werden in der nächsten Ausgabe über das erste bundesweite Treffen der Basisliste in Vorbereitung für die Ökobank-VertreterInnen-Wahl auf Ökobank-historischem Boden – gemeint ist die Krebsmühle in Oberursel – berichten.

Weitere Postkarten zur Ökobank-VertreterInnen- Wahl bis zum 28.2.89 mit dem Satz „Ich unterstütze die Basisliste" und der **Mitteilung, ob Ihr selber kandidieren wollt,** an die:
Koordinationsstelle
Petra Inden
Niederurselerstr. 7
6370 Oberursel 4
Tel. (06171) 7 80 11

MONEY FOR Nothing

oder: wohin will die FrauenANstiftung? Kein Bericht von der Mitfrauenversammlung der FrauenANstiftung

Red. Frauen Um was geht es? – Am 10./11. Dezember fand im Münchner Frauenkulturhaus die definitive Mitfrauenversammlung zur Verabschiedung und Festlegung der Satzung und künftigen Arbeitsweise der FrauenANstiftung (FAS) statt. Besagte Veranstaltung war öffentlich und alle interessierten Frauen aufgerufen, sich einzumischen. Also, nix wie hin, schließlich hatte frau schon über ein Jahr im regionalen Frauenplenum zwar nicht mit, aber über die FAS diskutiert, beraten und eigene Vorschläge entwickelt. Die letzten Berichte der Berliner Delegiertinnen ließen allerdings bezüglich der künftigen Förderpraxis der FAS nichts Gutes erwarten: Nicht mehr bereits bestehende Frauenprojekte sollten gefördert werden, sondern vielmehr „inhaltliche" Schwerpunktthemen.

Christa Nesemann

Da wir Projektefrauen aber per se und die Berlinerinnen insbesondere furchtbar geldgierig und machtgeil sind, konnten wir es natürlich nicht einfach hinnehmen, daß uns die begehrten Talerchen durch die Lappen gehen. Darum setzt sich die clevere Berliner Projektmanagerin Samstagmittag in den Flieger (was sonst?!) und jettet nach München. Dort angekommen ging es in der Diskussion alsbald um die Knackpunkte:

Wie soll die FAS arbeiten und wer oder was soll gefördert werden?

Bei näherer Ausführung dieser Punkte stockte der Verfasserin tatsächlich der Atem: die FAS will sich also zunächst „eine **Experimentierphase** von **zwei Jahren** gönnen, in denen öffentlich und mit möglichst vielen Frauen intensiv über 'brennende' Fragen der Frauenbewegung diskutiert wird...Dazu soll es Foren geben (über deren Form und Gestaltung noch entschieden werden muß d.V.), die die bereits erwähnten 'brennenden' Fragen zum Thema haben, und zwar nicht allgemein, sondern unter dem Gesichtspunkt, wie eine Stiftung sich zu diesem Problem verhalten **könnte**. (Diskussionspapier der FAS, Hervorhebungen von mir, d.V.)

Tja, das ist in der Tat ein gewaltiges Unterfangen. Wie **könnte** eine FAS sich bloß zu solch brennenden Fragen, wie z.B. die der finanziellen Förderung von existenzbedrohten Frauenprojekten verhalten? (Da liegen immerhin schon etliche Anträge vor, wie zu hören war) Wie könnte sie wohl? Nun, sie tut es bereits.

Größenwahn oder Weltfremdheit

Dafür haben die Damen natürlich wieder eine dieser wohlklingenden Formulierungen parat: „Wir wollen nicht, daß die Arbeit der FAS dazu führt, daß sich Frauenprojekte um die ohnehin geringen Mittel streiten... (deshalb) haben wir uns entschieden, nur Vernetzungszentren zu fördern". (a.a.O.S.2) Aaah ja, nur, was verbirgt sich denn hinter diesem Wortungetüm „Vernetzungszentrum" ? Nicht so ungeduldig meine Damen, hier wird doch noch experimentiert! Also: „Vernetzungszentren sind ein Versuch, Verbindungsmöglichkeiten zu stärken. Wie sie konkret definiert sind, welche Kriterien an sie zu stellen sind, wird auf den inhaltlichen Foren und den daraus resultierenden Arbeitsgruppen zu entwickeln sein..." Und schließlich: „Nach Ablauf der zweijährigen Aufbauphase wird in einer MVV darüber entschieden, welcher Zusammenhang als Vernetzungszentrum anerkannt wird" (a.a.O.). – Oder wird eben nicht entschieden, möchte ich hinzufügen, denn das zweijährige Experiment versteht sich ausdrücklich als eine Phase jenseits von Ziel- oder Erfolgsdruck, d.h. es kann schlicht auch gar nix bei rumkommen. Und wenn schon, kontern die „Freiraum"-Verfechterinnen, ein bißchen „Größenwahn" darf wohl doch erlaubt sein. (R. Michalik) Nun hat das hier für meine Begriffe weniger mit Größenwahn, als vielmehr mit Weltfremdheit zu tun: Hinter dem ganzen ideologischen Wortgeklingel von „Grenzüberschreitungen wagen, neue Wege gehen und ganz neue Formen suchen" (immer muß alles ganz neu sein!), verbirgt sich die unabweisbare Tatsache, daß die Entwicklung der Frauenprojekte-Bewegung der letzten zehn bis zwanzig Jahre schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen wurde. Ja fangen wir denn bei Null an, oder was?

Als gäbe es sie nicht schon längst: Die Vernetzungszusammenhänge, regional und bundesweit, projektübergreifend und branchenspezifisch (und dabei selbstverständlich „inhaltlich", wie denn sonst!). Als gäbe es nicht seit nunmehr sechs Jahren ein autonomes Finanzierungs-Netzwerk für Frauen, in dem Strukturen, Inhalte, Kriterien und jede Menge gelebte Erfahrung im Umgang mit Geldvergabe vorhanden ist. usw. usw.

Nun werden diese Fakten zwar nicht gänzlich geleugnet, aber es soll ja alles ganz neu und ganz toll innovativ und überhaupt eben gaaanz anders werden.Aber, fragt die bodenständige Projektfrau, warum braucht es denn dafür ausgerechnet eine Stiftung? Hatte ich doch immer gedacht, Stiftungen sind solche Gebilde, wo Gelder beantragt und vergeben werden; schlicht und ergreifend.

Wenn die FAS jedoch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung aufheben möchte oder gar das Patriarchat abschaffen will,is ja gebongt, aber brauchen wir dafür eine Stiftung? Geht's denn wirklich nicht'ne Nummer kleiner? Eine Stiftung ist doch nun wirklich nicht „der Himmel auf Erden": Können wir nicht ein bißchen auf dem Teppich bleiben? Solches öffentlich auf besagter MVV ausgesprochen, sorgte für einen wahren Sturm der Entrüstung.

Da wurde frau vorgeworfen, ihre Sichtweise sei „typisch männlich" (dieses Standard- Totschlag-Argument kam ausgerechnet von der Grünen Christa Merkel, aber die wird wissen, wovon sie redet...),außerdem solle verhindert werden, daß wieder nur ein paar professionelle „Projektmanagerinnen" ihre geschickten Anträge stellen und all die armen, kleinen, unsichtbar und unbezahlt arbeitenden Gruppen leer ausgingen. Das sei nämlich echt „hierarchisch" (Christa Merkel), und zudem sei es doch kein Zufall, daß bei der vorläufigen Beantragung der Stiftungsgelder bereits 70 Prozent der Anträge aus Berlin kämen und überhaupt habe frau das jetzt fast zwei Jahre diskutiert und könne und wolle das nicht mehr hören (Regina Michalik).

Was da neben der schon zitierten Weltfremdheit an Zynismus („Projektmanagerinnen") und Herabsetzung von bestehenden Gruppen („unsichtbar") zu Tage kam, war wirklich erschreckend. Nun meine ich hingegen, daß Geldbeantragung weniger eine Frage von „Hierarchie", als vielmehr ein Ausdruck von unterschiedlichen Entwicklungsstadien der Frauenprojekte ist.

Müßig ebenfalls zu sagen, daß es bereits Vernetzungs- und Umverteilungszusammenhänge gibt, in denen z.B. über selbstorganisierte Beratungseinrichtungen Antrags- und Finanzierungshilfen von und für Frauen gegeben werden.

Und weiter: Wenn der Großteil der bislang vorliegenden Projektanträge aus Berlin kommt, warum erzeugt dies so ein abgrundtiefes Mißtrauen? Könnte es auch nicht so sein, daß es hier einfach viele, lebendige Projekte mit guten Ideen und funktionierenden Kommunikationsstrukturen gibt? Zuguterletzt, wenn alles schon seit zwei Jahren diskutiert ist, warum wird dann um „öffentliche" Meinung gebeten und warum um Göttin's Willen, fängt die FAS nicht endlich an? Aber nein, die gönnt sich zwei Jahre um herauszufinden, was Vernetzung heißt. Dafür sind wir Projektefrauen wenigstens vor dem lästigen Konkurrenzkampf um die Knete verschont, denn blöd wie wir sind, würden wir natürlich alle sofort zur FAS rennen und unsere „Existenzabsicherung" beantragen (R. Michalik). Natürlich wüßten wir auch nicht, daß die FAS nur über begrenzte Mittel verfügt und natürlich würden wir uns ausschließlich an die FAS wenden und alle anderen Geldquellen links liegen lassen. Das ist jetzt nicht übertrieben, auf diesem Niveau bewegen sich tatsächlich die Ängste einiger FAS- Frauen vor den Frauenprojekten. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn R. Michalik annimmt: „...es wird nicht besser, eher noch schlechter, wenn erst mal Geld da ist." (Not-Wendiges zur FAS)

Da bleibt doch wirklich zu fragen, wenn das alles so schrecklich ist, mit der Knete usw., warum läßt frau es dann nicht ganz?

Mein kreativer und innovativer Vorschlag für die FAS: die soll alles machen, nur nicht, sich um Geld kümmern. Dann haben wir einen wunderschönen, bundesweiten Debattierclub zur Innovation der Frauenbewegung und die popeligen, langweiligen Frauenprojekte brauchen sich auch garnicht zu streiten.

Na, ist das toll, und echt was Neues, eine Stiftung,die nix, aber auch garnix mit Knete zu tun hat, sowas gab's noch nie!

Und letzteres ist wirklich ernst gemeint: Solange die FAS-Frauen keine Verständigung über ihr Verhältnis zum Geld hergestellt haben, sollten sie die Finger davon lassen. Die Frauenprojekte wird es auch weiterhin geben. Was die FAS weiter macht, bleibt abzuwarten. Zu hoffen bleibt, daß sie, wenn auch sonst nichts anderes, wenigstens UNRUHE stiften wird, denn das ist doch was sehr Lebendiges.

Workcamps-
Alternative zum Massentourismus

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen und antifaschistischen Initiativen.
Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei.
Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1989 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 2,-DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 212086-7

Goldrausch Frauennetzwerk lädt ein zum ersten feministischen Ökonomieforum vom 24. bis 26. Februar 1989 in Berlin

Bergab und bergauf geht die Reise, innerhalb und außerhalb der Ökonomie bewegen wir uns. Claro: Wir wollen keine Ausbeutung von Menschen und auch nicht der Natur, wir wollen keine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, keine unbezahlte Frauenarbeit, keine Ekelindustrie, keine Ausbeutung der Dritten Welt und keinen Rassismus.

Welche Strategien sind notwendig, um der Ausbeutungs- und Zerstörungsökonomie etwas entgegensetzen zu können, welche theoretischen Anstrengungen sind gefragt, um solche Strategien entwickeln zu können und wo befinden wir uns eigentlich im gesellschaftlichen Prozeß der Integration von Frauen und mit unseren Selbstverwalteten Frauenprojekten und Frauenbetrieben, wenn wir einmal nicht von der schlichten Überlebenslogik, sondern von der Utopie und der Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft aus auf unsere Praxis schauen?

Feministinnen haben in den letzten zehn Jahren an unterschiedlichen Punkten angefangen, die Frage der Ökonomie zu stellen. Zuerst kam da die verschwiegene Seite der traditionellen Ökonomie in den Blick, die sich in der unbezahlten Arbeit von Frauen im und außer Haus darstellt. Dieser Fakt wirkt sowohl aufs System der Erwerbsarbeit – als Minderbewertung von Frauenerwerbsarbeit – wie aufs System der sozialen Sicherung – als Ausschluß von Frauen aus dem System der sozialen Sicherung, wenn sie keine Ansprüche über Erwerbsarbeit angesammelt haben. Doch diese Diskussionslinie ist sozusagen gebunden an den Fakt, daß Frauen innerhalb und außerhalb der Ökonomie vor allem als Arbeitende existieren. Dabei kommt noch nicht in den Blick, was wird eigentlich wie und zu wessen Nutzen und unter Gebrauch welcher Ressourcen produziert – sowohl an Gütern, wie auch an Kultur – also jene Fragestellung, die zuerst Rosa Luxemburg entwickelte und die die Frage der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse miteinschließt. Hier sind die Ansätze, die bis jetzt in die Diskussion gebracht werden, wiederum sehr punktuell. Weg von der Ökonomie des Warentauschs, hin zu einer Ökonomie der Geschenke oder gar zu einer Ökonomie der Verschwendung, sagen die einen. Verweigerung der Konsumsklaverei, bewußte Verbraucherinnenpolitik, überhaupt, größere Sparsamkeit sagen die anderen. Garantiertes Basiseinkommen und eine Neubestimmung dessen, was als gesellschaftliche Tätigkeit der Menschen gelten soll, sagen auch welche. Und sofort. Es ist ein Stimmengewirr in der Luft. Einige rufen laut „Lohn für Hausarbeit", andere rufen „Kinderversicherung und Volksrente", wieder andere wollen endlich mal eigene ökonomische Kreisläufe zwischen Frauen sehen, auch wenn das relativ traditionell angedacht ist – kurzum, es ist an der Zeit, alle die unterschiedlichen Ansätze einmal in eine gemeinsame Diskussion einzubringen.

Deshalb veranstaltet Goldrausch ein erstes Diskussionsforum, zu dem alle Frauen, die etwas zu diesen Fragestellungen beitragen wollen, eingeladen sind.
Es sind folgende Schwerpunkte für die Diskussion geplant:

1. Theorie und politische Strategie
Beziehung zwischen Erwerbsarbeitsmarkt und Reproduktionsarbeit/ Strategien der Sichtbarmachung unbezahlter Frauenarbeit/Diskussion alternativer Wirtschaftsentwicklungskonzepte/Makroökonomische Strategien für eine ökologische Wirtschaftsentwicklung/Entkoppelung von Arbeit und Einkommen/neue Vorschläge zur sozialen Sicherung/Thesen zu Geld und Glück/Was bedeutet der EG-Binnenmarkt für Frauen?
Koordination des Schwerpunkts: Birgit Cramon-Daiber

2. Arbeitsmarktentwicklung und Berufssegmentation
Entwicklung in sozialen Berufsfeldern/Entwicklung in neuen Berufen/Frauen in technischen Berufen/berufliche Emanzipation und die Kinderfrage/ungesicherte Arbeitsverhältnisse
Koordination des Schwerpunkts: Sabine Hübner

3. Die Wirklichkeit der Frauenprojekte und -Betriebe zwischen betriebswirtschaftlichem Kalkül und Utopie
Unbezahlte und ungesicherte Arbeitsverhältnisse in Frauenprojekten/Kapital im Frauenbetrieb/Organisationsformen/Marktstrategien/Von Frauen für Frauen – oder: Frauen setzt Euch durch am Markt?
Koordination des Schwerpunkts: Gerda Lischke

4. Wirtschaftsentwicklung und Frauen weltweit
Subsistenzwirtschaftliche Überlebenssicherung/Ausbeutung für den Weltmarkt/Widerstand gegen Verelendung/Kooperation.
Koordination des Schwerpunkts: N. N.

5. Forderungen an die Wirtschaftsentwicklung
(Hier sollen die Arbeitsergebnisse der Tagung eingebracht werden)
Vernetzung/Kooperation/Leitgedanken für die Förderung einer frauenfreundlichen, sozial und ökologisch orientierten Wirtschaft
Koordination des Schwerpunkts: Barbara Kavemann

Das Forum beginnt am Freitag, 24. 2., 15.00 h. Es endet am Sonntag, 26. 2. gegen 17.00 h. Tagungsort ist die Technische Universität Berlin, Mathematikgebäude.
Bis zum 15. Februar wird ein Reader fertiggestellt, der gegen eine Gebühr von DM 15,-- bestellt werden kann. (Bitte einbezahlen auf das Goldrauschkonto Nr. 0310014182 bei der Sparkasse der Stadt Berlin (West), BLZ 100 500 00).
Anmeldungen für die Tagung bitte an: Goldrausch Frauennetzwerk, Potsdamer Str. 139, 1000 Berlin 30, Telefon: 030-2157554. Bitte benennt bei der Anmeldung, an welchem Schwerpunkt Ihr besonders interessiert seid.

Rock the Flamenco

Notizen aus einem verlassenen, andalusischen Dorf

Kurt Regenauer

Castillo de Castellar

Foto: Regina Engel

Red. Nürnberg Als wir zu Neujahr als CONTRASTE-Expeditionstrupp die steilen Kurven zum Castillo de Castellar (einer majestätisch über den Hinterlandgipfeln Gibraltars trohnenden Bergfeste aus alten Berberkriegen) hinauffuhren, wollten wir nicht nur für diese Ausgabe recherchieren. Es sollten auch Neujahrswünsche an alte und neue Bekannte übermittelt werden.

Wir hatten Hermann kennengelernt, einen deutschen Szene- Reiseführer-Autor, der gleichzeitig die (in Nordafrika wie in Deutschland bekannte) Musikgruppe „Dissidenten" manatscht *(Unsinn, das heißt doch mänätscht, d. S.in)*. Und wir hatten eine heiße Jam- Session zu Sylvester in der Bar „Andaluz" versäumt und stattdessen die Internationale in einem Tarifa- Restaurant gegröhlt. Jedenfalls wies uns nur noch ein riesiger Freakbus mit „Embryo"- Aufklebern den Weg zu Hermanns Hütte - ansonsten schienen alle nur noch ziemlich breit zu sein.

Castellar de la Frontera ist ein (nunmehr wiederbevölkertes), von fast allen, ehemaligen EinwohnerInnen im Zuge einer Grundstücksspekulation verlassenes Bergdorf, wo deutsche Freaks, spanische ÖkologInnen und Stadtflüchtige mit 7 verbliebenen Familien des alten Ortes zusammenleben. Dort trafen wir Montse, eine Freundin aus alten Krebsmühlentagen, die uns von der sozialen Situation der Frauen in Südspanien erzählte (siehe S. 8).

Und die wiederum führte uns zu Hermann, weil der einer der ersten Chicos war, die vor über zehn Jahren dort auftauchten... und plötzlich auf der Müllkippe ein Stück Geschichte dieses alten Dorfes fand, nachdem selbst das Rathaus der alten Gemeinde aufgegeben worden war. So wurde der deutschen Neuankömmling durch Auffinden alter Gemeinderatsprotokolle der letzen Jahrhunderte in der Pampa zum unfreiwilligen Archivar von Castellar und wußte genug aus jener bewegten Vergangenheit der wildschönen Bergsiedlung am äußersten Zipfel Europas, die in der Umsiedlung seiner Bevölkerung zu enden schien und nun doch - zwischen Rock und Flamenco - weitergeht.

In Castellar, was nicht umsonst auch „de la Frontera" heißt, weil dort seit eh und jeh Grenzgänge (zwischen Spaniern und Arabern, Großgrundbesitzern und TagelöhnerInnen, britischem Empire, heute NATO und anarchistischer Mentalität á la Flamenco) stattfinden, war ja einmal ein großes Touristenzentrum geplant. Seiner (ohnehin durch die mit der Industrialisierung einhergehenden Landflucht dezimierten) Einwohnerschaft war nahegelegt worden, das an einem Berg neben einem großen Wasserreservat pittoresk im Küstengebirge vor Gibraltar plazierte Dorf doch zu verlassen. Der spanische Großindustrielle Mateos hatte den Großgrundbesitzer und das halbe Dorf aufgekauft, um reichen Touristen einen exklusiven Stützpunkt zu bieten, zwischen der Costa de la Sol und der Costa de la Luz zu jetsetten.

Den Dorfbewohnern war Arbeit und Devisen versprochen worden. Günstige Mietkaufangebote taten ein übriges - die Leute zogen in den letzten Jahren der Franco-Ära scharenweise in ein neues Dorf ein paar Täler weiter und hofften in der Umbruchstimmung nach dem Ende des Diktators, einer guten Zukunft entgegenblicken zu können. Sogar der alte und jetzige Bürgermeister machte einen Neuanfang (in der sozialistischen Partei) und dennoch war dies nur der Anfang vom Ende aller Träume von Reichtum und Wohlstand in der Region.

Der Spekulant Mateos nämlich entpuppte sich alsbald als Wirtschaftskrimineller und wurde hernach von der sozialistischen Regierung enteignet und (am Frankfurter Flughafen) festgesetzt.

Damals drohte das alte Dorf zu verfallen und wäre wohl heutzutage als malerische Ruine nur Objekt neuer Großspekulanten geworden, wenn nicht damals einige kids der Post- Woodstock- Ära zusammen mit spanischen chicas und chicos, die das Großstadtleben leid hatten, sich dort festgesetzt hätten. Selbst auf die Gefahr hin, daß eben doch noch alles irgendwie wegsaniert wird, weil andere, neue Großeigentümer oder die Regierung andere Pläne verfolgen, wurden Häuser gekauft, hergerichtet und/oder gemietet, bzw. halt einfach bewohnbar gemacht und bewohnt.

So lebte derweilen alles wieder auf - viele Menschen kamen hinzu. Heute leben kurzzeitig oder länger in Hütten oder unter freiem Himmel in Wohnmobilen mehr oder weniger einträchtig nebeneinander: Aus- und EinsteigerInnen, Dauergäste und Kurzzeitbleibende, Marrokoreisende und FernsehjournalistInnen, Arme und Reiche, Deutsche und SpanierInnen, Kinder und Erwachsene, Frauen und Männer...

Wir schauten diesen modernen GrenzgängerInnen etwas über die Schulter und unterhielten uns mit Hermann über das Leben im Dorf und die Probleme der Region...

Die modernen GrenzgängerInnen..

Interview

CONTRASTE: Ein malerisches Dorf in der Einsamkeit der Berge und lauter Freaks, die mit Spaniern zusammenwohnen – wovon leben die Leute hier eigentlich.

Hermann: Jaja, das Geld: Das war auch das Problem für die Leute, die hier vorher gewohnt haben.

Einige leben nur manchmal hier und arbeiten in Deutschland.

Und die Anderen?

Du wohnst hier halt in einer Enklave, kannst aber locker bis an die nordafrikanische Küste rüber und Sachen verkaufen, auf Märkten, in Wüstendörfern – das ist irgendwie günstig, man kann als Händler in Gibraltar, in Marokko und hier in den Städten einkaufen...

... davon leben wohl etliche – hier in diesem Dorf ? Viele Autos, die wir hier sahen, haben deutsche Zollkennzeichen.

Manche Deutsche machen es so. Die Autos, die ausgemustert werden, kriegen noch ein ovales Schild und dann dürfen sie verschwinden.

Also, Schrott ab nach Ghana?

Ja! Wenn der TÜV abgelaufen ist, ab nach Afrika.

Seid ihr hier in diesem Dorf irgendwie organisiert?

Nee, es gab mal, oder es gibt ihn eigenlich formal noch, einen Kulturverein, „Association Cultural". Wir haben auch so'n paar Projekte organisiert.

Einmal war z.B. ein Fest, ein weltweites Jongleurstreffen, hier. Artisten aus Hawaii, Israel, von überall; fast das ganze Dorf überschwemmt von Künstlern.

Aber ihr versteht euch nicht gerade als Großkommune?

Nein, hier ist jeder auf sich selber gestellt. Manche Leute betreiben auch Landwirtschaft.

Es gibt auch Leute, die kommen aus den großen Städten hier raus, gehen spazieren, gehen in die Kneipe oder so. Es gibt hier einfach viele verschiedene Kreise.

Und du schreibst hier?

Ja, z.Zt. habe ich wieder einen Auftrag.

Wieder einen Reiseführer?

Ja, über Barcelona. Dann kommt die Geschichte mit der Olympiade oder die 500-Jahresfeiern zur Entdeckung Amerikas. Da ist wieder ein Boom. Da gibts dann genügend Leute, die sich für sowas interessieren.

Leben hier auch viele deutsche Frauen?

Das hat sich in der letzten Zeit ein bißchen geändert. Vor 4, 5 Jahren waren kaum Frauen hier. Inzwischen gibts hier auch viele Kinder. Jede Frau hat ca. 1, 2 Kinder. Viele leben aber eher in familienähnlichen Beziehungen.

Arbeiten diese Frauen hier auch oder machen das eher ihre Männer?

Es gibt Frauen, die backen Brot, oder fahren auf den Markt, um zu verkaufen. Im oberen Dorfteil ist so ein kleiner Laden, der verkauft Lederartikel, z.B. Gürtel.

Es leben auch Leute hier, die nicht Verdienen brauchen. Es gibt auch die Schicht von Leuten, die sich irgendwann mal son Häuschen gekauft haben und das an Bekanntenkreise vermieten. Die sind dann vielleicht zwei Monate im Jahr hier. Das ist aber eher oben in der Burg, wo die wohnen.

Keine intakte Infrastruktur

Wie funktioniert denn die Regelung der notwendigsten gemeinschaftlichen Geschichten in diesem verlassenen Dorf, z.B. Müllabfuhr? Wir haben gesehen, daß teils Bauschutt einfach den Hang hinunter gekippt wurde.

Jaja. Das ist so: einmal ist da die Verwaltung, die hier das Dorf am liebsten zusammenfallen sehen würde. Man ist auf keine Kooperation gestoßen, wenn man hier Initiative gezeigt hat.

Wenn du eine Baugenehmigung brauchtest, um dein Dach gegen Regen abzudichten, was ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, hast du sie erst gar nicht gekriegt, dann hast du es trotzdem gemacht und eine Strafe bekommen.

Inzwischen haben sie sich durchgerungen, die Offiziellen – das Dorf bleibt also. Der obere Teil, die Burg, ist Monumento Historico Nacional.

Es wurde eine Bestandsaufnahme gemacht, welche Häuser es hier überhaupt gibt und eine Klassifizierung vorgenommen, welche abgerissen oder welche ausgebaut werden können. Welche halt optisch den richtigen Eindruck machen. Inzwischen ist es ziemlich sicher, daß die Häuser, die außerhalb der Burg stehen, nicht abgerissen werden. Das war immer die Angst, daß alles plötzlich niedergemacht werden soll.

Einige Häuser sollen besetzt sein, haben wir gehört.

Eigentlich gibt es für fast alle Häuser, die bewohnbar sind, auch Besitzer..

...und der macht dann nichts dagegen, wenn fremde Leute in seinem Haus wohnen, weil das Dorf eben verlassen ist?

Ja. Ich meine, inzwischen ist es eigentlich kein verlassenes Dorf mehr. Es gibt lediglich keine intakte Infrastruktur. Es gibt nur einen Bäcker, der hierhoch kommt und ab und zu ein Fischhändler. Das, was zuverlässig läuft, sind ein paar Bars. Die Treffpunkte eben.

Kauft ihr denn gemeinsam ein?

Nur sporadisch. Wenn ich mir jetzt z.B. Orangen holen würde, würde ich 5 oder 6 Leute fragen, ob ich ihnen welche mitbringen soll. Oder, wenn ich Olivenöl kaufe und es gibt gerade besonders Gutes, bringe ich 50 oder 60 Liter mit und verteile das. Es gab auch mal die Idee, so eine Art Kooperative zu gründen,für Sachen, die man lagern kann. Aber es ist nichts passiert.

Ich weiß auch nicht, ob dafür wirklich ein Bedarf besteht. Ich mach das halt im kleinen Rahmen, deswegen braucht da keine große Organisation drübergestülpt zu werden.

Aber sicher könnten 5 oder 6 Sachen auch mal gelagert werden, nur: wo soll das Lager sein?

Am Ende wird dann ein Laden gemacht.

Es gibt einen Laden hier, von Einheimischen. Das finde ich auch ganz gut so - auch der Zigarettenverkauf, das machen nicht irgendwelche Freaks, sondern einheimische Familien. So auch den Laden.

Der kriegt den zwar nicht so richtig geregelt, weil er kein Auto hat, aber für drei, vier Tage kannst du dich immer noch rüberretten, wenn du nur auf seinen Laden angewiesen bist.

Betrug an den alten Bewohnern

Und wie kommt ihr sonst mit den Spaniern aus der Gegend zurecht?

Das ist eine individuelle Geschichte. Die Spanier sind offen und herzlich, aber wenn ein Deutscher seit zwei oder drei Jahren hier lebt und immer noch kein Spanisch spricht...

Tatsächlich?!

Es gibt Leute, die nur sehr schlecht sprechen oder nie eine spanische Zeitung oder ein Buch in der Hand halten. Wenn Leute sich derart gegenüber Spanien abkapseln, ärgert es die Spanier natürlich.

Entsteht zwischen Spaniern und Deutschen denn der Ansatz einer neuen Kultur oder von Vermischungen innerhalb derselben, wo die Menschen nicht aneinander vorbeileben?

Es gibt schon auch Verflechtungen. Die Leute vom neuen Dorf, besonders die Jugendlichen, kommen oft hier rauf. Jeden Tag klopfts da an meine Tür und dann trinken wir einen Tee und hören Musik.

Also, es ist schon so eine Art Austausch da, aber es ist wohl eher eine Vermischung.

Gibt es hier einen Bürgermeister?

Ja, im neuen Dorf. Der ist für hier zuständig. Ursprünglich war das Rathaus hier oben, aber typische Politik, wenn die ein Dorf entvölkern wollen, ist die Verlegung der öffentlichen Versorgung. Die Schule, die Buslinie, kein Strom mehr, der Arzt weg, so werden die Leute unter Entscheidungsdruck gesetzt. Dann wird ihnen ein Mietkauf im neuen Dorf angeboten. Irgendwann werden die Leute dann weich.

Die, die im neuen Dorf sind, fühlen sich inzwischen betrogen. Denen ist versprochen worden, im alten Dorf komme der Tourismus hin, dann könnten sie Cola verkaufen und so arbeiten, wie es überall hier an der Costa del Sol zu sehen ist. Die ganze Küste ist ja bereits erschlossen.

Die Pläne vor 10 Jahren in Spanien haben halt noch so ausgesehen, daß sich ein spezieller Landtourismus fernab der Küste entwickeln sollte. Da war ja schon alles zugebaut.

Bald wieder ein „normales" Dorf

Du hast erwähnt, es gäbe hier viele Frauen mit Kindern. Gibt es eine spezielle Kinderbetreuung?

Ja, in der Schule oben. Die ist jetzt wieder ausgebaut. Vor 10 Jahren war sie verlassen worden, aber jetzt wird sie wieder in Betrieb genommen, zur Kinderbetreuung.

Wer finanziert den Ausbau der alten Schule?

Die Gemeinde. Im Inneren des Dorfes wird derzeit viel gebaut.

Eigentlich ist der Grund ja bei der Enteignung Mateos verstaatlicht worden – auch die Burg und zwanzig, dreißig Häuser. Der hat halt damals alles daran gesetzt, das Dorf aufzukaufen, jetzt ist das halbe Dorf staatlicher Besitz.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Nun gibt es praktisch für den Staat nur noch die eine oder andere Alternative: entweder es zerfällt alles, oder sie müssen es renovieren. In jüngster Zeit haben sie sich dazu durchgerungen alles zu restaurieren. Es hat den Anschein, als ob alles wieder normal werden würde. Ein normales Dorf.

Es gibt aber auch viele Sachen, die noch nicht geregelt sind. Wir erfahren z.B. nichts von den Bebauungsplänen. Das Ayuntamiento ist nicht sehr kooperativ. Die hätten lieber Leute hier, die Arbeit und Geld ins Land bringen.

Hast du den Eindruck, daß der Plan, ein Zentrum für reiche Touristen auszubauen, noch nicht aufgegeben wurde?

Sicher. Schließlich ist ihnen das einmal versprochen worden. Die können nicht einsehen, daß sie einfach weggesiedelt wurden, das Dorf 10 Jahre verfiel und dann plötzlich irgendwelche Fremde in ihre Häuser ziehen.

Das ist schon ein spezieller Platz für sie. Immerhin der, an dem sie aufgewachsen sind.

Geld muß mitgebracht werden

Wie ist das eigentlich, wenn deutsche Jugendliche ohne einen Pfennig Geld in der Tasche bei euch auftauchen und aufgenommen werden wollen?

Das liegt hier halt auf der Route nach Marrokko. Das ist nach wie vor ein Freakreiseland. Bei uns tauchen daher eher Leute auf, die auf der Durchreise dorthin sind, weniger jugendliche Ausreißer.

Hier kommen doch auch Spanier hin. Was für ein Schlag Menschen ist das? Von Deutschland aus betrachtet stellen wir uns Südspanien schon als Region mit einer Zweidrittelgesellschaft vor, wie sie bei uns auch einmal Realität werden kann. Sind das solche Spanier, die arbeitslos sind und kein Geld haben, die ins Dorf kommen?

Man muß bei dieser Frage sehen, daß man erst einmal Geld mitbringen muß, um im Dorf zu leben. Da muß man erstmal Bauarbeiten machen.

Gib es für den Ausbau solcher verlassener Dörfer keine Mittel aus dem EG- Fonds?

Es gab einmal solche Überlegungen, was machen wir eigentlich mit dem Dorf da oben. Die Häuser, die sie inzwischen wieder bauen, müssen irgendwann einmal bezogen werden, sonst fallen sie wieder ein. Dann müssen die Leute Geld verdienen. Es müßte etwas angeboten werden. Sie können nicht einfach sagen, da habt ihr euer Häuschen – jetzt kommt her.

Kann sich das Dorf, oder vielmehr der spanische Teil des Dorfes, soweit er ohne Einkommen ist, nicht als eine Art lokale Beschäftigungsinitiative organisieren? Und dann auch EG- Mittel beanspruchen.

Die meisten sind halt Ausländer hier.

Ist das eine Besonderheit von diesem verlassenen Dorf? Werden vielleicht in anderen dieser verlassenen Dörfer ähnliche Programme aufgestellt?

Ja, in anderen Dörfern machen sie schon solche Programme. Sogar unten im neuen Dorf machen sie Kurse für Töpfern, Bienenzucht, Bäumeveredeln und so.

Wie hoch ist eigentlich die Arbeitslosigkeit in dieser Region?

Das ist natürlich ganz anders erfaßt als in Deutschland, aber alles in allem wohl ein Drittel.

Und was für eine Kultur entwickelt sich in so einer verarmten Gegend?

Das ist in erster Linie der Flamenco. Darüber besteht in Deutschland ja ein ganz schiefes Bild, das Bild einer exotischen Musik von Zigeunern oder so. Dabei handelt es sich tatsächlich noch um lebendige Volksmusik.

Andere kulturelle Sachen wie Kino oder Theater laufen hier unten in der Provinz ja gar nicht.

Gemeinsame Interessen

In eurem Dorf prallen jetzt zwei Kulturen aufeinander – da gibt es die Freaks, die sich vielleicht als Neo- Hippies fühlen. Da gibt es Spanier, die aus den Großstädten kommen und schließlich auch noch die Urbevölkerung... 7 Familien sind ja sogar im alten Dorf geblieben. Geht das denn alles zusammen gut?

Um das mal aufzureißen, was es alles für Positionen gibt, wir hatten mal Diskussionen zum Abfallproblem. Die einen wollten den gesamten Müll sammeln und dem Bürgermeister des neuen Dorfes vor die Tür karren, damit er sieht, was im alten Dorf Sache ist. Andere wollten Müll sortieren und getrennt recyclen. Wieder andere vertraten den Standpunkt, der Müll solle möglichst gleichmäßig im Dorf auf allen Straßen verteilt werden, damit nicht noch mehr Snobs ins Dorf ziehen, die dann den ursprünglichen Charakter der dortigen Szene verfälschen.

Wir haben dann zuguterletzt doch Müllaktionen gestartet und inzwischen funktioniert auch wieder eine Müllabfuhr, organisiert von der Gemeindeverwaltung.

Gibt es denn Beispiele für Konflikte zwischen den Kulturen?

Es gab so eine Phase in den siebziger Jahren, da war hier das Paradies der Hippies. Aber zu den Spaniern bestand immer auch eine Art Interessenidentität. Die Ausgangslage für Spanier war ja auch die: entweder es siedeln sich hier Leute an, und zwar autonomere Leute, die auch in Kauf nehmen, daß die Regierung sie vielleicht 5 Jahre später aus dem Haus vertreibt, oder das Dorf verfällt vollends. Die Häuser sind ja auch irgendwann verkauft worden und über die Käufer haben die Verkäufer wohl kaum schlecht gedacht.

Wie die Leute gemerkt haben, daß ihre Häuser langsam verfallen, haben sie sich gedacht, besser wir verkaufen so schnell und billig wie möglich, egal an wen. Irgendwann wäre ja schließlich gar nichts mehr zu verkaufen dagewesen.

Gab es dabei keine Probleme?

Nur wie sie an der Küste überall üblich sind. Z.B., daß Häuser gleich mehrmals verkauft wurden von verschiedenen Besitzern. Zu mir war die Urbevölkerung immer sehr freundlich. Ich bin da sehr herzlich empfangen und aufgenommen worden, als ob ich schon ewig da wohne.

1.500 verlassene Dörfer

Du hast von 50 anderen Dörfern gesprochen, die hier in Andalusien verlassen sind...

1.500...

...ist es denn überall die deutsche Szene, die solche Dörfer besiedelt oder konzentriert sich das eher auf Castellar?

Im Norden kenne ich mich nicht so genau aus. Es gibt an der Küste hoch aber auch Plätze, wo nur Schweden sind oder Engländer. Der Großteil verlassener Dörfer liegt jedoch im Landesinnern und da sind es vorwiegend Spanier, die sie besiedeln. Die kommen aus den großen Städten zurück auf das Land mit der Intention, Landwirtschaft zu machen.

Es gibt eine regelrechte Rückbewegung hier in Spanien. Das Problem der verlassenen Dörfer hat sich herauskristalisiert, als die Sozialisten an die Regierung kamen. Das Problem der Landflucht wurde zum Thema...

...die wiederum mit dem großen Tempo der Industrialisierung einhergeht...

...seit 1982 gibt es so einen losen Zusammenschluß von Leuten, die in verlassenen Dörfern wohnen. Dieser Zusammenschluß hat von der Regierung den Auftrag gekriegt, zunächst einmal einen Bericht über den Zustand der verlassenen Dörfer anzufertigen.

In welcher Form macht euer Dorf da mit?

Da machen diejenigen mit, die sich dafür interessieren. Bei uns sind das ein paar Spanier. Einmal im Jahr ist da ein größeres Treffen und auch regelrechte Messen, auf denen landwirtschaftliche Artikel aus dieser Szene getauscht werden.

Nochmal zum Leben in eurem Dorf. Gehen da die Kinder eigentlich auch zur Schule?

Bei uns aufzuwachsen ist für die glaube ich eher ein Privileg. Die Kinder haben viele Möglichkeiten zu spielen und spielen auch viel zusammen.

In Spanien gibt es zwar eine Schulpflicht, die aber nicht so sorgfältig kontrolliert wird, wie in Deutschland. Im alten Dorf gibt es höchstens zwei oder drei Kinder, die nicht zur Schule gehen. Von einem Mädchen weiß ich, die wird von ihrer Mutter unterrichtet und scheint mir ganz fit und clever zu sein, die Kleine.

Vor ein paar Jahren hat das aber noch ganz anders ausgesehen. Inzwischen haben wir dreißig, vierzig, fünfzig Kinder und der Schulbus kommt her. Die Kinder von vor zehn Jahren hatten es da noch schwerer und mußten ins neue Dorf gefahren werden oder selber den weiten Weg mit dem Fahrrad machen. Da kam es dann schon häufiger vor, daß Kinder nicht in die Schule gehen. Aber heute sind das ja praktisch schon Kinder der zweiten Generation und die haben es besser.

Uns wurde von Spaniern der Eindruck vermittelt, die Kinder würden vernachlässigt, in den Bars einpennen oder morgens nicht mehr den Schulbus erwischen, weil ihre Eltern sich nicht um sie kümmern. Stimmt das?

Vielleicht sehe ich die Probleme nicht in der Deutlichkeit, weil ich selber keine Kinder habe. Andererseits ist zu beachten, daß in Spanien die Kinder sowieso viel freier aufwachsen. Da ist es normal, daß Kinder auch nachts mit in die Kneipe kommen und es kann dann sogar schon mal passieren, daß sie dort einschlafen. Daß unsere Kinder besonders vernachlässigt sind, kann nicht behauptet werden. Sie haben dieselbe Ausbildung wie sonstwo.

Wie hoch ist denn der Analphabetismus hier?

Über 20 % und er konzentriert sich auf das Land. In den letzten zehn Jahren hat sich da sowieso viel getan. Damals sind die spanischen Kinder vom Dorf nur saisonmäßig in die Schule gegangen. Da wurde nur für 3 Monate eine Art Winterinternat besucht.

Gibt es sonst negative Vorbehalte gegenüber eurem Dorf?

Andere schlechte Meinungen, wie etwa, daß Castellar ein „Drogendorf" sei, sind halt auch nur in Zusammenhang mit dem Konflikt, in dem das Dorf lebt, zu verstehen. Seinen ursprünglichen Einwohnern wurde eine herrliche Zukunft durch Tourismus, Geld und Arbeit versprochen, damit sie das Dorf verlassen. Daran messen sie nunmehr die neuen Einwohner und stellen fest, daß sie beschissen worden sind. Dabei sind die Drogenprobleme, etwa mit Heroin, nicht größer und nicht kleiner als woanders an der Küste. Aber die schöne Zukunft, die versprochen war, können auch die neuen Dorfbewohner nicht erbringen.

Aber es gibt doch, wie Du sagtest, etliche Dorfbewohner, die auch nach jahrelangem Aufenthalt hier immer noch kein Spanisch sprechen. So etwas ist sicher auch eine schlechte Voraussetzung, um eine gemeinsame Zukunft zu gestalten – oder?

Stimmt. Aber es ist dasselbe, was du überall findest an der Küste – deutsche Küche für deutsche Touristen. Daß die Leute, wenn sie in ein fremdes Land kommen, ihre eigene nationale Kultur gar nicht in Frage stellen wollen, das scheint speziell ein Merkmal von Deutschen zu sein – so auch bei uns im Dorf.

...also eine Art „alternative" Germanisierung Andalusiens?

Die Kluft, die bei uns in Castellar besteht, hat eigentlich weniger mit den Nationalitäten zu tun. Die Leute wohnen hier, weil es ihnen hier gut gefällt. Sie haben also mit den Problemen des Landes gar nichts zu tun erstmal.

Thatchers Törtchen schwimmt als Fettauge in Kohls Suppe

Anmerkungen zur sozialpolitischen Situation in der Europäischen Gemeinschaft im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt ab 1992

Birgit Cramon-Daiber

Red. Berlin Die Diskussion um die Öffnung des EG-Binnenmarkts ab 1992 steht bis jetzt von links bis rechts weitgehend unter dem Motto „Alle reden vom Wetter..." Das erklärte Ziel der Schaffung des EG-Binnenmarktes ist die Herstellung von „Freizügigkeit" und „Wettbewerbsgleichheit", also die Abschaffung nationaler Schranken für Unternehmertätigkeit. Neben die Freizügigkeit fürs Kapital soll die Freizügigkeit für Arbeitnehmer innerhalb der EG treten, es soll keine Beschränkungen der Arbeitserlaubnis mehr geben, Selbständige sollen sich ebenfalls überall niederlassen können und national erworbene Ansprüche in den Systemen der sozialen Sicherung (Krankenversicherung, Renten- und Arbeitslosenversicherung) sollen, wenn jemand in ein anderes EG-Land umzieht, transferierbar gemacht werden.

Konsequenz: unüberwindliche Verwaltungshürden

Zu welchen Konsequenzen dies in den Amtsstuben Europas führen wird, ist leicht vorstellbar: Da Verwirrung dort bekanntlich subito zu Untätigkeit führt, wird es auf diese Weise zwar vielleicht keine nationalen Grenzen mehr geben, dafür aber die große Europäische Blockade aufgrund unüberwindlicher Verwaltungshürden. Wir werden sehen ...

Die Frage ist nun: Zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen gehört auch – über kurz oder lang – die Angleichung des national je unterschiedlichen Agreements zwischen Kapital und Arbeit und es gehört dazu im weiteren die Frage, in welcher Weise die Systeme der sozialen Sicherung – als volkswirtschaftliche Leistungssysteme – angeglichen werden. Denn natürlich gehen Sozialkosten in die Arbeitskosten mit ein und die deutschen Arbeitgeberverbände verkünden bereits recht munter, daß das hohe Niveau der Arbeits- und Sozialkosten in der Bundesrepublik „harmonisiert" (d.h. reduziert) werden müsse, wolle die deutsche Industrie im europäischen Konzert ordentlich mitsingen.

EG schon in den Fünfziger Jahren an Sozialpolitik gescheitert

Was die Arbeitnehmerpolitik im engeren Sinne anbelangt, so wachen zumindest die deutschen Gewerkschaften langsam auf. Was die Sozialpolitik jedoch anbelangt, so ist noch überhaupt kein Ruf in der Wüste zu hören, wenn wir die Verlautbarungen der Kommission selbst und die fast schuldbewußt klingenden Statements Helmut Kohls, man müsse bei der Einführung des Binnenmarktes auch an das soziale Europa denken, einmal beiseite lassen. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß es kaum etwas Unterschiedlicheres gibt, als die nationalen und regionalen Traditionen der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und der Sozialpolitik in den einzelnen Staaten der EG. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in den fünfziger Jahren ein Versuch, die Europäische Gemeinschaft zu gründen, an den unterschiedlichen sozialpolitischen Vorstellungen gescheitert ist.

Sozialpolitik ohne Sozialhilfe

Sozialpolitik ist also von Belang. Ich möchte hier einmal den Versuch machen, die Unterschiedlichkeit der Systeme sozialer Sicherung an ein paar relevanten Punkten zu verdeutlichen. Um hohe Erwartungen zu dämpfen: In den verfügbaren Darstellungen der EG (1) ist Sozialhilfe überhaupt nicht enthalten, die anderen Bereiche sind so komprimiert zusammengefasst, daß nur mit Mühe daraus etwas ablesbar ist. Es fehlt ganz eindeutig ein volkswirtschaftliches Parameter, das soziale Leistungssysteme nach Kriterien zu unterscheiden in der Lage wäre. Solche Kriterien müßten unter anderem sein: Sind Systeme bedarfsdeckend oder nicht, unterliegt die Anspruchsberechtigung demokratischen Regeln oder ist es ein Privilegierungssystem z.B. der Industriearbeiter und Angestellten (wie dies in der Bundesrepublik der Fall ist); welche Leistungsanteile werden durch individuelle Beiträge oder durch Umverteilung staatlicher Revenue erbracht? Welches ist das Verhältnis gemeinschaftlicher und privater Sicherungssysteme? – Um nur ein paar wenige der kritischen Fragen zu benennen.

Und natürlich fehlt ein politisches Parameter, das die sozialen Grundrechte im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme innerhalb der EG – zumindest als Zielsetzung – formulieren würde. Ich habe zwei Teilsysteme der sozialen Sicherung ausgewählt, um zu versuchen, die Unterschiedlichkeit auszumessen:

In Belgien täglich stempeln, in der BRD auf's Konto

1. Arbeitslosigkeit

In allen EG-Ländern gibt es Versicherungssysteme in irgendeiner Form. Die Bandbreite der Anspruchsberechtigung reicht von allen Arbeitslosen, die Beiträge in eine freiwillige oder Pflichtversicherung einbezahlt haben bis zum holländischen Modell, das auch Arbeitslose umfasst, die keine für die Gewährung von Versicherungsleistungen notwendigen Bedingungen (mehr) erfüllen. Die BRD, Irland, Niederlande, Spanien, Portugal gewähren auch Arbeitslosenhilfe, die über die Bezahlung von befristetem Arbeitslosengeld hinausgeht. Die Höhe des Arbeitslosengeldes reicht von 90% des monatlichen Bezugslohnes in Dänemark bis zu 800 Lire täglich (=ca. 1,20DM) in Italien. Die Bezugsdauer reicht von unbegrenzt (in Belgien) bis zur Mindestdauer von drei Monaten in Griechenland. Auch die soziale Kontrolle bei Bezug von Arbeitslosengeld ist sehr unterschiedlich: in Belgien müssen die Leute täglich stempeln gehen, in der BRD kommt das Geld aufs Konto.

Niederlande: Volksrente für alle

2. Alterssicherung

Nur in den Niederlanden gibt es eine beitragsunabhängige Volksrente für A L L E (das Traumziel einer frauenfreundlichen Rentenversorgung), in Großbritannien gibt es eine kombinierte Rente aus Grundrente für alle und Aufstockung aufgrund von individuellen Beitragsleistungen. Alle anderen Länder haben Beitragssysteme. Die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente sind ebenso unterschiedlich wie die gesetzliche Altersgrenze und die Höhe der Renten.

Wie sieht denn nun die EG-Kommission selbst die soziale Entwicklung in Europa? Dazu ist zu lesen (2): Es wird für

Fortsetzung nächste Seite

Thatchers Törtchen schwimmt als Fettauge in Kohls Suppe

Fortsetzung

1986 eine leichte Belebung der Wirtschaftstätigkeit festgestellt, aber auch, daß die Arbeitslosigkeit insgesamt zunimmt. Besonders gravierend sei nach wie vor die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit. Doch aufgrund der niedrigen Ölrechnung und der „Mäßigung bei Lohnabschlüssen" verlangsame sich die Inflation. Insgesamt sei es schwer, von gemeinsamen Tendenzen zu sprechen, solange die Anliegen von Land zu Land so unterschiedlich seien, es gebe aber Tendenzen in den Einzelstaaten, „Verpflichtungen eines Landes im Bereich des sozialen Schutzes zu begrenzen und teilweise zu privatisieren ..." – eine solche Formulierung muß im Hinblick auf das Interesse der deutschen Arbeitgeber an der sogenannten „Harmonisierung" von Arbeits- und Sozialkosten sowie im Hinblick auf die Binnenmarktinteressen privater Versicherungsgesellschaften eigentlich wie ein schriller Wecker aus den fünfziger Jahren wirken ...

Mindesteinkommen?

Doch hören wir weiter, was sich die Kommission vorstellt: Es sollen Vorschläge erarbeitet werden „zur Finanzierung der Möglichkeit einer Verschiebung der Belastung sowohl innerhalb des Unternehmenssektors als auch vom Unternehmens- auf den Privatbereich, zur demographischen Entwicklung und zur Entwicklung von Informations- und Aufklärungskampagnen ... und zur sozialen Angrenzung die Möglichkeit der Einführung eines sozialen Mindesteinkommens."

Letzteres bezieht sich wohl auf die Debatte in Frankreich, wo ein solches Mindesteinkommen momentan diskutiert wird. Dazu muß man wissen, daß es sich dabei keinesfalls um das von den GRÜNEN favorisierte garantierte Mindesteinkommen handelt, sondern darum, daß es in Frankreich kein Sozialhilfesystem gibt, ca. 400.000 Menschen überhaupt keine öffentliche Unterstützung erhalten und ca. 2 Millionen Menschen weniger als 650 DM monatliches Einkommen haben – genau die Summe von 2000 Ffrs. = ca. 650 DM ist als Mindesteinkommen aber im Gespräch. Dies ist viel weniger als das nach dem Bundessozialhilfegesetz festgelegte Existenzminimum der Sozialhilfe (ca. 900 DM direkte Bar- und Sachleistungen monatlich) bei uns. Und es ist ganz sicher nicht vergleichbar mit dem holländischen System des „Bijstands", bei dem die durchschnittlichen gesellschaftlichen Lebenshaltungskosten zugrunde gelegt werden. Außerdem: Das soziale Mindesteinkommen umfasst keineswegs eine Entlohnung unbezahlter Haus- und Familienarbeit von Frauen. Dieses Beispiel mag zeigen, wie wichtig es ist, genau aufzupassen, damit nicht mit einer schlichten Sprachformel – die vermeintlich Fortschrittliches bezeichnet – faktisch eine Reduzierung des hier herrschenden und in sich fragwürdigen sozialen Mindeststandards betrieben wird.

5 – 7 Millionen Arbeitslose mehr

Die Kommission gesteht offen ein, daß der große Bazar für 320 Millionen VerbraucherInnen in den ersten Jahren nicht zu einer Reduzierung, sondern zu einem Anwachsen der Arbeitslosenzahlen um 5-7 Millionen Menschen führen wird. Woher die Zuversicht genommen wird, daß anschließend eine drastische Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Europa möglich sei, ist nicht deutlich, aber es wird solches behauptet. In diesem Zusammenhang mag es interessant sein, daß „mehrere Mitgliedstaaten Maßnahmen getroffen (haben), mit denen unbezahlte Beschäftigung von Arbeitslosen erlaubt und gefördert werden soll." (Bericht über die soziale Entwicklung 1986, Brüssel 1987, VII-2).

Auch dies heißt im Hinblick auf 1992 nichts Gutes. Demgegenüber wird aber allseits als gesichert angesehen, daß die Unternehmen durch den Binnenmarkt kräftig profitieren, daß die EG als Wirtschaftsriese gewisse heute spürbare Nachteile gegenüber USA und Japan aufholen wird u.s.w.

Wir haben EuropapolitikerInnen befragt, wie sie die sozialpolitische Entwicklung auf EG-Ebene einschätzen. „Cash for market" ist die überwiegende Meinung, die vertreten wird. D.h. es soll versucht werden, durch einen monetären Ausgleich die Etats für sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen aufzustocken. Nach dem alten Sozialstaatsmotto: wenn die Wirtschaft floriert, muß auf der anderen Seite was fürs Soziale herausspringen. Daß das Sozialstaatsmotto dieser schlichten Strickart unter ökologischen Gesichtspunkten nicht mehr angemessen ist, ist ein Punkt der Kritik. Daß der Versuch des monetären Ausgleichs ohne die Sicherung des sozialen Existenzrechtes der Menschen in Europa (und anderswo) unter Umständen zu einer sozialen Verelendungs- und Almosenpolitik führt, ist der zweite gravierende Kritikpunkt.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, die bisherigen Finanzierungsinstrumente der EG im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik anzuschauen: Das gesamte Haushaltsvolumen der EG betrug 1987 mit ca. 80 Milliarden DM in etwa (3) das Doppelte dessen, was die Bundesanstalt für Arbeit für die Bundesrepublik in diesem Jahr ausgegeben hat.

Operationelle Programme

Den Hauptanteil des EG-Haushaltes umfasste der berühmte Agrarfonds. Der Sozialfonds, das Finanzierungsinstrument der EG für Bildung und Beschäftigungsentwicklung, umfasste 1987 7% des Haushaltes, zusammen mit dem für die Bundesrepublik nicht relevanten Regionalfonds wurden für Bildungs- und Beschäftigungsentwicklung insgesamt 13% des Haushaltes ausgegeben. Bereits für 1988 sind die beiden Fonds enorm aufgestockt worden, und für die Zukunft sollen sie noch weiter ausgebaut werden. Für 1990 ist eine Reform des Sozialfonds geplant: die bisherige Praxis, daß Träger – bei einer entsprechenden Beteiligung der nationalen öffentlichen Hände – direkt Anträge in Brüssel stellen können, was bei dem hohen Bürokratisierungsgrad Brüssels und den langen Antragsfristen eh ein ziemliches Theater ist, soll abgeschafft werden. In Zukunft sollen Anträge national zu „operationellen Programmen" zusammengefasst werden, über deren inhaltliche Bestimmung Brüssel zumindest mitentscheidet. Dies bedeutet, daß es in Zukunft gar nicht mehr möglich ist, Bildungs- und Beschäftigungsprojekte mit europäischer Unterstützung zu realisieren, die **nicht** im national-oder regionalstaatlichen mainstream liegen.

Im Gegenteil, es ist zu befürchten, daß die angestrebte Vereinheitlichung auch im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik einen neuen, merkwürdigen Euro- Mainstream zeitigt. Vielleicht kommt es sogar soweit, daß sich auch in der Sozialpolitik die Strategie des Agrarmarktes (holländische Tomaten für Portugal und Sizilien, dafür sizilianische und griechische Kühe für die Niederlande und Dänemark) fortsetzen wird. Benachteiligte Jugendliche in Irland und Berlin dürfen dann am PC spielen, und erwerbslose Frauen in Manchester und auf Mykonos machen Managementtraining.

Arbeitsmarktsituation verbessert sich nicht

Die Arbeitsmarktsituation der Betroffenen wird sich dadurch nicht verbessern, die soziale Gerechtigkeit wird auch nicht wachsen, aber zur Zufriedenheit aller ist etwas für die armen Benachteiligten getan. Auch eine drastische Erhöhung der Etats für Sozialpolitik wird keine Sicherung sozialer Existenzrechte für die Menschen in Europa erbringen können. Es wird kein an den durchschnittlichen Lebenshaltungskosten meßbares garantiertes Grundeinkommen für ALLE in Europa möglich sein, nichteinmal Sozialhilfe oder eine Mindestrente in den Ländern, die eine solche Regelung bis jetzt überhaupt nicht kennen. Der Versuch eines monetären Ausgleichs für besonders benachteiligte und von der Industrie- und Agro-Business- Konzentration betroffene Regionen wird ein Tropfen auf den heißen Stein sein, denn die Einebnung regionaler Strukturen zugunsten des freien Marktes bedeutet ja nicht zuletzt einen Verelendungsschub für jetzt schon vom Industriestandpunkt aus benachteiligte Regionen. Die Schwierigkeit ist halt auch in der Sozialpolitik: Das Kapital ist flexibel, international organisiert und handlungsfähig. Das Elend aber klebt an den Menschen, ist persönlich, lokal, keinesfalls schick und vorzeigbar in Brüssel.

Quellen:
(1) Vergleichende Darstellung der Systeme der sozialen Sicherheit in den Mitgliedsstaaten der EG 1982; Tableaux comparatifs des regimes de securite sociale, 1986.
(2) Bericht der Kommission über die soziale Entwicklung 1986, Brüssel 1987; Soziales Europa. Die soziale Dimension des Binnenmarktes, Sondernummer, Luxemburg 1988.
(3) European Commities Financial Report 1987.

Eswird viel nach Marokko exportiert...

Interview mit Montse, einer ehemaligen Mitarbeiterin der ASH-Krebsmühle

Red. Tarifa Am Tag des neuen Jahres fahren wir hinaus nach Castuelo, einem unweit von Tarifa gelegenen Bergdorf, das von der europäischen Freakszene okupiert ist. Vor fünf Jahren lebten in dem Dorf hauptsächlich Männer. Nach und nach kamen auch Frauen. Montse, eine ehemalige Mitarbeiterin der ASH-Krebsmühle arbeitet in der örtlichen Bar als Aushilfe für 45 DM im Monat. Sie findet als Gartenbaugestalterin keine Arbeit und erzählt uns von ihren Plänen, von der Situation der Frauen auf dem Lande, den sozialen Verhältnissen und dem Verhältnis der Geschlechter.

CONTRASTE: Wie sieht die Arbeitsmarktsituation für Frauen in der Region aus?

Montse: Sie leben hier hauptsächlich vom Nelkenanbau, ihrem Export von Bienen und der Kartoffelernte. Es wird viel nach Marokko exportiert. Die Korkernte wird hauptsächlich von Männern gemacht. Die Frauen arbeiten auf dem Felde. Das alte Textilhandwerk ist zugrunde gegangen. Da unten im Dorf nähen Frauen Hosen und Röcke aus Wolle, aber alles mit Maschinen. Sie haben einen Lehrgang absolviert, nähen aber nicht für die Straße, weil in Chema eine große Textilfabrik aufgemacht hat. Dort arbeiten vorwiegend Frauen. Diese Frauen sind nicht am Gewinn beteiligt, kriegen aber ihre Lohn- und Sozialversicherung. Generell ist es äußerst schwierig für Frauen eine Erwerbstätigkeit zu finden. Es gibt aber Kurse für langfristig arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre. Und zwar in den Bereichen Informatik, Landarbeit sowie Keramik, die gerne von Frauen besucht werden. Meiner Meinung nach sind diese Kurse eine Betrügerei: Sie werden ein halbes Jahr lang beschäftigt und verdienen ganz wenig, 500 Peseten am Tag. Manche haben die Kurse schon zweimal absolviert. Um halt ein bißchen Arbeitslosengeld zu bekommen.

Gibt es spezielle Kurse für Existenzgründungen von Frauen?

Nein, die gibt es nicht.

Was machen alleinstehende Frauen mit Kindern?

Alleinstehende Frauen gibt es wenig. Die meisten sind verheiratet, der Mann arbeitet oder findet keine Anstellung. Die Situation ist desolat.

Engagieren sich die Frauen politisch?

Ja, zum Beispiel in Cadiz. Da ist die Werftindustrie in großen Schwierigkeiten. Die Frauen organisieren die ganzen Proteste dort. Einmal in der Woche blockieren sie die Straße.

Gibt es Selbsthilfeinitiativen von Frauen?

Das ist sehr schwierig hier. Denn hier muß zuerst den Männern geholfen werden, dann wird es auch den Frauen besser gehen. Ich denke, die Männer besitzen sehr wenig Freiheit hier und sind voll von Ängsten, aus denen Brutalität entsteht. Der Mann ist hier so erzogen worden und wenn man versucht, die Männer erst mal nicht zu verändern, sondern anders zu lieben, dann könnte sich vielleicht einiges ändern. Es müßten Männerversammlungen einberufen werden, auf denen über die Probleme der Frauen gesprochen wird. Die Männer müßten lernen, die Frauen nicht nur als Mutter, sondern als gleichwertig anzuerkennen. Das wäre die Voraussetzung dafür, daß auch die Leistungen von Frauen anerkannt und gleich entlohnt würden. Haben das die politisch- engagierten Männer begriffen, würden diese dafür sorgen, daß auch Frauen für ihre Arbeit entsprechend bezahlt würden.

Wie sieht die soziale Situation der Familien auf dem Lande aus?

Zunächst zu den Jugendlichen. Es gab hier jetzt diesen Generalstreik. Arbeitgeber, die Jugendliche unter 24 Jahren einstellen, zahlen kaum Sozialversicherung. Überhaupt sind die ganzen Sozialabgaben hier für den Arbeitgeber zu teuer und er versucht häufig durch kurzfristige Arbeitsverträge die Sozialabgaben zu umgehen. Die Jugendlichen verdienen viel weniger, werden ausgenutzt, sehen keine Zukunft, weil sie nur 30.-40.000 Peseten verdienen. Oft haben sie eine Familie und da die Wohnungen in Spanien so teuer sind, bauen die Leute auf Kredit Häuser. Der Spanier leiht sich Geld und bezahlt nachher. Wie, daß weiß niemand.

Wie hoch sind hier die Mieten?

600-700 DM für zwei kleine Zimmer, Bad und Küche. Von was sollen die Leute leben, wenn sie nur 700 DM verdienen oder weniger. Sie bauen.

Sind die Häuser in der Anschaffung billiger als in Deutschland?

Nicht mehr. Ich habe für ein Haus 4.000 DM bezahlen müssen, das abgerissen werden mußte.

Du bist erwerbslos, wie willst du deine Situation verändern?

Ich habe einen Brief an die Junta de Andalucia geschrieben und für Castuelo ein Haus gefordert, in dem Handarbeiten und Keramik hergestellt und verkauft werden sollen. Wenn ich das genehmigt bekomme, hole ich die Frauen von dem Keramikkurs. Es gibt eine Frau, die macht sehr schöne Arbeiten mit Hängematten und Blumentöpfen, so eine Art Knüpfereien. Wir brauchen einen kleinen Bus, mit dem die Frauen abgeholt werden und der sie abends zurück bringt. Dann können wir hier Ausstellungen machen und in Zukunft vielleicht sogar unsere Produkte exportieren.

Dafür braucht ihr Geld. Hast du dich an die örtlichen Banken gewendet?

Ja, wir könnten auch einen Kredit bekommen, wenn wir die entsprechenden Sicherheiten hätten. Was nützen diese Kurse, wenn nichts daraus entsteht, weil das Geld fehlt. Man müßte mit den verschiedenen politischen Parteien reden und nach Möglichkeiten suchen, an zinslose oder billige Kredite heranzukommen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Weichen sind gestellt, aber wohin fährt der Zug?

Ludger Porada

Binnenmarkt zum Ersten

Red. Köln/Bonn Das „magische" Jahr 1992 rückt immer näher und führt zu hektischen Aktivitäten bei Regierungen, Parteien, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden.
Dabei fällt insbesondere auf, daß der Binnenmarkt schon fast die Unabänderlichkeit und Endgültigkeit eines Naturereignisses bekommen hat. Im Vordergrund sämtlicher Überlegungen steht die Frage, wie begrenze ich den Schaden bzw. welche Vorteile kann das Ereignis mit sich bringen. D.h., die politische Dimension, der kritische Diskurs und auch die Möglichkeiten, den Binnenmarkt mitzubestimmen, treten hinter pragmatischen Überlegungen der Funktionsträger zurück. Vielzitierter, aber trauriger Höhepunkt dieser Bewertung ist der sog. „Cecchini-Bericht", der große Wachstumserwartungen weckt und erhebliche Arbeitsmarkteffekte verspricht. Dieser Bericht, von der EG-Kommission in Auftrag gegeben, wird als Argumentationshilfe gegen die „Euro-Skeptiker" ins Feld geführt, die vor allzu großer Euphorie warnen.

.... zum Zweiten

Die positive politische „Utopie" eines vereinigten Europas darf nicht nur aus dem Abbau von Handelsbarrieren bestehen, um letztlich durch ungesteuerte Harmonisierungsbestrebungen hinter nationalstaatliche Errungenschaften zurückzufallen. Eine Forderung, die die Gewerkschaften bezüglich arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen berechtigterweise aufstellen. Aber es gibt noch viele andere Bereiche, in denen negative Folgen zu erwarten sind, die unser Leben konkret betreffen. Ich nenne nur einige davon:

- Arbeitsplatzverluste in der Größenordnung von 500.000 (europaweit) durch industrielle Umstrukturierungsprozesse. Erst 1994/95 ist wieder mit einem Anstieg der Arbeitsplätze zu rechnen.
- Wirtschaftsliberalismus wird den Vorrang vor Umweltschutzmaßnahmen erhalten. Europäische Standards werden sich auf niedrigerem Niveau einpendeln als umweltpolitisch erforderlich, wenn in irgendeinem Mitgliedsland ökonomische Interessen gegen bessere Standards sprechen. Dafür gibt es schon jetzt genügend Beispiele.
- Industrielle Monopolisierung und agro-ökonomische Konzentrationen werden dazu führen, daß unterentwickelte Regionen unterentwickelt bleiben, während hochverdichtete Ballungsräume davon profitieren werden. Dies bedeutet die Unmöglichkeit jeder vernünftigen Regionalpolitik.
- Die Liberalisierung des Güterverkehrsmarktes könnte einen Wachstumsschub von 70 % (bis ins Jahr 2000) im Güterverkehr auf der Straße mit sich bringen. Was dies für den Straßenverkehr und die Luftverschmutzung bedeutet, darf man sich gar nicht vorstellen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl von Schreckensmeldungen, denen jederzeit neue hinzugefügt werden könnten.

... zum Dritten

Was hat die Selbstverwaltungswirtschaft damit zu tun, mag sich der Leser der CONTRASTE fragen. Die Anzahl produktivgenossenschaftlicher Betriebe wird in Europa auf 40.000 mit insgesamt 800.000 Arbeitsplätzen geschätzt. Allein zwischen 1975 und 1984 sind 8.000 Neugründungen bekannt, dies vor dem Hintergrund von Stagnationen in anderen Unternehmensbereichen. Ein Großteil der Betriebe ist relativ klein und produziert für lokale Märkte. Wie die Entwicklungschancen des selbstverwalteten Wirtschaftssektors bis ins Jahr 2000 aussehen werden, ist mit der Frage gekoppelt, welche Ausprägung der Binnenmarkt haben wird. Kommen wird er, doch das Wie ist noch längst nicht entschieden und deshalb ist die Selbstverwaltungswirtschaft aufgefordert, sich einzumischen. Dabei ist es aber umso wichtiger, eine politische Position zum Binnenmarkt zu erarbeiten und zu vertreten, um nicht nur auf Entscheidungen der EG-Kommission reagieren zu müssen, sondern auch den Versuch zu unternehmen, gestalterisch einzugreifen. Leider muß der demokratische Charakter von EG-Entscheidungen ernsthaft in Zweifel gezogen werden. Hierzu ein abschließendes Zitat von Hans Magnus Enzensberger: „Wer in dieser Gemeinschaft etwas zu sagen hat, der ist nicht gewählt, und wer gewählt ist, der hat nichts zu sagen. Die Kommission ist dem Europäischen Parlament gegenüber nicht verantwortlich, sie kann nicht gestürzt werden, und der Etat der Gemeinschaft entzieht sich der direkten demokratischen Kontrolle. Das ist natürlich für die politische Klasse sehr angenehm. Endlich hat sie eine Institution, in der die Völker nichts mitzureden haben, und aus der man nicht abgewählt werden kann! Ein halb-absolutistischer Traum!".

Was haben wir eigentlich vom europäischen Binnenmarkt?

Mit „ZUKUNFT!" suggeriert uns eine Anzeige der „Christlich-Demokratischen Fraktion des Europaparlaments" auch gleich die Antwort auf diese Frage. Um dumme Fragen im Keim zu ersticken, wer denn wohl was von dieser „ZUKUNFT!" haben wird: „Wir Deutsche haben dabei eine besondere Chance, durch Tüchtigkeit und Qualität an der Spitze zu bleiben." WIR an der Spitze einer Wirtschaftsgemeinschaft, die den Amis und Japsen endlich Paroli bieten kann... da läuft jedem guten Deutschen doch gleich das Wasser im Munde zusammen. Wirtschaftswachstum und Wohlstand endlich gesichert! Und wenn sich die Kanaken in den europäischen und „assoziierten" Billiglohnländern (unter UNSERER Regie natürlich) kräftig mit in die Riemen legen, wird so endlich das Goldene Zeitalter ausbrechen.

Anzunehmen ist, daß v.a. die südeuropäischen Länder (genauer: die Masse der Bevölkerung dieser Länder) vom europäischen Binnenmarkt wohl wenig haben werden. Davon, so weiß uns die C-Parteiwerbung zu berichten, „werden gerade die Deutschen profitieren, denn deutsche Qualitätsarbeit ist überall gefragt." Mit Hilfe der EG kommen nach den Italienern inzwischen auch z.B. die Spanier in den Genuß, ihre einheimischen Landwirtschaftsprodukte in minderer Qualität und zu höheren Preisen als ihre nördlichen „Nachbarn" einkaufen zu dürfen. Die „Gast"arbeiter, auch die „erstklassigen" aus den EG-Ländern, haben noch nicht mal das Kommunalwahlrecht bei „uns", und hier werden Europa- Euphorien hochgejubelt, die letztlich unterschwellig mit dem Recht des Stärkeren argumentieren.

Wie stellt sich die Frage des Europäischen Binnenmarkts für die Selbstverwaltungsszene dar? Gibt es zwischen den Interessen imperialistischer Konzerne und denen selbstverwalteter Kleinbetriebe möglicherweise Gemeinsamkeiten? Sollte man nur zwischen radikaler Ablehnung dieser finsteren Machenschaften des Kapitals und schlichtem „mir egal" zu wählen haben?

Oder könnten WIR vielleicht gar ein subversives Netz zwischen den Ländern spinnen, das den politischen, kulturellen und ökonomischen Austausch „von unten" fördert? Zukunftsmusik? Vielleicht. Dazu brauchen wir nicht den EG- Binnenmarkt. Möglicherweise können wir ihn aber nutzen.

(((Nachsatz)))
(Eine kleine Expedition von verschiedenen germanischen Stämmen machte sich auf nach Südspanien, um neben einheimischen Bars auch die eine oder andere Frage zu dieser Antwort zu finden.)

Hans-Peter, Red. Rhein/Main

Knete für europäische Frauenprojekte

Reflexionen im Workcamp Tarifa

Ricarda Buch
Regina Engel
Heike Schmidt

Red. Tarifa Die Forderung nach einem europäischen Garantiefonds, der Kredite von Existenzgründerinnen absichert, ist nicht neu. Sie wurde bereits vor einem breiteren Publikum auf einem europäischen Kongress 1987 zum Thema „Die Frau und Unternehmensgründungen" erhoben.

Seither geistert diese Idee in den Köpfen vieler Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern herum. In die Tat umgesetzt wurde ein solches Vorhaben bisher noch nicht. Wie auch, bei einer eher punktuellen Zusammenarbeit verschiedener Frauengruppen über die Ländergrenzen hinweg.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß Existenzgründungen vieler Frauen oft am mangelnden Eigenkapital scheitern. Wo aber eigene Mittel ohnehin schon knapp bemessen sind, fehlt es erst recht an banküblichen Sicherheiten zur Bildung des notwendigen Fremdkapitals.

In der Bundesrepublik haben Existenzgründerinnen die Möglichkeit, bis zu 40 % ihres Finanzierungsvorhabens als Eigenkapital mit Bundesmitteln aufzustocken, sofern sie mindestens 12 % der Gesamtsumme als Finanzierungsgrundstock vorweisen können. Dies löst aber noch nicht ihre Probleme bei der Besicherung der bis zu 60 % Fremdmittel, die auch aus zinsbegünstigten ERP-Töpfen oder Sonderförderprogrammen der Bundesländer fließen würden, wenn ihre Bank mitspielt und eben dieses Fremdvolumen aus Werten, die die Existenzgründerin vorweisen muß, als Sicherheit akzeptiert. Die Folge ist nur zu oft, daß Existenzgründungen gar nicht oder unterkapitalisiert stattfinden.

In der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren immerhin einige Beratungsprojekte von Frauen, z.B. Goldrausch in Berlin, Frankfurter Frauenbetriebe, entstanden und auch einige Banken beraten Frauen in Sachen Existenzgründungen.

Im Zuge unserer Recherchen fällt uns auf, daß die Kenntnis möglicher Finanzierungsmittel in Südspanien nicht vorhanden ist. Bei unserem Gespräch mit Montse wurde deutlich, daß zwar Ausbildungslehrgänge für Frauen unter 25 angeboten werden, Absolventinnen dieser Kurse ihre erworbenen Kenntnisse jedoch nicht in die Praxis umsetzen können. Gleichzeitig ist, laut Montse's Aussagen, bei den hiesigen Frauen auch nicht der Wunsch vorhanden, sich zu organisieren und die erlernten Fähigkeiten im eigenen Betrieb anzuwenden. Die Ursachen hierfür sieht Montse in der Stellung von Frauen in der spanischen Familie, wo traditionell Frauen für die Versorgung der Kinder und des Mannes zuständig sind. In diesem Rahmen bewegen sich die Frauen. Ihre Möglichkeiten, außerhalb dieses Kreises eine Erwerbsarbeit zu suchen, sind beschränkt. Auch die steigende Arbeitslosigkeit der spanischen Männer, deren Selbstgefühl gleich Null ist, was die Frauen, wie sollte es anders sein, auffangen müssen.

Was es heißt, Unterstützung für ein Frauenprojekt zu erhalten, verdeutlicht Montse: „Kredite gibt es nicht ohne Sicherheiten, ich hatte nichts und wollte einen Kredit von der Bank haben, um mit den Frauen aus den Kursen ein Projekt aufzuziehen. Was soll das, Kredite anzupreisen, wenn keine Möglichkeit besteht, sie in Anspruch zu nehmen."

Von vielen Frauengruppen und Organisationen in der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird darauf hingewirkt, Frauen die Gründung des eigenen Betriebs zu erleichtern. Für Frauen bedeutet die Gründung des eigenen Betriebs ein Schritt zu mehr wirtschaftlicher Autonomie und oft der einzige Ausweg aus der Erwerbslosigkeit. Hinzu kommt, daß durch die Einführung des EG-Binnenmarktes sich die Erwerbssituation von Frauen verschlechtert, da die Konkurrenz um Arbeitsplätze zu Lasten der geringeren Mobilität von Frauen geht.

„Pressure groups" aus Feministinnen verschiedener europäischer Länder sollten nach Meinung französischer Frauen gebildet werden die die Forderung nach einem europäischen Garantiefonds zur Absicherung von Existenzgründungsdarlehen vertreten. Aufgrund der unterschiedlichen Lebenssituation von Frauen in den verschiedenen Ländern, muß aber gleichzeitig garantiert werden, daß von der EG gewährte Hilfen an den regionalen und sozialen Gegebenheiten ansetzen.

Welches sind die Mindestanforderungen an einen solchen Fonds?

Nicht nur Qualifikationen und Fähigkeiten, die sich Frauen im familiären Umfeld angeeignet haben, sind anzuerkennen, sondern den Frauen müssen auch Management-Kurse angeboten werden, damit sie einschätzen können, ob ihr Produkt absetzbar ist und wie sie den eigenen Betrieb führen können. Erforderlich dafür ist der Ausbau von Beratungseinrichtungen, die den Frauen die entsprechenden Informationen vermitteln. Das vom Frauenbüro der EG-Kommission im Aufbau befindliche Netz lokaler Beschäftigungsinitiativen für Frauen sollte ausgebaut werden. Vorstellbar wäre, daß genossenschaftlich organisierte Frauen einen eigenen Geldkreislauf initiieren, grenzübergreifend über ihre Produkte miteinander kommunizieren und sich gegenseitig wirtschaftlich unterstützen.

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Europäische Gemeinschaft – vom „Europa der Vaterländer" zum Vaterland der Bürokraten

Stefan Blankertz
Libertarian International

Red. Kommunen Die Idee der (west)europäischen Einigung ist aus der Überzeugung geboren, daß Nationalstaatentum mit Militarismus und Nationalchauvinismus untrennbar verbunden sei und überwunden werden müsse. Die Unterstützung in weiten Teilen der (fortschrittlichen) Bevölkerung, die die Idee der europäischen Einigung in der Nachkriegszeit erhielt, gründete in dem anti-nationalistischen Impuls. Dieser Impuls wurde basisdemokratisch gegen die staatlichen Grenz-Apparate gerichtet, nicht aber gegen regionale Besonderheiten und Differenzen.

Das, was heute unter „europäischer Gemeinschaft" und „Binnenmarkt" realisiert wird, ist eine vollständige Pervertierung der ursprünglichen Intention. Abbau von Grenzen, nationalen Apparaten und bürokratischen Eingriffen in das Leben der Völker sind nur noch ideologische Floskeln, um eine Realität zu bemänteln, die die Schaffung eines europäisch - chauvinistischen Supernationalstaates beinhaltet:

- Verstärkung der Grenzen nach außen (besonders zur wirtschaftlichen Ausgrenzung der Dritten Welt),
- Steigerung der militärischen Potentiale,
- Ablösung jeglicher Reste regionaler Selbstverwaltung durch zentraleuropäische Überbürokratien,
- enorme Steigerung der Steuerausbeutung und der Währungsmanipulation,
- Schaffung gesamteuropäischer Überwachungsapparate usw.

das sind die Stichworte des realen Europäismus.

Die gegenwärtige „Europapolitik" ist kein Fortschritt gegenüber dem Nationalstaat, sondern dessen Überhöhung zum Zeitpunkt seiner tiefsten Krise. Diese Europapoltik kann nicht einfach als irrelevant ignoriert werden, sondern bedarf des schärfsten Widerstandes durch alle Kräfte, die an individueller Freiheit, an ökonomischer Gerechtigkeit, an basisdemokratischen Entscheidungsstrukturen, an regionaler Differenzierung, an Frieden und Recht orientiert sind.

Der Wald stirbt sowieso

Aus dem Inneren der Provinzzeitung EXX (ehemals Arbeiterkind)

Red. Tarifa Siegen heißt im Umkreis von mehr als 100 km immer Gießen. Was ein Schicksal für eine Stadt mit 100.000 Einwohnern, in der ca. 8000 Leute meinen studieren zu müssen, und ihre Zukunft als Elektrotechniker, SozialarbeiterInnen oder, wie es im DDR-Deutsch heißt, ihre Zukunft auf dem Arbeitsamt als Problembürger planen. Es existieren in Siegen die Stahlwerke, ein toter Rubens, Flicks überall, die 110 m (zweithöchste) Autobahnbrücke Deutschlands und kein Fremdenverkehr. Siegen hat viel Wald und wenig Sonne, d.h. 8 Monate heizen und extremistischer Pietismus nebenan. Die Stadt ist für alle dorthin Verschlagenen ein schwarzes Loch, und die dort Aufgewachsenen sind ein Leben lang mit dem rollenden R gezeichnet.

Richard Proletario

Siegen heißt mittelmäßiger Hardcore-Realismus im Herzen der Republik. Dort gibt es einige versprengte Autonome und AnarchistInnen – von der Front keine Spur – die im Rahmen ihrer propagandistischen Offensive, nach der überregional wenig beachteten „Projektwoche Destabilisierung", im Herbst 1986 die Zeitung als Waffe im Klassenkampf (ein alter Hut aber immer noch gut!) wiederentdeckten. EXX (ehemals Arbeiterkind) als Stufe 1 & 2 im Rahmen der autonomen 3-Phasen- Theorie „informieren-agitieren-sabotieren" steht mitten in den Bewegungen, was das auch immer heißen mag, und diese sucht sie manchmal verzweifelt.

Schnelle Lösungen sind nicht neu

Natürlich kann niemand was für seine Herkunft. Bestimmt das Sein das Bewußtsein oder umgekehrt? Jedenfalls sind alle MitarbeiterInnen der Grundredaktion dieser Zeitung proletarischer Klassenherkunft und das ist doch schonmal was.

Die Grünen sind jetzt auf der Suche nach der Jugend. Für die Freaks in der Midlife-Krise mit 100% Baumwollunterhosen und Birkenstockschuhen ist es bedenklich, daß so wenig Jugendliche in der Partei mitarbeiten. Es wird laut nach einer Jugendorganisation gerufen. Vor 15 Jahren, zu Zeiten der K-Gruppen, hießen die Kaderjugendlichen noch „Kämpfende Jugend" o.ä., da jedoch heutzutage „Klassenkampf" in der grünen Partei ein peinliches Fremdwort ist, verzichten wir gerne auf „Die grünen Nager" (so nennen wir sie mal), wir vergessen aber auch die „Maulwürfe" oder „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend", obwohl „das Arbeiterkind" einen flammenden Gruß (schon wegen der heimatverbundenen Saarländer) an Erich Honecker in Wiebelskirchen richtet. Schließlich ist er Chef von einem deutschen Staat, der bei Weltmeisterschaften und Olympiaden noch Goldmedaillen gewinnt.

Das „Arbeiterkind" ist keine neue Stadtzeitung. Wir wollen weder den verunglückten „Lälles" (Siegener Stadtzeitungsprojekt vor 2 Jahren nachahmen, noch können und wollen wir in einer Konkurrenz zum „TIPP Siegerland" (das Nullerstadtmagazin) stehen. Und im Gegensatz zum „Beobachter" (der Völkische? – eine grausame Kopie des o.g. Papierkorbprodukts) wollen wir eine Zeitung sein für die Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, für Punker und Autonome, für kiffende Oberprimaner und noch nicht ganz schlaffe StudentInnen kurz, eine Zeitung für alle, die lieber heute als morgen der ganzen kapitalistischen Maschinerie den Garaus machen würden.

Wir haben mit dieser Zeitung nicht den Anspruch, die großen Analysen und Perspektiven aufzuzeigen. Ganz subjektive Berichte aus Siegen sind gemischt mit globalstrategischen, zeitlosen und banalen Beiträgen aus Politik und Kultur. Für die einen mag dies zu intellektuell sein, für die anderen zu platt, aber wie heißt es so schön in einem Papier einer seriösen politischen Gruppe:„In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod!"

Vielleicht erscheint „das Arbeiterkind", oder wie es künftig auch immer bezeichnet wird, nur einmal, möglicherweise gibt es bald wieder eine Ausgabe, Ideen und Pläne sind genug da, bekannterweise hapert's ja meist an der Umsetzung.

(aus Editorial Nr. 1, Sept. 87)

Auch wenn EXX (ehemals Arbeiterkind) – die Umbenennung geschah nach der ersten Nummer aufgrund des Eintritts einiger Bauern- und Bürgersöhnchen bzw.-töchterchen in die Redaktion – seine politisch-kulturelle Bedeutung für sozialrevolutionäre Perspektiven nicht unterbewerten will, das Zustandekommen ist Barometer der momentanen, wohl auch überregional stattfindenden, linksradikalen Theoriebildung. Die Treffen zur inhaltlichen Klärung der jeweils folgenden Nummer drehen sich meist im Kreis, tiefgehende Diskussionen sind rar, die Ideen und Vorstellungen laufen aneinander vorbei – und doch hat es binnen eines Jahres 4 Ausgaben mit insgesamt 136 Seiten und diversen Extras gegeben.

Die Zeitung ist kein Produkt einer sich entwickelnden Position. EXX (ehemals Arbeiterkind) wird gemacht. Mehr oder weniger ausgestattet mit Elan, Alkohol, Layout-Materialien, auf Papier und im Kopf formulierten Artikeln, trifft sich das Redaktionsteam an zwei Wochenenden, schwatzt viel, tippt auf 2 Schreibmaschinen, kocht, kifft, knutscht, korrigiert und klebt, bis das Blatt fertig ist. Mitmachen kann jede(r), der/die meint, bei solch einem Projekt mitmachen zu müssen, aussteigen ebenfalls, und doch hält sich der Streß in Grenzen. EXX(ehemals Arbeiterkind) wird von sympathisierenden DruckerInnen hergestellt, kollektiv weiterverarbeitet und den einheimischen Läden ohne Prozente in Kommission gegeben. Die Finanzierung des Projekts ist unsicher aber sekundär und das Impressum falsch; Ärger hat's jedoch weder deshalb noch aus anderen Gründen gegeben.

Die neue Kunst des Strafens

„Die lebensgeschichtliche Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit beginnt allerdings bereits in der Kindheit und Jugend. Hier ist die Familie von entscheidender Bedeutung: Die Familie bildet für die individuelle Entwicklung des Arbeiterkindes zum Lohnarbeiter den primären und zugleich permanent konkret wirkenden Bereich des materiellen und sozialen Lebens. Sie ist der soziale Raum, in dem die Bewußtseinsentwicklung des Arbeiterkindes beginnt. Die Familie vermittelt dem aufwachsenden Arbeiterkind das materielle Leben der Arbeiterklasse und die Widersprüchlichkeit der Gesellschaft über ihre eigenen konkreten Widersprüche!" (Lorenz, Arbeiterfamilie & Klassenbewußtsein)

„geboren werden ohne zu wissen wofür zu leben, leben ohne zu wissen wofür zu sterben - und du scheißt das erst mal in diesem leben auf diese welt, und du wälzt dich in der scheiße bis sie dir abgeputzt wird; noch ist es dir egal, denn du spürst die scheiße nicht, obwohl du mittendrin liegst; du scheißt einfach, ohne es zu merken, ohne es zu wollen; und du machst ein bäuerchen und die augen wieder zu, lebst den ersten von 26.280 tagen, die du statistisch zu leben hast." (Proletarische Pupertätsgedanken aus der Schublade eines Redaktionsmitgliedes)

„Das Arbeiterkind" heißt jetzt EXX!! EXX wie 2 Flaschen Bier auf einmal, wie aus und vergessen, wie tot. Das „Organ der untergehenden Klasse und Zeitung für Siegens schwarzen Untergrund" existiert, trotz aller Totsagungen und Angriffen aus der eigenen Szene, weiter. Sollte auch diesmal wieder jemand die Inhalte dieser Zeitung nicht verstehen wollen, antworten wir schon jetzt mit den Worten des großen Vorsitzenden MAO Tse-Tung: „Die Kommunisten dürfen jene Menschen, die in ihrer Arbeit Fehler begangen haben – mit Ausnahme unverbesserlicher Elemente – nicht von sich stoßen, sondern sie müssen durch Überzeugung auf sie einwirken, damit sie sich von Grund auf zum Besseren wandeln, das Alte ablegen und von Neuem beginnen.„ Wie beim Lesen (!) dieser Zeitung zu beobachten ist, das „EXX (ehemals Arbeiterkind)" ist kein Zentralorgan der Autonomen, wie immer haben wir uns um eine erfrischende Zusammenstellung bemüht:
MAO-MUSIK-MOLITIK

(aus: Editorial Nr. 2, Dez'87)

Die Artikel in EXX(ehemals Arbeiterkind) behandeln in vielfältiger Weise das Leben und die Wirklichkeit. Eine kleine Themenauswahl: das immerwährende „Endlos-Drama-Wellersberg", zu dem bei Hafenstraßen-Hochzeiten schon in Stadtratsköpfen die kleine Siegen-Version spukte, manche der in diesem Stadtteil Wohnenden hätte es wohl selbst gern gesehen; Interviews zur Siegerländer Underground Musikszene, hervorgehoben werden muß hier das Gespräch mit der Frauenband „Clivia & die Hongkonk Sisters" - „...sie spielen nicht absichtlich Punk, doch ihre Vorliebe für schnelle, harte Musik und ihre technischen Fähigkeiten lassen ihnen keine andere Wahl..." –; Reflexionen aus und zum Kultur- und Kommunikationszentrum „Rampe"; abschätzige Analysen zur Hochschule oder was sich als solche bezeichnet; der Kampf in Kurdistan und Palästina, der Widerstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologie und Einschätzungen zu den Schützen an der Startbahn, Bücher zur revolutionären Theoriebildung; anti- Langeweile Tips zu diesem Markt und Platten zur Zeit.

Für Abonnements (10 DM im Umschlag) werden regelmäßig Bücher und Platten angeboten, doch die Resonanz hat bisher noch zu wünschen übrig gelassen. Fremdbeiträge werden zwar des öfteren versprochen, zum Abdruck ist es jedoch fast nie gekommen.

Fang an, fang doch endlich an!

„Mit der subjektiven Offensive durch die objektive Krise oder: Warum wir trotzdem diese Zeitung gemacht haben." Das Leben ist hart und manchmal schlägt die Realität mit aller Gewalt zurück. Gestern abend (26.3.88) bei der Endproduktion dieser Zeitung, in einer Phase der Erholung mit Spaghetti Bolognese, kam sie wieder einmal: die Sinnfrage! Ist es die Zeitung, die wir machen wollen? 8 Leute – 8 verschiedene Einschätzungen, individuelle Erfahrungen und Perspektiven. Fakt ist: Diese Ausgabe ist ein ziemliches Politblatt, garniert mit etwas Musik und ein paar Buchbesprechnungen. Es fehlt einfach der sogenannte Kick, die Phase allgemeiner Orientierungslosigkeit hat auch uns nicht verschont. „Natürlich muß die bestehende Ordnung beseitigt werden! Dies ist jedoch nur über die verschiedenen subversiven Angriffe in allen Bereichen von Politik und Kultur möglich." (Projektwoche Destabiliserung Dez 86 – Einleitung) Nur, wo sind sie denn, die Angriffe? Was gibt's für aktuelle kulturelle Ansätze im Bereich Literatur, Film, Video, Theater, Musik...? Und haben diese Aktivitäten überhaupt noch was mit den politischen Bewegungen zu tun? Viele Fragen – wenig Antworten.

(aus: Editorial 1, Nr. 3 (April 88))

„EXX (ehemals Arbeiterkind)" gibt es immer noch! All jenen, die sich schon schadenfroh über den Untergang dieser Zeitung die Hände gerieben haben, kann jetzt wieder der Ärger ins Gesicht steigen – und da wären wir schon beim Thema: Wir haben von Anfang an nicht erwartet, daß die Massen dem Blättchen zujubeln. Doch die weitverbreitete Ignoranz und Ablehnung der Siegener Szene, die verdeckten und offenen Boykott- und Sabotagemaßnahmen (Aufkleber/Plakate abreißen, Nichtauslegen der Zeitung etc.) haben uns doch ein wenig überrascht.

Wir machen diese Zeitung, weil wir meinen,daß einige unserer Gedanken und Ideen durchaus von öffentlichen Interesse sein könnten. Wir sind alle permanent auf der Suche, ohne zu meinen, daß es die Wahrheit gibt. Wir sind in politischen und kulturellen Zusammenhängen Siegens mehr oder weniger aktiv und wollen die vielerorts zu beobachtende Integration zur Anpassung und Langeweile nicht widerstandslos hinnehmen.

Neben dem, je nach politischer Analyse und persönlicher Situation, Grundkonsens in der Ablehnung dieses Staates, gibt es natürlich auch Differenzen untereinander und zwangsläufig zwischen MacherInnen und LeserInnen. Doch anstatt Wege und Mittel zu finden, die die Grundpfeiler des Systems (ja! – Imperialismus und Patriachat sind das) zu erschüttern, bestimmen Konkurrenz und Abgrenzung den Alltag. Dabei sind die wahren Konkurrenten Gleichgültigkeit, Phantasiearmut und die Mauern im Kopf! Es kann in dieser Zeitung keineswegs darum gehen, eine nicht existente kollektive Einheit herbeizureden, denn Gründe für Auseinandersetzungen gibt's ebensoviele wie Möglichkeiten dazu. Diese Zeitung ist ein Ansatz von Gegenöffentlichkeit – nicht mehr und nicht weniger. EXX (ehemals Arbeiterkind) jedoch mit den Phrasen „arrogantes Autonomenblatt", „Schülerzeitungsniveau", „Kadermentalität", „Selbstdarstellungsneurose" etc. zu titulieren, ohne dem etwas eigenes entgegenzusetzen, zeigt die lethargische Einfallslosigkeit und grenzt an Klassenverrat.

(aus: Editorial 2 Nr. 3 April'88)

Die LeserInnen spielen ohne Zweifel eine wichtige Rolle bei der Beschäftigung mit EXX (ehemals Arbeiterkind).

Die durchschnittliche Auflage beträgt 400 Exemplare, ca 120 Stück gehen nach außerhalb, als Freiexemplare an Infoläden, in den Knast oder ausgesuchte Verkaufsstellen. Ca. 250 Exemplare verteilen sich in Siegen, davon 130 im Handverkauf und 120 in Läden. Wohl 200 Exx(ehemals Arbeiterkind) werden gelesen, aufgeteilt in ca 30% Arbeitslose, 20% StudentInnen (allgemein), 20% SozialartistInnen im weitesten Sinne (bedingte durch die Fachhochschule), 10% ArbeiterInnen, 10% SchülerInnen, 5% Selbstständige, 5% ohne Bezeichnung. 50 von 250 LeserInnen sind selbsternannte, was das auch immer heißen mag, Autonome. 150 SympathisantInnen von diesen oder aber am abweichenden Charakter interessierte, 50 bereuen ihren Kauf spästestens nach vier Seiten. Umfragen haben ergeben, daß höchstens 50 Leute in Siegen was mit der Zeitung „anfangen können, der Rest ist überfordert oder verärgert. Einzelne Artikel werden wohl nur von den MacherInnen gelesen. Poster, Spukis und andere Fan-Materialien tauchen jedoch immer wieder in diversen WG-Küchen und öffentlichen Toiletten auf. Über den Einfluß intellektueller Art auf Persönlichkeitsentwicklungen gibt es bisher keine Erfahrungswerte. Bei genauer Analyse o.g. Zahlen erscheint solch ein Blatt überflüssig, doch EXX(ehemals Arbeiterkind) ist für Siegen so wichtig wie der tägliche Morgenschiss, das allsamstägliche Baden oder die Ziehung der Rubbellose auf WDR 3, das jedoch wollen die wenigsten wahrhaben.

Fortsetzung nächste Seite

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG)/Amsterdam (Hrsg.)

NEU:
VERZEICHNIS DER alternativMEDIEN
Ein Handbuch und Nachschlagewerk mit ca. 1000 Adressen von Zeitschriften, Radioinitiativen und Videogruppen, nach Themenbereichen und Postleitzahlgebieten geordnet sowie einem ausführlichen redaktionellen Teil zur Geschichte und Gegenwart der »anderen« Öffentlichkeit.
200 Seiten – 25 DM

Im Oktober '88 bereits erschienen:
PROJEKT GEDÄCHTNIS
ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981
120 Seiten (A4) – 10 DM

Edition ID-Archiv im IISG/Amsterdam

Weitere Publikationen in Vorbereitung

Bestellungen und Verlagsinformationen:
AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19

Fortsetzung Der Wald stirbt sowieso

Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!

„Das arbeitende Volk, das bisher Sklave des kapitalistischen Systems war, das sich jahrzehntelang geduldig ausbeuten ließ und seine Geduld mit dem Blute von Millionen seiner besten bezahlte, das arbeitende Volk hat den vollen Bankrott des kapitalistischen Systems gesehen. Es liegt klar zutage: Das Bürgertum, die besitzende Klasse überhaupt, haben sich unfähig erwiesen, auch nur die Sicherheit des Lebens der Volksmassen zu garantieren. Ihre Ordnung hat sich als blutige Anarchie erwiesen. Ihre Zivilisation und Kultur gipfelte in der wildesten Barbarei der Vernichtung. Darum muß dieser Gesellschaft, die die Welt im Blut ertränken will, ein Ende bereitet werden. Darum fort mit den Vertretern des kapitalistischen Systems. Nicht mit ihnen, sondern gegen sie wollen wir ein neues Leben einrichten. Das arbeitende Volk nimmt sein Schicksal in die eigene Hand."

70 Jahre nach der Proklamierung der Arbeiter- und Soldatenräte sind diese Worte aktueller denn je – doch trotz alledem: Dies ist die vierte Ausgabe von „EXX (ehemals Arbeiterkind)". Ein halbes Jahr mit mehreren internen Diskussionen und Anläufen haben zu einer Nummer geführt, die die Provinzmetropole Siegen zum Schwerpunkt hat. Wir haben uns also nicht von der schon allzuoft zitierten Ignoranz hiesiger Linken demoralisieren lassen, auch wenn phasenweise die Vermutung bei uns. aufgekommen ist, jene Beamten der Siegener politischen Polizei könnten die einzigen Leser in dieser Stadt sein. Doch, Schwamm drüber, wir sind nicht nachtragend und immerhin haben uns auch positive Resonanzen, zum Teil von außerhalb, erreicht. Allen LeserInnen, die uns bisher treu geblieben sind, möchten wir also unseren tiefsten Dank aussprechen.

Siegen kaputt? ist das Thema, obwohl es natürlich noch viel mehr Interessantes zu berichten gäbe; denn die Schweinereien der herrschenden Klasse bieten genug Stoff, es gab Repressionen en masse gegen Gleichgesinnte in anderen Städten und positive Aktivitäten der Zerstörung dieses Systems wären auch erwähnenswert gewesen.

Es geht also in diesem „EXX (ehemals Arbeiterkind)" nicht um Rössner und Degowski, deren öffentliches Auftreten im Fernsehen soviel „Abscheu" erzeugt hat und gerade, weil es Menschen waren, die sich sonst nie in den Medien äußern können, der „Abschaum" für den prügelnden Kirchgänger, den Nazi-Vater und -Opa, den aufsteigenden Jungmanager und völkermordenden Maschinenmenschen der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, gerade weil diese zwei ihren verzweifelten Aufschrei, millionenfach den fernsehgeilen Erdnuß-Pantoffel-Aktenzeichen XY Menschenjägern vor die Füße geschmissen haben, den Menschen Rössner und Degowski gehört – die Morde will niemand rechtfertigen – unser Verständnis.

Es geht in dieser „EXX (ehemals Arbeiterkind)" nicht um die Vernichtung des kurdischen Volkes, dieser Völkermord geht 99% der Deutschen am Arsch vorbei, genauso wie die Vergasung von 6 Millionen Juden vor 45 Jahren niemand aufgefallen ist.We want more Ramstein, bleibt da nur zu sagen.

Diese Ausgabe beschäftigt sich auch nicht mit dem Aufstand der PalästinenserInnen gegen die zionistische Unterdrückung, der immer noch in Gaza und der Westbank läuft, auch wenn dieser alltägliche Kampf kein Medienspektakel mehr für die Stumpfköpfe ist, es geht auch nicht um Südafrika und die Zusammenhänge von Apartheid und BRD- Wirtschaft.

Und wir schreiben nicht über die Gefangenen aus der Startbahnbewegung, die immer noch im Knast sind und über die szeneinternen Auseinandersetzungen zur Solidarität.

Die Realität im Jahre 1988 ist hart – das wissen wir alle!

EXX (ehemals Arbeiterkind) kann also nur ein kleiner Ausschnitt dieses Faktums sein. Die Banalität dieser Stadt und das Leben in ihr gilt es zu dokumentieren – auf daß Siegen im nächsten Jahrtausend Hafenstadt wird, wir dank des Ozonlochs unsere Haut übers Bett nageln können, die modische Glatze zur Einheitsfrisur wird und Millionen ausgehungerter Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner ihren Feldzug gegen die abendländische Zivilisation starten!

The show must go on – wir sind dabei!

(aus: Editorial Nr. 4 - Okt'88)

Das zu „EXX (ehemals Arbeiterkind)", eine Zeitung, die, so schein es manchmal, von den LeserInnen ernster genommen wird als von sich selbst. Ein Provinzblattt Ende der 80er Jahre im 20. Jahrhundert, bei dessen Lektüre in 20,30 oder 50 Jahren Medienwissenschaftlern die Haare ausfallen werden, und wenn es solche Figuren dann noch geben sollte, haben sie es nicht besser verdient.

PS: *Wir danken der Edition ID-Archiv im IISG Amsterdam, für die freundliche Genehmigung des Vorabdruckes dieses Beitrages. In diesen Tagen erscheint der o.g. Artikel mit weiteren im „Verzeichnis der Alternativmedien": Inhaltliche Beiträge zum Thema Gegenöffentlichkeit sowie 1.000 Adressen von Zeitschriften, Radio- und Video-Initiativen aus der BRD,Österreich und der Schweiz. 280 Seiten, 25 DM.*

Bezug: AuroA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19, oder jeder gute Buchladen.

Alles oder nichts:

Stuttgarter Extrablatt hat sich entschieden!

Red. Südwest Mit einem abschließenden Fest am Samstag, den 21. Januar gaben die Extrablatt- MacherInnen eher verhalten und auf Nachfragen ihren Beschluß bekannt, die gerade entstandene Zeitung auf Grund der finanziellen Lage und der falsch eingeschätzten Entwicklung bei den AbonnentInnen einzustellen und die Gesellschaft zu liquidieren.

Andreas Küstermann

Dies war der Abschluß eines Moratoriums, daß sich die Redaktion unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung, auferlegt hatte. Sollte der bis dahin vorhandene Stamm von 300 Abos nicht bis zum 19. Januar '89 auf mindestens 1.000 aufgestockt sein, sei mit der endgültigen Einstellung der Zeitung zu rechnen. Erreicht wurden aber nur knappe 700 Abos. Da auch die Einnahmen aus der Werbung weit unter den Erwartungen blieben, hieß dies den Vollzug der Deadline. Das „Extrablatt" erschien seit Oktober 1988 bisher zehn mal.

Befragt nach eventuell taktischen Gründen des Moratoriums antworteten die Befragten, daß ausschließlich wirtschaftliche Gründe und die Angst, einen Konkurs zu verschlimmern ausschlaggebend gewesen seien. Trotz durch Lohnverzicht gesenkter Kosten (von 70.000 auf 32.000 DM) wurden die gesetzten Eckwerte weit verfehlt. Auch bei dem reduzierten Finanzierungskonzept, daß ab Februar hätte greifen sollen, wäre noch eine Unterdeckung von 12.000 DM im Monat verblieben, die „aber vertretbar und bei zunehmender Wirtschaftlichkeit tilgbar gewesen wäre", erklärte Redakteurin Janka Kluge.

Zwar hatten die MacherInnen schon einkalkuliert, daß sie nicht sofort über ihr politisches Konzept einen riesigen KundInnenstamm ansprechen würden und einen Veranstaltungskalender eingebaut, der durch wöchentliches Erscheinen aktueller war, als die der monatlichen Blätter. Aber offensichtlich brauchen die potentiellen InteressentInnen länger für eine positive Entscheidung, LeserIn zu werden, als das Projekt finanziell vertragen konnte.

Der Finanz- und Produktionsdruck führte intern dazu, daß sich die Zeitung als Collektiv nicht mehr entwickelte und bereits Anfang November die Handlungsfähigkeit und Eigeninitiative verloren hatte. Diese Umstände machten es sehr schwer, unter qualitativen Gesichtspunkten ein eigenes Profil zu entwickeln. Selbst AutorInnen, die bei den monatlichen Stadtmagazinen für ihre guten Artikel bekannt waren, fielen bei der wöchentlichen Produktion weit unter ihr früheres Niveau zurück. Artikel von Neulingen waren auf schlechtem „Schülerzeitungsniveau".

Nichtsdestotrotz lag und liegt die Initiative für eine linke Stuttgarter Wochenzeitung nicht gar so weit von den Bedürfnissen. Dies zeigt sich auch daran, daß die taz auf das Erscheinen des SEB's, egal wie sie dazu stehen mag, mit keiner Zeile reagiert hat und das Ende vermutlich auch nicht zur Kenntnis nimmt bzw. bringt. So ist auch das sonstige Informationsdefizit bei anderen Ereignissen aus dem mittleren Neckarraum: beschissen und Grund genug für eine regionale Zeitung.

Teile der Extrablatt-Redaktion legen daher auch Wert auf die Feststellung, daß wirklich beständige neue Projekte oftmals gescheiterte VorläuferInnen hatten und daß sie ihre Arbeit in Form eines JournalistInnenbüros in den gleichen Räumlichkeiten fortführen wollen.

Hoffentlich hat dieses kurze Intermezzo nicht zuviel Porzellan zerschlagen, daß mensch viel Glück für die jetzige Abwicklung und eine eventuelle, richtig ausgereifte zweite Geburt wünschen kann.

Neues von der Radiofront

Mathias Lahmann

Red. Heidelberg Wie CONTRASTE in der Dezember-Ausgabe berichtete, trafen sich in Nürnberg die vier deutschsprachigen alternativen Radioprojekte, um gemeinsame Strategien zu **Sender-Erhalt** und **Redaktionsarbeit** zu besprechen.

Insgesamt nahmen über 20 Fachleute aus den Redaktionen und den Geschäftsführungen an den Gesprächsrunden im KOMM teil.

Während sich bei den Redaktions - MitarbeiterInnen schnell abzeichnete, wie unterschiedlich und individuell in den einzelnen Redaktionen gearbeitet wird und wie schwierig eine Vernetzung zwischen den unterschiedlich konzeptionierten Sendern zu verwirklichen ist, wurde in der Arbeitsgruppe „Geschäftsführung" einfach bei der Beschreibung der ökonomischen Situation der einzelnen Projekte deutlich, wie wichtig ein Austausch von Informationen und Tips für das weitere Überleben ist.

Zum Ersten:

Die Redaktionen. Einer der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale zwischen *Radio Z/Nürnberg, Radio 100/Berlin, Radio Dreyeckland/Freiburg und Radio Lora/Zürich* liegt in der Finanzierung von Programmen. „Z" und „100" bezahlen ihre redaktionellen MitarbeiterInnen, damit diese ein professionelles, von vielen hörbares Programm machen. „RDL" und „Lora" dagegen stellen überhaupt keine überhaupt Honorare für die redaktionelle Mitarbeit zur Verfügung, da diese Arbeit ausschließlich von ehrenamtlichen Kräften geleistet werden soll: Es geht um ein Radio von **unten,** aber auch um eins für **alle.** Jede/r soll Radio machen dürfen. Nur elementare Voraussetzungen (Bedienung der Technik, zeitlicher Ablauf unterschiedlicher Sendeformen) werden den MacherInnen auf den Weg gegeben, bevor sie im Studio sitzen.

Das sieht bei „Z" und „100" schon anders aus. Ein professioneller Anspruch an die journalistische Grundqualität soll im Sender schon zu hören sein. Und eine tägliche Kontinuität läßt sich nicht nur mit ehrenamtlichen Kräften bewerkstelligen. Die Honorare beziehen sich aber in Berlin und Nürnberg mehr auf die Finanzierung von Wohnung und Essen als auf ein „gutes" Einkommen.

Der Programmaustausch gestaltet sich zwischen den vier Sendern deswegen so schwierig, weil sich natürlich alle hauptsächlich als lokaler Sender begreifen und so ihr Programm konzipieren. Nachrichten über die soziokulturelle Szene in Zürich sind für BerlinerInnen nicht unbedingt wichtig; ebenso wie die Wahl eines Berliner Bezirksparlaments keine/n in Freiburg aus den Pantoffeln hebt.

Es werden in den Redaktionen eigentlich nur wenige Sendungen erstellt, die einen überregionalen Charakter haben und so für alle Hörergruppen der vier Projekte interessant wären.

Auch eine linke Info- Vernetzung, wie sie über **Mailbox-** Systeme möglich wäre, stieß nicht bei allen Redaktionen auf Interesse. Vorschläge von der *Phönix-Presse-Agentur* aus Wien, deren Agentur-Service zu nutzen, wurden kaum aufgegriffen. In einigen Redaktionen fehlen die technischen Voraussetzungen; bei anderen besteht eine konsequente Ablehnung der Benutzung elektronischer Medien und auch Zweifel am Bedarf von überregionalen Agenturmeldungen, auch wenn sie aus dem *Green-Net* kommen würden.

Der Vorschlag der Berliner Redaktion, eine Korrespondentin in Bonn und auf Bundestagungen und Veranstaltungen für alle Projekte einzusetzen, scheiterte schon allein an den finanziellen Kosten für eine solche Stelle.

Zum Zweiten:

Die Geschäftsführungen. Hier stellten sich schnell Gemeinsamkeiten zwischen „Z" und „100" heraus, was die Problematik der Werbe-Akquisition angeht: Beide Sender sind auf diese Einnahmequelle mitangewiesen und beratschlagten gemeinsame Strategien. „RDL" und „Lora" tauschten weiter Informationen aus über die umfangreiche Organisationsstruktur, die ein solch basisdemokratisches Radiomodell, wie das ihrige verlangt.

Alle Sender waren sich aber einig, daß bestimmte Grundforderungen (zum Beispiel an Post und GEMA/VG Wort) politisch am besten gemeinsam durchzusetzen wären.

Insgesamt ist das Treffen als eine Art Plattform gegenseitiger „Wahrnehmung" zu verstehen; viele MitarbeiterInnen in den Einzelprojekten hatten sonst so noch nie die Gelegenheit, mit „artverwandten" MedienprojektlerInnen zu plaudern.

Am 18./19. Februar ist in Frankfurt das nächste Radiotreffen angesagt; CONTRASTE wird darüber berichten

GANZ SPITZ AUF DIE TAZ SIND NICHT NUR DIE SPITZEL

VOM SOGEN. VERFASSUNGS„SCHUTZ", SONDERN JEDE WOCHE WEIT ÜBER 100 NEUE LESERINNEN UND LESER. AUCH...

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 367

Datum, Unterschrift: .....

Genossenschaftsförderung

Arbeitskreise des Vereins

Der Vorstand des Vereins beschloß die Einrichtung von thematischen Arbeitskreisen für interessierte Mitglieder des Vereins. Die Themen wurden auf Anregungen der Mitgliederversammlung vorgeschlagen und im letzten Mitgliederrundbrief inhaltlich vorgestellt. Die Rückmeldungen der Mitglieder waren so zahlreich, daß alle Arbeitskreise in Kürze ihre Arbeit aufnehmen werden. Die Themen im einzelnen:

1. Bildung / Information / Öffentlichkeitsarbeit
2. Neue Genossenschaften
3. Internationales
4. Genossenschaften und Landwirtschaft
5. Gewerkschaften und Genossenschaften

Weitere Interessenten können sich noch an das Vereinsbüro wenden.

Gründungs-Seminar

Gemeinsam mit dem Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung, Frankfurt, veranstaltet der Verein das Seminar „Gründet Genossenschaften!". Zielgruppe sind gründungswillige Personen und Mitarbeiter von Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften. Geboten werden Fakten und Diskussionen über die Gestaltungsmöglichkeiten der genossenschaftlichen Rechtsform und die Geschichte der Genossenschaftsbewegung.
Wir werden aufzeigen, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden und was wir daraus für die heutige Praxis ableiten können, um die Modernität der Rechtsform der Genossenschaft herauszustellen.
Das Seminar findet vom 17. bis 19. März in Neu- Anspach / Taunus statt. Die Teilnehmergebühr beträgt DM 150,-. Anmeldungen bitte möglichst umgehend an die Bonner Geschäftsstelle.

Aus der Verbundstelle:

Die „Aubergine-Frischdienst- Genossenschaft", die als eines der ersten Projekte von der Verbundstelle beraten wurde, wird im April die Arbeit aufnehmen. Die Genossenschaft feierte im Januar das Richtfest ihrer Betriebsstätte im Bonner Norden mit einem kulinarischen Festakt. Die Genossenschaft wird Bonner Betriebe und Büros mit frischer Vollwertkost beliefern. Die Rohstoffe kommen überwiegend aus biologischem Anbau und Gerichte werden nach neuesten ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen zusammengestellt. Die Genossenschaft will mit 12 Mitarbeitern beginnen und bis zum Ende des Jahres 24 Leute beschäftigen, darunter zwei Auszubildende.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

Genossenschaft werden bald nicht mehr schwer?

Entwurf eines Umwandlungsgesetzes vorgelegt

Red. Genossenschaften Das Bundesjustizministerium hat einen ersten Diskussionsentwurf für ein Umwandlungsgesetz vorgelegt und den Verbänden und Interessenvertretungen zur Stellungnahme zugesandt. Das neue Umwandlungsgesetz soll diverse Umwandlungsmöglichkeiten, Ausgliederungen, Eingliederungen, Verschmelzungen kreuz und quer durch alle Rechtsformen regeln. Für selbstverwaltete Betriebe, die eigentlich in genossenschaftlicher Rechtsform arbeiten wollen, hat dieser Gesetzentwurf große Bedeutung. Bislang ist gesetzlich lediglich die Umwandlung aus der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft geregelt.

Rechtsanwalt Hans Stapelfeldt

Gemäß Paragraphen 385 m ff. AktG kann die Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft und von dort aus nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Aktiengesetzes, des Kapitalerhöhungsgesetzes und des alten Umwandlungsgesetzes beliebig in alle Rechtsformen transformiert werden. Umgekehrt sind Umwandlungen zum Beispiel aus der GmbH, der Aktiengesellschaft oder dem eingetragenen Verein oder von Einzelkaufleuten in die eingetragene Genossenschaft gesetzlich nicht geregelt und daher auch nicht möglich.

Erheblicher Bedarf ist vorhanden

Es besteht aber ein erhebliches Bedürfnis an einer solchen Umwandlungsmöglichkeit.
Zahlreiche Naturkostinitiativen betreiben in der Rechtsform des eingetragenen Vereins Ladengeschäfte. Sie sind mittlerweile in eine Größenordnung hineingewachsen, die diese halb-legale Form des Wirtschaftens nicht mehr zuläßt. Weiterhin existieren zahlreiche Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die tatsächlich genossenschaftlich strukturiert sind. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung nahmen sie jedoch die genossenschaftliche Rechtsform aus den verschiedensten Gründen nicht an. Nach langjährigem erfolgreichem Wirtschaften könnten diese Unternehmen ihr genossenschaftliches Ideal und die Rechtsform durch eine Umwandlung problemlos in Übereinstimmung bringen.

Im alternativen Wirtschaftssektor ist ferner eine Vielzahl von Handwerkern tätig, die ihre Einzelbetriebe zusammen mit anderen Handwerkern und/oder sonstigen Einzelkaufleuten in genossenschaftlicher Form organisieren wollen. Aber auch im herkömmlichen Wirtschaftssektor besteht ein erhebliches Bedürfnis an der Umwandlungsmöglichkeit in die eingetragene Genossenschaft. So arbeiten z.B. eine Vielzahl von Spar- und Darlehensvereinen sowie ärztlichen und ländlichen Abrechnungsstellen, sogenannter „Herdbuchgesellschaften", in der Rechtsform des (wirtschaftlichen) eingetragenen Vereins. Diese Vereine sind genossenschaftlich strukturiert. Sie haben häufig ein starkes Interesse an der Umwandlung in die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft.

Geltendes Recht verhindert Umwandlungen

Nach der noch geltenden Rechtslage sind nur „Quasi-Umwandlungen" in die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft durch Einzelübertragung der Vermögensgegenstände auf eine neu zu gründende Genossenschaft möglich. Dieser Vorgang ist langwierig und teuer, sofern in der Alt-Gesellschaft stille Reserven enthalten sind, die im Zuge der Einzelübertragung aufgedeckt werden. Zur Vermeidung der Aufdeckung stiller Reserven werden solche Vermögensgegenstände gelegentlich in gesonderte Gesellschaften ausgebracht. An diesen sind die Genossenschaften dann entweder beteiligt oder haben mit ihnen Nutzungsverträge über das Anlagevermögen abgeschlossen. Im Einzelfall wurden auch Vereinbarungen mit dem Finanzamt getroffen, durch die eine Versteuerung der aufgedeckten stillen Reserven vermieden werden konnte. Diese Vereinbarungen beruhen auf einem uralten Erlaß der Referenten der Finanzministerien über die „Quasi-Umwandlung" einer GmbH vor Inkrafttreten des Kapitalerhöhungsgesetzes.

Im Kreise der traditionellen Genossenschaftsverbände wird zur Zeit überlegt, ob in Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium auf einen ähnlichen Erlaß für eingetragene Genossenschaften hingewirkt werden soll. Er würde das steuerliche Problem bis zum Inkrafttreten des Umwandlungsgesetzes und seiner steuerlichen Folgevorschriften aus der Welt schaffen. Da es sich bei der „Quasi-Umwandlung" um einen komplizierten und für den Laien undurchschaubaren Vorgang handelt, wird eine Vielzahl von Gesellschaften und Vereinen weiterhin von der Umwandlung in die eingetragene Genossenschaft abgehalten.

Auch Personengesellschaften sind einzubeziehen

Aus der Sicht der Alternativ-/Selbstverwaltungswirtschaft ist es wichtig, daß im Zuge der Reform des Umwandlungsrechtes nicht lediglich die Rückumwandlung aus der Aktiengesellschaft in die eingetragene Genossenschaft und die Umwandlung aus der GmbH in die Genossenschaft geregelt wird, sondern auch die Umwandlung von Einzelkaufleuten, Personengesellschaften (Kommanditgesellschaft, offene Handelsgesellschaft), eines auch nicht wirtschaftlichen und nicht eingetragenen Vereins in die Genossenschaft. Das ist nach dem gegenwärtigen Stand des Diskussionsentwurfes noch nicht der Fall. Umwandlungen aus der Rechtsform der Personengesellschaft in die eingetragene Genossenschaft werden bisher nicht zugelassen.

Für die Handhabung in der Praxis ist ferner wichtig, daß eine Umwandlung in die Rechtsform der Genossenschaft bereits mit der Zustimmung von 75 % der Gesellschafter bzw. Mitglieder des umwandelnden Unternehmens möglich wird. Der Diskussionsentwurf berücksichtigt diese Forderung. Lediglich im Falle der Umwandlung in eine Genossenschaft, deren Mitglieder zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind, ist Einstimmigkeit erforderlich.

Das im Umwandlungsgesetz-Entwurf vorgeschriebene Verfahren geriet allerdings reichlich kompliziert. So muß z.B. der Umwandlungsbeschluß notariell beurkundet werden, obwohl die eingetragene Genossenschaft bislang von notarpflichtigen Geschäften und damit von solchen Kosten weitgehend verschont blieb.

Die traditionellen Genossenschaftsverbände bereiten zur Zeit eine Stellungnahme zu dem vorgelegten Entwurf vor. Wer Interesse an dem Entwurf hat und sich mit kritischen Anmerkungen zu Wort melden will, sollte sich an den Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. in Bonn wenden, damit auch von dort eine Stellungnahme an das Bundesjustizministerium eingereicht werden kann.

Gründung der ersten Siedlungsgenossenschaft seit 38 Jahren

Red. Bonn Nach 38 Jahren wurde in Schleswig-Holstein zum neuen Jahr die erste Siedlungsgemeinschaft in Kiel gegründet.

Es handelt sich um die *Kieler Scholle Siedlungsgenossenschaft i.G.*. Hervorgegangen ist sie aus einer seit zwei Jahren bestehenden Arbeitsgemeinschaft für ein ökologisches Siedlungsprojekt in Kiel. Die Arbeitsgemeinschaft gründete sich im Oktober 1986 und besteht derzeit aus 11 Familien und Lebensgemeinschaften mit zusammen rund 40 Erwachsenen und Kindern. Noch können einige Interessierte sich dem Projekt anschließen.

Ziel der *Kieler Scholle* ist es, über die Verwirklichung einer ökologischen Siedlung in Kiel- Hassee einen entscheidenden Beitrag zur ökologischen Stadterneuerung zu leisten. Dabei wird die Schaffung einer erlebenswerten Umwelt und der weitestgehenden räumlichen Zusammenlegung der Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit besondere Bedeutung beigemessen.

Die hohen ökologischen, ökonomischen und damit auch sozialen Ansprüche und Zielsetzungen verlangen eine Form, die ein Maximum an demokratischer Selbstverwaltung, aber auch die, unter diesen Voraussetzungen, größtmögliche individuelle Freiheit für die Einzelnen gewährleistet.

Nach eingehender Beratung durch den WohnBund, ein Zusammenschluß von Genossenschaften in Nordrhein-Westfalen, erwies sich daher die Form einer Genossenschaft als die ideale Lösung. Genossenschaften haben in ihrer traditionellen Form seit den ersten Gründungen im vorigen Jahrhundert diese Ziele verfolgt, sei es nun als Konsum-, Bau- oder Wohngenossenschaften. An diese Tradition will die *Kieler Scholle* anknüpfen. Für weitere Informationen steht unser Büro am Blücherplatz 9a in Kiel zur Verfügung.

Susanne König

Aufruf zu einem anderen Wirtschaftsgipfel

The Other Economic Summit
TOES '89
Paris, Juli 1989

Am 14. Juli wird in Paris das nächste Gipfeltreffen der Regierungschefs der wichtigsten Industriestaaten stattfinden. Das Datum fällt nicht zufällig mit der 200-Jahr-Feier der französischen Revolution zusammen. Die Gesellschaftsordnung, die im Laufe der letzten beiden Jahrhunderte auf der Grundlage freien Handelns und politischer Demokratie entstand, brachte eine rasende Entwicklung auf den Gebieten der Technik, der Medizin und der Kommunikation mit sich.

Dieser mit Pauken und Trompeten gefeierte „Fortschritt" verdeckt jedoch tiefgehende Mißstände in Nord und Süd.

Kann man angesichts des Hungers der afrikanischen Bauern, der Ausbeutung der asiatischen Arbeiter und der Ausgrenzung der europäischen Arbeitslosen noch von „Fortschritt" reden? Welchen Sinn macht ein zum Selbstzweck gewordenes „Wachstum", das nichts mehr mit dem alltäglichen Leben zu tun hat? Was wird aus der Demokratie, wenn Technokraten Volksvertretern und Bürgern ihre Entscheidung aufnötigen?

Welche Zukunft hat eine Welt, ...in der Waffen zur eigenen Zerstörung angehäuft werden, in der das ökologische Gleichgewicht ins Wanken gerät, und in der die Risiken der Technik ins Unermeßliche wachsen? ...in der die Wissenschaftler in Kernforschung, Biologie und Rüstung keine Verantwortung für die Umsetzung ihrer Forschungsergebnisse übernehmen? ...in der Massenmedien einen uniformen Lebensstil propagieren, der zu Lasten der kulturellen Vielfalt geht? ...in der die meisten nicht über die politischen Grundrechte verfügen? ...in der die Wachstumsbemühungen von Dritte-Welt-Ländern durch Wechselkursschwankungen und Rohstoffpreise zunichte gemacht werden? ...in der Landflucht, Verstädterung und Export von Umweltverschmutzung neue Formen der Unterdrückung darstellen?

Die fortschreitende internationale Machtkonzentration stellt keine Lösung dar. Im Gegenteil: Die Internationalisierung von Handel und Kommunikation bedarf der Beteiligung aller Bürger und der Förderung autonomer Strukturen und freiwilliger Kooperation.

Der Gipfel der 7 Regierungschefs in Paris bietet Anlaß, einen anderen internationalen Gipfel zu organisieren: Den Gipfel des heutigen „Dritten Standes"!

Es ist der Gipfel derjenigen, die mit ihrem Engagement neue Wege aufzeigen wollen. Akteure des sozialen und ökologischen Kampfes und der Regionalentwicklung, verantwortungsbewußte Politiker und Forscher, Bürgerinnen und Bürger, dieser Gipfel ist für Euch:

Statt dem Gipfel der 7 Regierungschefs bloß zuzuschauen, werdet zu Aktivisten des anderen Gipfels: „TOES '89"!

Kontakt:
TOES '89
28 bd de Sébastopol
F-75004 Paris

Tel.: 19-33-01-42 71 41 63

The Other Economic Summit

Red. Bonn Parallel zu den Weltwirtschaftsgipfeln der sieben mächtigen westlichen Industrienationen finden seit 1984 „alternative ökonomische Wirtschaftsgipfel" statt. Daran nehmen Aktive aus den sozialen Protestbewegungen und Gegenexperten aus mehreren Ländern teil. Der nächste wird anschließend an den offiziellen Gipfel am 15. und 16. Juli 1989 in Paris durchgeführt. Initiatorin ist ALDEA, das französische Netz der alternativen Ökonomie. (siehe CONTRASTE Nr. 50/88, S. 13). Aus der BRD haben sich bislang nur wenige an TOES beteiligt. Das soll nun anders werden.

Der Zeitplan:

Februar 1989: Einrichtung „aktiver Briefkästen", u.a. zu folgenden Themen

- Alternativbetriebe und lokale Entwicklung,
- Dritte Welt,
- Landwirtschaft,
- Energie,
- Wissenschaft,
- Erziehung,
- Persönliche Entwicklung,
- Abrüstung,
- Gesundheit,
- Vorbereitung eines Memorandums.

15. April 1989:
„Weißer Gipfel": Vorstellung der thematischen Ergebnisse und Beschluß über ein Memorandum; Planung der TOES 1989.

15./16. Juli 1989:
TOES 1989 in Paris
Präsentation des von VertreterInnen aus den am TOES beteiligten Ländern unterzeichneten Memorandums, Diskussionen in den thematischen Arbeitsgruppen, Konfrontation mit Experten des offiziellen Gipfels und Pressekonferenz mit Reaktionen auf dessen Abschlußkommuniqué.

Die Redaktion Bonn der CONTRASTE (Anschrift: Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1) sammelt bis zum 15. Februar InteressentInnen an TOES, möglichst mit Angabe des thematischen Schwerpunktes und verschickt anschließend die Adressliste an diese InteressentInnen. Bitte gebt an, ob Ihr bereit seid, Koordinierungsfunktionen entweder thematisch oder übergreifend zu übernehmen.
Das französischsprachige TOES-Monatsinfo kann für FF 100,-- direkt angefordert werden bei:
TOES 1989
28 Bd de Sébastopol

Freie Kulturszene und kommunale Förderung

Schmuddelkind Soziokultur salonfähig?

Eve Bösser
Bernd Vorjans

Einer emanzipatorischen Kulturpolitik der 70er Jahre folgte zu Beginn der 80er Jahre eine Abwertung der Soziokultur von politischer Seite. Trotz vollmundiger Bekundungen gelang es nicht, die freie Kulturarbeit als zweites Standbein öffentlicher Kulturpolitik und -förderung zu etablieren.

Red. Tarifa/Heidelberg Gelobt wird Soziokultur, weil sie neue kulturelle Formen und Tendenzen, den künstlerischen Nachwuchs fördere und eine aktive Beteiligung am kulturellen Leben ermögliche. Das könnte zur Freude veranlassen, gäbe es nicht in der aktuellen kulturpolitischen Diskussion viele andere programmatische Aufgaben für Kultur. Nicht nur geistig-moralische oder politische Werte dienen zur Legitimation von Kulturförderung, sondern auch deren Wirtschaftskraft. Die Schlagworte der neuen Kulturpolitik heißen Kulturökonomie – oder auch „High Tech braucht High Culture". Kulturpolitik soll jetzt die Aufgaben der Bildungspolitik übernehmen: Beschleunigung an den zu langsamen Anschluß an die Moderne („Wo sind die Menschen, die die kreativen Entwürfe liefern, um diese Technologiegesellschaft zu betreiben,deren Ziele zu formulieren?).

Abgesehen von z.B. Nürnberger Kulturläden, kann die sozialdemokratische Reformpolitik der 70er Jahre durch ihre Staats- und Institutionsfixiertheit als gescheitert gelten. Einer der Gründe des Scheiterns lag im emanzipatorischen und gleichzeitig integrativen Charakter sozialdemokratischer Kulturpolitik. Verschiedene Sub- und Gegenkulturen sollten ruhig gehalten werden.

Nur eine geringe Zahl von Städten hat bisher Förderprogramme und feste Etatposten zur Unterstützung freier Gruppen eingerichtet. Daher kann es auch kaum überraschen, daß in der sonst so akribischen Kulturstatistik Angaben zur Förderung von Soziokultur und autonomer Kulturarbeit unberücksichtigt bleiben. Es fehlt bislang an einem auch nur einigermaßen systematischen Überblick über die Kulturarbeit außerhalb der traditionellen Stammhäuser der Kultur.

Um genaueres Zahlenmaterial über die kommunale Förderung der freien Kulturszene zu erhalten, führten die Autoren 1988 in 50 bundesdeutschen Groß- und Mittelstädten eine Umfrage über deren Förderungspraxis durch. Die Ergebnisse stellen sich wie folgt dar:

Die Gesamthöhe der Förderung freier Kulturinitiativen durch die befragten Städte beläuft sich auf ca. 33 Mio. DM, was durchschnittlichen Pro- Kopf-Ausgaben von 3,13 DM entspricht. (Zum Vergleich: die durchschnittlichen Pro- Kopf-Ausgaben für Kultur in den Städten über 20.000 EW betrugen 1985 ca. 138 DM.) Die befragten Städte verwenden durchschnittlich nur 1,27% ihrer Kulturausgaben für die freie Kulturszene. Von Förderungsmitteln für freie Kulturinitiativen kommen durchschnittlich 72% aus dem Kulturetat, 10% aus dem Sozialetat, 7% aus dem Bereich Stadtentwicklung / Bauen/Wohnen, 5% aus dem Volksbildungsetat sowie 2% aus Sondermitteln.

Mit den Förderungsmitteln im autonomen Spektrum werden hauptsächlich die Sparten Musik (24,8%), Soziokulturelle Zentren (24,7%) und Theater (16,5%) gefördert, erst mit weitem Abstand folgen Bildung (6,9%), Film/Video (5%), Ausstellungen/Museen (4,6%), Ausländerkultur (2,9%), Frauenkultur (1,9%) und bildende Kunst (1.8%) (Rest: Sonstiges, 10,9%).

20 der befragten Städte verfügen über Fonds zur Förderung der freien Kulturszene. Insgesamt sind diese Fonds mit ca. 11 Mio. DM ausgestattet, d.h. etwa ein Drittel der gesamten Förderungsmittel wird über spezielle Fonds verteilt.

In jeweils 74% der Städte besteht die Möglichkeit der einmaligen bzw. dauerhaften Förderung; in 76% der Städte ist die Mittelvergabe für Projektförderung, in 50% für Sachmittel, in 26% für Spielstättenförderung und in 22% für Personalkosten möglich (Mehrfachnennungen).

10 Städte verfügen über spezielle gesetzliche Regelungen für die Förderungen freier Gruppen. In 71% der Städte entscheiden Ausschüsse und in 55% Verwaltungsstellen bzw. Sachbearbeiter über die Mittelvergabe, in nur 12% der Städte existiert ein Beirat (Mehrfachnennungen). 70% der Städte fordern bei der Mittelvergabe keine besondere Rechtsform der Antragssteller, 30% vergeben Mittel nur an eingetragene Vereine (in einem Fall sogar nur an gemeinnützige Vereine), in 4% der Städte ist die Mittelvergabe auch an privatrechtlich organisierte Träger möglich.

Die Streuung der Werte zwischen den einzelnen Städten ist äußerst groß. Es gibt keine eindeutige Zahlen zwischen der Höhe der Pro-Kopf- Ausgaben für freie Kultur und der Größe der Städte, ihrer regionalen Verteilung oder der Höhe der gesamten Kulturausgaben bzw. des Gesamtetats. Die Uneinheitlichkeit der Ergebnisse läßt den Schluß zu, daß die Höhe der Ausgaben für autonome Kultur weniger von äußeren Faktoren, sondern vielmehr durch das Engagement und die Betroffenheit der politisch Verantwortlichen bestimmt wird.

Heute stellt sich die Förderung freier Kulturarbeit von wenigen Ausnahmen abgesehen äußerst bescheiden dar. Die Mittel sind i.d.R. begrenzt und machen nur einen verschwindend geringen Teil der Kulturhaushalte aus. Unter der gegenwärtigen Finanzkrise der Kommunen haben die autonomen Kulturinitiativen besonders zu leiden, denn bei der tarifvertraglich abgesicherten institutionellen Kultur wird nicht gespart.

Aber was sind 30-40 Mio. DM pro Jahr, die für die soziokulturellen Zentren in Baden- Württemberg gefordert werden, wenn der Bau einer Essener Oper 132 Millionen, eines Berliner Kammermusiksaales 150 Millionen kosten und für den Bau von zwei historischen Museen noch eine halbe Milliarde aufzutreiben ist? Daß über das Defizit von 7 Millionen für eine Napoleon- Ausstellung (Stuttgart) weniger geredet und debattiert wird als über einen Fonds von 500.000 für die Soziokultur in Baden-Württemberg erstaunt da niemand mehr – so sind eben die Verhältnisse.

Trotz unzureichender Förderung hat sich ein breites Spektrum von autonomen Kulturinitiativen in den letzten Jahren herausgebildet. Genaue Statistiken über die Größenordnung des alternativen Kulturbetriebes liegen nicht vor. Nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit arbeiteten jedoch 1981 etwa 40% aller „Alternativprojekte" im Bereich Kunst, Kultur und Kommunikation. Das entspricht ca.5.000 aktiven Gruppen.

Wer Soziokultur mit Gegenkultur verbindet, spricht von Krise, oder man/frau handelt sich den Vorwurf der Vereinnahmung und Anpassung ein. Nicht zu übersehen ist die Orientierung am Markt, um sich selber zu tragen.

Soll die freie Kulturszene überleben , bedarf es verbesserter Rahmenbedingungen. Konkret heißt dies: mehr feste Haushaltstitel für Soziokultur und eine umfassende Projektförderung sowie ein unbürokratisches und flexibles Förderungsinstrumentarium, Weiterbildungsangebote und Beratungsstellen für die Projektmitarbeiter, die kostenlose Überlassung von Proben-, Atelier-, Arbeits- und Auftrittsräumen sowie die Einrichtung von Technik- und Fahrzeugpools, die Integration freier Kulturinitiativen in offizielle Kulturangebote wie Stadtfeste, Kulturringe oder Städtepartnerschaften und nicht zuletzt die Förderung der Vernetzung der freien Kulturszene auf kommunaler, regionaler und Bundesebene.

Literaturhinweis:
Eve Bösser/Bernd Vorjans, Kommunale Förderung autonomer Kulturinitiativen in der BR Deutschland, Berlin 1988

Demo-Abschlußkundgebung vor dem Kultur & Kommunkationszentrum KOMM, Nürnberg *Foto: Arno Huber*

Institutionen-Handbuch Arbeitsmarkt und Beruf

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit gibt dieses, 1983 erstmals erschienene, jetzt völlig überarbeitete Institutionenhandbuch heraus (Schutzgebühr: 20,-- DM).

Das Verzeichnis bietet einen Überblick über 792 Einrichtungen, die sich politisch, wissenschaftlich, administrativ oder interessenverbandlich mit Fragen aus Arbeitsmarkt und Beruf befassen.

Bestellungen:
Landesarbeitsamt
Nordbayern
Regensburger Str. 100
8500 Nürnberg 30

Johnsen: Von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung

Innerhalb von nur drei Jahren vollzogen die hessischen Grünen die Wandlung von der Fundamentalopposition zum Regierungskoalitionär an einem sozialdemokratischen Kabinettstisch.

Das vorliegende Buch analysiert und untersucht diesen rasanten Prozeß.
Der Autor beschreibt mit einer herzhaften Offenheit öffentliche und interne Querelen, zeigt Zwänge und Strukturen auf, beleuchtet Hintergünde.
Ein spannendes Buch über die „wilden Jahre" der Grünen.

152 Seiten 16.80 DM ISBN-3924800-05-7

Sp-Verlag
Schüren
Deutschhausstr. 31
3550 Marburg
Bestellungen:
direkt beim Verlag
oder in jeder guten
Buchhandlung

Perspektiven der Soziokultur

Red. Tarifa Interview mit Peter Hess, Mitarbeiter im KOMM (Kommunikationszentrum) und Mitglied des Jugendwohlfahrtsausschusses in Nürnberg.

CONTRASTE: Seit cirka 15 Jahren gibt es die sogenannte Soziokultur in der Bundesrepublik. Wie entstand diese, welchen Bedingungen ist sie ausgesetzt?

Peter Hess: Soziokultur war damals einerseits ein Ausläufer der Jugendzentrumsbewegung, andererseits ein Produkt des Umdenkens in der Sozial- und Kulturpolitik einiger Großstädte. Es wurden in dieser Zeit den Bedürfnissen nicht mehr traditionell organisierter Jugendlicher, autonomer Künstler und politischer Bewegungen entsprechende Einrichtungen geschaffen, die Handlungsmöglichkeiten eröffneten, den Gedanken von fortschrittlicher Kultur zu verwirklichen. Heute steht Soziokultur relativ „etabliert" zwischen der bürgerlichen Hochkultur und den sich neu entwickelnden Subkulturen. Die Generation der Soziokultur tut sich hierbei besonders schwer mit der neuen Jugendkultur (psychos, grufties, skins), da diese nichts mit politischen Inhalten und Selbstverwaltungsstrukturen zu tun haben wollen. Folge könnte sein, daß die Soziokultur in Zukunft nur 2-3 Generationen umfaßt, welche sie tragen und weiter entwickeln können.

Von welchen Bedingungen ist Soziokultur konkret abhängig? Wie sieht es in Nürnberg aus?

Das wichtigste ist, daß soziokulturelle Zentren von engagierten aktiven Gruppen und politischen Bewegungen getragen werden. Es müssen ein basisdemokratischer Konsens und gewisse solidarische Strukturen vorhanden sein. Dazu kommt, daß Soziokultur fast immer öffentliche Unterstützung benötigt. Diese hängt von Mehrheitsverhältnissen in den Rathäusern, aber auch von den örtlichen Medien ab.

Eine ideale Zusammensetzung, wie in Nürnberg, stellt eine rot-grüne Stadtratsmehrheit dar, welche jetzt über Jahre hinweg die Gelder erhöht und Räume zur Verfügung stellt. In CDU/CSU-regierten Städten war und ist dies bisher nicht dazu gekommen. Durch diese Entwicklung entstanden auch viele Alternativprojekte, die wiederum derartige Zentren als Treffpunkt benutzen und dort Mittel ausschöpfen. In Nürnberg waren dies alternative Zeitungen, Video-Initiativen, aber auch soziale Projekte in der Drogenarbeit. Das erweiterte das Blickfeld der Soziokultur und es wäre zu diskutieren, inwieweit der Begriff von Soziokultur die Trennung von sozialen und kulturellen Bereichen aufheben könnte,denn bislang ist Kultur zu sehr mit Kunst verbunden und Soziales mit Sozialarbeit.

Wir danken für das Interview!

Interview: Heike Schmidt/Redaktion Berlin

Verzicht verhindert Verwüstung

Red. Südwest/Heidelberg Mit vielfältigen Informationen und Veranstaltungen wenden sich Natur- und Umweltschutzverbände wie Robin Wood, BUND, WWF und viele Regenwaldinitiativen gegen die Zerstörung des tropischen Regenwaldes. In den letzten zwei Jahren traten diese Verbände immer stärker mit ihrem Anliegen an die Öffentlichkeit, stellten Bürgeranträge in Stadträten, riefen die VerbraucherInnen zum Tropenholzverzicht auf und setzten sich mit mehr oder weniger großem Erfolg mit dem lokalen Holzhandel auseinander.

Götz Paschen

Zerstörungsrate sekundenschnell

Ursprünglich bedeckte der Regenwald 14% der Landmasse der Erde. Heute sind es nur noch 6-7%. Über 40% der Regenwaldflächen wurden in den letzten 40 Jahren zerstört. Wenn die bisherige Zerstörungsrate fortgesetzt wird, existiert im Jahr 2050 kein Regenwald mehr auf dieser Erde. Jährlich nimmt die Fläche um etwa 20 Millionen Hektar ab - alle 15 Monate ein Gebiet von der Größe der Bundesrepublik, jede Sekunde die Fläche eines Fußballfeldes.

Große Artenvielfalt

Im tropischen Regenwald leben etwa 50% aller Tier- und Pflanzenarten der Erde, gemessen an der Fläche, die er bedeckt (6-7% der Landmasse), eine unverhältnismäßig große Artenvielfalt. Er ist Lebensraum einiger Hundert Millionen Waldbewohner, die z.B. als Kautschukzapfer, Nußsammler oder Kleinfischer den Regenwald für sich zu nutzen wissen. Aufgrund der Artenvielfalt existieren im Regenwald immense genetische Ressourcen, die sowohl für die Pharmaindustrie als auch für die Welternährungssituation von Bedeutung sein können, wenn man bedenkt, welche Kulturpflanzen aus den Regenwaldgebieten stammen. Nicht zuletzt die wichtige Rolle für das Weltklima spricht für den Verzicht auf Tropenholz und damit den Schutz des Regenwaldes.

Auch bei selektiver Nutzung 65 % Zerstörung

Die für die Holzindustrie interessantesten Bäume stehen in alten geschlossenen Regenwaldflächen. Nur wenige Holzsorten sind für die Holzindustrie attraktiv, so daß aus großen Waldstücken nur einzelne Bäume verarbeitet werden. Der so oft von Importeuren zitierte selektive Holzeinschlag bedeutet zwar, daß nur einzelne Bäume genutzt werden, es wird aber nie davon gesprochen, daß auch bei selektiver Nutzung bis zu 65% der Waldfläche zerstört werden.

Im Gegensatz zu europäischen Wäldern sind die Waldböden des Regenwaldes eher karg. Die Fruchtbarkeit des Waldes liegt in ihm selbst. Der größte Nährstoffanteil des Regenwaldes befindet sich in der Biomasse der Regenwaldvegetation und nicht im Boden. Wenn nun der Wald gerodet wird, trocknet die dünne Humusschicht aus, und durch die Niederschläge in der Regenzeit kommt es zur Erosion. Die Zerstörung der Bodenoberfläche durch die schweren Maschinen, die bei der Rodung eingesetzt werden, beschleunigt diese Entwicklung. Die Folgen der Waldzerstörung für das lokale Klima sind einerseits Überschwemmungen, weil die Wasserspeicherfunktion des Waldes fehlt, andererseits folgen Dürren, und es kommt zur Ausweitung der Wüsten. Die Sahara z.B. dehnt sich jährlich 10 Kilometer nach Süden aus.

Straßen machen Zerstörung erst möglich

Da für den Transport des Holzes Straßen gebaut werden müssen und oft große Waldflächen die Holzfäller von den exportrelevanten Baumgruppen trennen, entstehen lange und weite Straßennetze und Schneisen, auf denen nach Ausbeutung der Holzbestände die Brandrodungsbauern und landlosen Siedler in den Wald eindringen. So sind die Holzexporteure zwar nicht diejenigen, die den Wald am nachhaltigsten schädigen, sie sind es aber, die durch die Öffnung der vorher unzugänglichen Wälder die endgültige Zerstörung erst möglich machen.

Diese Waldbesiedlungspolitik liegt oft sogar im Interesse der Regierungen, da somit die armen Kleinbauern, die von den Plantagen- und Farmbesitzern von ihrem Land vertrieben wurden, hier neues Land finden und dadurch die Probleme verlagert werden können. Allerdings bieten die ehemaligen Regenwaldflächen für die Siedler keine langfristige Ernährungsgrundlage, da die Qualität des Bodens und die Erosion eine Bewirtschaftung über einen längeren Zeitraum nicht zulassen.

Die Waldzerstörung ist nicht nur für das lokale Klima folgenreich. Die Vegetation, die ehemals Kohlendioxid aufgenommen hat, wird jetzt durch die Brandrodung und die Verbrennung des Holzes, das die Holzfäller liegengelassen haben, in Kohlendioxid umgewandelt. Die Folge, zusammen mit anderen weltweiten Einflüssen, ist der Treibhauseffekt, der sich auf das Weltklima bei gleichbleibender Entwicklung verheerend auswirken wird.

Straßen stoppen Schmetterlinge

Wie schwerwiegend allein der Bau von Straßen für das empfindliche Gleichgewicht im Regenwald sein kann, zeigt sich daran, daß viele Schmetterlingsarten diese Schneisen nicht überfliegen können, weil sie auf eine gewisse Luftfeuchtigkeit angewiesen sind, die nicht nur in den Schneisen selbst, sondern auch in den angrenzenden Waldflächen nicht mehr gegeben ist.

Ein Beispiel dafür, wie unwirtschaftlich und rücksichtslos die Exporteure mit dem Regenwald umgehen, ist die Tatsache, daß die „Holzabfälle" allein in Südostasien auf 100 Millionen Kubikmeter pro Jahr geschätzt werden, was der doppelten Menge des gesamten Weltexportes entspricht. Der Wert dieser Verluste ist groß, wenn sich das Handelsvolumen schon auf ungefähr 7,6 Milliarden US-Dollar beläuft. Der Zerstörung stehen geradezu lächerliche Wiederaufforstungsalibiversuche gegenüber. Für zehn gefällte Urwaldriesen wird ein Steckling gepflanzt.

Zu den Tropenholzexportländern gehören in Südostasien Indonesien, Malaysia und die Philippinen, in Afrika Liberia, Elfenbeinküste, Ghana, Kamerun, Gabun, Volksrepublik Kongo und Zaire und in Lateinamerika Brasilien. Die fünf wichtigsten sind Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Elfenbeinküste und Gabun. Sie exportieren 80% der Menge an tropischem Laubholz, die weltweit ausgeführt wird. Bis auf Indonesien wird der Zustand der Waldflächen bei allen wegen Übernutzung durch kommerziellen Holzeinschlag als in kritischem Zustand befindlich eingestuft. Alle vier Länder werden in zehn Jahren für den Export nicht mehr von Bedeutung sein, so die Prognose. Nigeria und Thailand, die auch einmal zu den wichtigsten Holzausfuhrländern gehörten, sind inzwischen wegen der Übernutzung der Wälder zu Importeuren geworden. Es wird damit gerechnet, daß der gesamte Tropenholzhandel bis zum Ende des Jahrhunderts auf weniger als 1/3 des derzeitigen Finanzvolumens zurückgehen wird. 48% des weltweiten Tropenholzexportes gehen nach Japan, das hauptsächlich von den südostasiatischen Staaten beliefert wird, 40% kommen nach Europa, hier stammen die meisten Holzarten aus afrikanischen Wäldern.

EG-Handelsschranken – wenig Geld

Da die Exportländer von den jeweiligen Importeuren (Japan bzw. Europa) direkt abhängig sind, bestimmen diese den Markt. Der Großteil des Importes weist eine minimale Verarbeitungsstufe auf, was dazu führt, daß mit dem exportierten Holz für die Erzeugerländer nur verhältnismäßig wenig Geld erwirtschaftet werden kann. In Afrika werden 59,9% des Exportwertes des Holzes in Form von Stämmen ausgeführt. Der Anteil an Halbfabrikaten wie Platten oder Schnittware hat in den letzten 25 Jahren nicht zugenommen. Eine wichtige Rolle spielen hier auch die EG Handelsschranken, die die Einfuhr von verarbeiteten Holzprodukten, die für die Erzeugerländer höhere Einkommen brächten, verhindern und die Einfuhr von Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern nicht begünstigen.

Die wichtigsten holzimportierenden Länder Europas sind Großbritannien, Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Spanien und die Niederlande. Die europäischen Firmen beherrschen durch ihre Tochtergesellschaften und Joint Ventures den afrikanischen Holzmarkt. Die deutschen Firmen sind in Zaire, Kongo und Kamerun vorherrschend. Die vier größten sind Hinrich Feldmeyer (mit 5 Tochtergesellschaften in Kamerun und Nutzungsrechten für mindestens 150.000 Hektar, und mit Tochtergesellschaften in der VR Kongo und an der Elfenbeinküste); die Danzer-Gruppe (mit Tochtergesellschaften in Brasilien, der Elfenbeinküste und Zaire, wo sie 1983 für die Hälfte des Holzexports verantwortlich zeichnete); die Holimex Gruppe (900.000 Hektar in Zaire) und Introp Tropenholz (147.000 Hektar in Kamerun).

Holzhandel ist das zentrale Problem

Es muß noch einmal betont werden, daß der Holzhandel beim vielschichtigen Problem der Waldzerstörung in zahlreichen Gebieten, in denen die geschlossenen tropischen Regenwälder bedroht sind, eine zentrale Rolle spielt. Der kommerzielle Holzeinschlag ist zwar „lediglich" der zweitwichtigste Grund für die Zerstörung von tropischem Regenwald, in Hektar ausgedrückt, aber durch den Bau von Straßen öffnet er vorher unzugängliche Wälder und ermöglicht somit erst die vollständige Zerstörung des vorher unberührten Gebietes.

Angesichts der Tatsache, daß Tropenholz in allen Bereichen durch europäische Holzarten oder andere Werkstoffe gleichwertig zu ersetzen ist, erscheint es unsinnig, daß nicht darauf verzichtet wird. Nur eine gezielte Verbraucheraufklärung und der nötige politische Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft können eine Rettung der übrigen Flächen dieses phantastischen Ökosystems möglich machen.

Verzicht erhält Identität

Red. Südwest Immer mehr Schreinereien verzichten freiwillig auf die Verarbeitung von tropischen Hölzern. Obwohl die Wurzeln der Öffentlichkeitsarbeit und der ersten öffentlichen Verzichtserklärungen sicherlich auf die holzverarbeitenden Collective zurückgehen, sind es heute bei weitem nicht mehr nur diese, die sich öffentlich zu einem Verzicht auf tropische Hölzer bekennen. Im Gegeteil laufen die Collective eher Gefahr, im Rahmen des Ökomarketings normaler Chefbetriebe, die Vorreiterrolle in dieser Frage zu verlieren, wenn sie sich die weitere Modifizierung der gesetzten Maßstäbe aus der Hand nehmen lassen. Auch Stadtverwaltungen und kleinere Gemeinden ergreifen im Rahmen des sich wandelnden Bewußtseins oft von sich aus die Initiative, bei Ausschreibungen auf die Verwendung von Tropenhölzern zu verzichten. Wo dies noch nicht der Fall ist, könnten die ansässigen Selbstverwalteten Schreinereien eben diese Initiative ergreifen und auf die Problematik aufmerksam machen. Daß diese nicht nur bei der Verarbeitung von Massivholz entsteht, soll im folgendem deutlich gemacht werden.

Andreas Küstermann

Das ursprüngliche Ansinnen des Importes von tropischen Hölzern war sicherlich, finanzkräftigen KonsumentInnen das exotische Flair der „kolonialen Errungenschaften" zu exotischen Preisen ins Haus zu liefern. So waren damit anfangs auch keine Massenartikel verbunden, sondern individuelle Anfertigungen für KundInnen, die sich diesen Luxus leisten wollten.

Heute Massenartikel

Mittlerweile hat sich dies ins Gegenteil verkehrt: Das Gros der Produkte sind Massenartikel für einen breiten Markt oder teilweise sogar unsichtbare oder Wegwerfprodukte wie Mittellagen für Türen oder Verpackungsmaterial für Überseetransporte bei Motorradteilen aus Japan. Es wird versucht, aus jedem Stückchen Holz noch ein irgendwie vermarktbares Produkt zu gewinnen, und zwar nicht aus Gründen der reinen Zweckmässigkeit, sondern einfach, weil die Hölzer im Zuge des Raubbaus die billigste Rohstoffquelle sind.

Überall Tropenholz

In der Produktion eines Handwerksbetriebes treten Hölzer aus tropischen Regenwäldern in verschiedenen Formen in Erscheinung:

1. als Rohmaterial in Form von besäumten Bretter-/Dielen und Furnieren, die zur Fertigung von Möbeln oder sonstigen Produkten verwendet werden können.
2. als Halbware, d.h. in Form von Sperrfurnieren bei Tischlerplatten (z.B. Gabun), Furnierplatten (z.B. Ayous), Sockelleisten (z.B. Limba, Framire) und vielen anderen Produkten, die in vorgefertigtem Zustand geliefert werden und in der Schreinerei nur noch veredelt oder weiterverarbeitet werden, und
3. als Fertigprodukte oder Handelsware, die der/die SchreinerIn nur noch liefert und/oder montiert. Hier sind es vor allem Fertigtürenelemente (z.B. Limba, Maccore, Mahagonie,..) die durchweg billiger angeboten werden, als Türelemente aus einheimischen Hölzern.

Beratung ist wichtig

Bei Punkt 1, der Verarbeitung von rohen Hölzern, ist es am unproblematischsten, schon während der Beratung mit der Kundschaft oder im Rahmen einer Ausschreibung kundzutun, daß eine Verarbeitung exotischer Hölzer in dieser Schreinerei nicht in Betracht kommt, man aber in der Lage ist, Alternativen anzubieten, die gestalterisch und konstruktiv nicht nur Ersatz, sondern eine echte Alternative darstellen. Diese Argumente waren zumindest bei uns im Betrieb immer fruchtbar, da Kundschaft, die u.a. wg. ihren ökologischen Ansprüchen ein Schreinereicollectiv aufsucht, für solche Argumente immer zugänglich ist. Die Bereitschaft zu signalisieren, daß im schlechtesten Fall auch auf den Auftrag verzichtet wird, halte ich aus Gründen der Konsequenz und Glaubwürdigkeit allerdings für unabdingbar. Ersatzhölzer zu finden, die farblich ähnlich sind,

Fortsetzung nächste Seite

Wohnen/ Biete

Wir Christine (29) und Peter (30) sind politisch sehr aktiv, essen gerne vegetarisch/biologisch, machen gerne Musik und versuchen, soweit als möglich, Widersprüche eingeschlossen, umweltbewußt zu leben und Alternativen zu verwirklichen – in Partnerschaft und Beruf. Wir stehen zu unseren eher bürgerlichen Vorstellungen von Ordnung und Sauberkeit. Gibt es ein nichtrauchendes Paar mit Kind für unsere WG im Münchner Osten, das ähnliches von sich behauptet?
Chiffre: Marlboro

Ich suche ab spätestens April '89 einen Platz in einer WG oder ein Zimmer/kleine Wohnung in Frankfurt.
Götz Paschen
Thorner Str. 20
4700 Hamm 1
☎ (02381) 67 17 31 priv.
oder 89 32 62 dienstl.

Reisen

Kinderparadies Isole: Bauernhof in den Bergen der Toscana, 720m ü.M., 15 km von Cortona, vermieten 1- oder 2-Zimmerwohnung.
Infos: ☎ (0039 575) 69 10 68 (deutschsprachig)

Reisekultur von Mensch zu Mensch nennt sich der neue Rundreisekatalog des Frankfurter Veranstalters ABBAKUS für 1989.

Der 28seitige Farbkatalog offeriert 35 Rundreisen in die Länder Türkei, UdSSR, USA, Cuba, Malta, Ungarn, sowie Badereisen an die türkische Riviera. Alle Reisen werden von ABBAKUS-Reiseleitern begleitet, die neben dem kulturellen Erlebnis Kontakte zu Land und Leuten herstellen wollen.
ABBAKUS
Mainzer Landstr. 92
6000 Frankfurt 1
☎ (069) 74 01 87-8

Jobs

Wir machen in **Erlangen** (Franken) Automatisierung mit Mikroprozessoren, Schwerpunkt **Software** und suchen für sofort oder später MitarbeiterIn.
Positive Einstellung zu Selbstverwalteten Betrieben erwünscht. Anfragen und Bewerbungen an:
afra Gesellschaft für anwenderfreundliche Automatisierung mbH
Gebbertstr. 40
8520 Erlangen

Machen sich wirklich alle **Landschaftsgärtner,** die was können, selbständig?
Wir haben auf jeden Fall noch Platz für jemanden, der das Abenteuer Selbständigkeit sucht, aber nicht als Lonesome-Fighter enden möchte.
Wir suchen ab sofort einen **Landschaftsgärtner** oder einen Mann mit handwerklicher Erfahrung und Lust auf Garten-Baustellen.
Wir bieten außer dem üblichen: Frühgymnastik unter dem Motto „Heben und Überleben".
Blattwerk Gartengestaltung mbH
Libanonstr. 72a
7000 Stuttgart 1
☎ (0711) 46 84 08

Selbstverteidigungsverein für Frauen u. Mädchen „Aura" sucht femin. Trainerinnen (Judo, Kung- Fu, Aikido...).
Gostenhofer Hauptstr. 50
8500 Nürnberg 70
☎ (0911) 28 46 29

Für unseren biologischen Weinbaubetrieb mit Kellerei und Selbstvermarktung suchen wir ab 1.3.89 für 6 Monate **Praktikanten (in)** für Kost, Logis und 200,- DM TG.
Weingut Sonnenwirbele
Bahnhofstr. 7
7817 Ihringen
☎ (07668) 803

Buchladen sucht MitarbeiterIn. Erfahrungen aus Buchhandel oder kaufmännischen Bereich sind erwünscht. Breites Arbeitsfeld bei mäßiger Bezahlung verlangt viel Engagement. Der Betrieb besteht 5 Jahre und wächst kontinuierlich. Beginn: März.
Attatroll Buchladen GmbH
Herner Str. 16
4350 Recklinghausen

Bioladen in Köln sucht MitarbeiterIn mit Produkterfahrung für sachkundige, freundliche Kundenberatung, Ladenalltag, evtl. Organisationsarbeit. Teamerfahrung?
Dann ☎ (0221) 42 61 11

Wer möchte als zukünftiger Bestatter am Aufbau eines genossenschaftlich geführten Bestattungsunternehmens mit alternativen Akzenten mitarbeiten. Raum BN/K. Bedingung: Praktische Erfahrung o. Bereitschaft z. Einarbeitung.
Chiffre: Sargnagel

Maschinenbaubetrieb (Windkraftanlagen) sucht MitarbeiterIn für Vertrieb mit den Aufgaben: Bearb. v. Kundenanfragen, Verkaufstouren BRD, Organisation v. Messen u. Mitarbeit in der Selbstverwaltung. Wir erwarten Engagement und technisches Verständnis. Der spätere Einstieg als GesellschafterIn ist erwünscht. Der Einheitslohn beträgt 1.200,- DM + Kindergeld.
Bewerbungen an:
Südwind
Köpenicker Str. 145
1000 Berlin 36

Sonstiges

Der neue Selbsthilfeführer Mittelfranken ist erschienen. Erwendet sich an alle, die sich für Selbsthilfegruppen interessieren. Auf 174 Seiten finden sich 201 Selbsthilfegruppen im Raum Erlangen-Nürnberg-Fürth und Umgebung. Außerdem informiert der Selbsthilfeführer über 115 überregionale Selbsthilfe-Zusammenschlüsse.
Der Selbsthilfeführer ist im Buchhandel erhältlich sowie bei der Kontakt- u. Informationsstelle für Selbsthilfegruppen, Ohmstr. 2, 8520 Erlangen und kostet DM 9,50.

Dokumentation

Broschüre zu den Münchner Aktionen gegen IWF und Weltbank. Versuch der Einschätzung der IWF/WB-Kampagne. 36 S., A4, 3 DM, ab 10 Stck. 2,50 DM zzgl. Porto 1,50 DM.
Bestellungen an:
ZEF
Pariserstr. 7
8000 München 80
☎ (089) 44 84 810

Martin Binder

- Begrünungen
- Teichbau
- Gartengestaltung

☎ (07731) 5 16 48

Jobsuche

Suche Lehrstelle bzw. Umschulungsplatz in einer Selbstverwalteten Zimmerei. Ich bin 27 Jahre alt und möchte was lernen.
Andreas, Freiburg
☎ (0761) 70 92 96

Suche Handwerksprojekt oder Ausbildungsstätte. Ich bin ang. Schlossermeister, der aber mit einem Bein in der Jugendarbeit steht.
J. Hauß
Ebersstr. 38
1000 Berlin 62
☎ (030) 782 22 54

Frau (30) sucht ab März '89 Arbeit im Naturkostbereich (Norddeutschland). Habe 9-monatige NK- Fortbildung absolviert, Engagement und Erfahrungen im NK- Laden, Vollwertküche, Kollektiver Selbstverwaltung.
Marlies Martensen
Lilienthalstr. 18
1000 Berlin 61

Dipl.-Ing. (FH) Flugzeugbau (25) sucht **rüstungsfreien** Arbeitsplatz in einem Betrieb der regenerativen Energietechnik o. der Umwelttechnik. Ich bin Maschinenschlosser und kann PASCAL, FORTRAN und BASIC programmieren.
W. Hauser
Schillerstr. 51
5100 Aachen
☎ (0241) 7 64 01

Reformhausfachverkäuferin, 39, Erfahrung im Naturwarenfachgeschäft, Ausbildung Industriekauffrau und staatl. geprüfte Betriebswirtin, Schwerp. Rechnungswesen, sucht neue sinnvolle Aufgabe, bei der sie vorhandenes Fachwissen u. Erfahrung mit einbringen kann.
Chiffre: Naturwaren

Industriekaufmann mit EDV- Erfahrung (speziell EAL, EAE), sucht Tätigkeit.
Postfach 13 62
5040 Brühl

Ich suche eine Schneiderlehrstelle in einem selbstverw. Betrieb (gerne auch in der Provinz od. im Ausland, Natur erwünscht!) ab Aug./Sept. '89.
Christoph Hild
Elsterweg 4
4000 Düsseldorf 30
Tel. (0211) 42 24 08

Tagungshäuser

Unkonventionelles Tagungshaus im Wendland bietet für Gruppenreisen, -seminare und sonstige Treffen schöne Unterbringung zu erschwinglichem Preis.
Anrufen oder Prospekt anfordern bei:
Tagungshaus
Meuchefitz 12
3131 Küsten
☎ (05841) 59 77

Verkäufe

Grafische Betriebe

„Busch" - Feuchtwalzenwaschmasch., 95 cm breit, mit Rakel für 100,- DM abzugeben.
Druckerei Rumpel
Lamprechtstr. 6-8
8500 Nürnberg 30
☎ (0911) 47 33 35
Telefax (0911) 49 36 42

Beim Ökofonds der Grünen Niedersachsen ist die Stelle der

Geschäftsführung

wegen Ausscheidens des bisherigen Stelleninhabers zum 1. April 1989 zu besetzen.

Folgende Aufgaben sind zu erledigen:
- Verwaltung der Anträge
- Beantwortung der Anfragen
- Finanzverwaltung in Zusammenarbeit mit der SchatzmeisterIn
- Unterstützung der 5 Vergaberatsmitglieder bei der Betreuung
- Organisation und Durchführung der Nachbetreuung
- Organisation und Durchführung regelmäßiger Berichterstattung in der Grünen Illustrierten Niedersachsen
- Unterstützung bei der Vernetzung themenähnlicher Projektgruppen
- Vertretung in Gremien
- Ansprechpartner für Projekte, Kreisverbände, Netzwerke, öffentliche, kirchliche und allgemeine Fördereinrichtungen

Die GeschäftsführerIn des Landesökofonds ist bei den Entscheidungen nicht stimmberechtigt.
Die Dienst- und Fachaufsicht obliegt dem Vergaberat des Ökofonds, welcher der Partei rechenschaftspflichtig ist. Die Arbeit wird bisher nach Haustarif (1/2 Stelle) bezahlt (1.125,-- DM plus Sozialzuschläge – nach Bedarf für erwerbslose Familienangehörige – und Fahrtkostenzuschuß).
Die Entscheidung über die Stellenbesetzung obliegt dem Vergaberat. Die Anstellung erfolgt beim Landesverband der Grünen Niedersachsen, wobei der Ökofonds die Kosten übernimmt.
Bewerbungen mit Lichtbild und Lebenslauf nebst Aussagen über Erfahrungen in und mit der Alternativbewegung sind an obige Adresse zu richten.
Bewerbungsschluß ist der **20. Februar 1989** (Posteingang).

Fortsetzung:

Verzicht erhält Identität

oder durch Beizen, Pigmentieren oder Lasieren farblich gestaltet werden können, dürfte bei den 34 zur Auswahl stehenden europäischen Holzarten kein Problem sein.

Viel schwieriger wird es schon im Bereich der Plattenmaterialien unter Punkt 2. Gerade Schreinereicollective verarbeiten oftmals die qualitativ hochwertigere Tischlerplatte in verschiedenen Ausführungen. Auch Furnierplatten sind unter diesem Punkt ein häufig benötigter Werkstoff. Hier sind es nun nicht mehr die KundInnen, die es zu überzeugen gilt, sondern die LieferantInnen, bei denen man sich erst einmal wenig Einfluß verspricht und, die die Verarbeitung von tropischen Hölzern in ihren Produkten als etwas ganz Selbstverständliches hinnehmen.

Wir haben in diesem Bereich durch beharrliches Nachfragen und Suchen allerdings festgestellt, daß unsere Wünsche nach anderen Materialien erstaunlich schnell ernst genommen worden sind, sei es nun, daß diese sowieso im Angebot waren und wegen unseren eigenen Bestellgewohnheiten nicht wahrgenommen worden sind, sei es aber auch dadurch, daß in unserer Region eine relativ große Dichte von Schreinereien herrscht, die aus ähnlichen Gründen Ersatzprodukte gesucht haben und damit oftmals unabhängig voneinander die Wirkung über Nachfrage erzielt haben. Also ist es auch hier nun möglich, mit Pappel-, Birke- und Bucheplatten jeder Art Materialien an der Hand zu haben, die erstmal nicht dem Raubbau an den Regenwäldern entstammen.

Standards hinterfragen

Bei den unter Punkt 3 angeführten Fertigtürelementen, die ja oftmals auch aus wirtschaftlichen Gründen ausgewählt werden,ist meiner Meinung nach der wichtigste Punkt, zu hinterfragen, warum es z.B. Maccore sein soll. Oftmals stellt sich dann heraus, daß hier einfach das übernommen wird, was überall als Standard ins Auge sticht, manchmal ist es auch nur die Farbe rot, die gefällt. In beiden Fällen ist m.E. ein Ansatzpunkt da, z.B. Buchetürelemente mit oder ohne farbliche Gestaltung anzubieten, oder über dieses Infragestellen sogar zu einer komplett anderen Lösung zu kommen.

Der Einkaufspreis bei Buchetürelementen ist übrigens bei uns nur DM 60.-- höher, als der von solchen aus Exoten, allerdings gibt es Lieferzeiten von ca. 6 Wochen, die eine rechtzeitige Bestellung oder Vorratshaltung von gängigen Elementen notwendig machen.

Konsequenter Boykott

Diese teilweise vielleicht banalen Beispiele habe ich aufgeführt, um zu zeigen, daß ein konsequenter Boykott von Produkten aus tropischen Hölzern nicht bei Massivholz aufhört. Die offensive Beschäftigung mit den vielen genannten und ungenannten Produkten und das öffentliche Argumentieren gegen eine Verarbeitung bzw. Verwendung bis hin zur Einflussnahme auf Ratsentscheidungen sichert uns auch weiterhin die Initiative und damit auch unseren Markt, in dem wir tätig sind. Dieses Auftreten mit politischen Intensionen in dieser Richtung ist einem bürgerlichen Betrieb fremd, da hier das Prinzip gilt, erstmal keinem/r auch noch so weit entfernten potentiellen Kunden/in im Sinne einer „Schädigung des Rufs" zu nahe zu treten, denn sie haben ausser Profit ja kaum Prinzipien.

Diese Konsequenz halte ich nicht nur aus Gründen einer politischen Idendität für unabdingbar, sondern sie ist auch fester Bestandteil unserer betrieblichen Identität als Collective. Erhalten wir uns diese, so ist ein fester Bestandteil eines Collectivs/Selbstverwalteten Betriebes genau jene Glaubwürdigkeit, die einer ökologisch orientierten Kundschaft genug Markenzeichen sein kann, mit uns zu-

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎(06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.
Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.
Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.
In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.
Vertriebs-,Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.
Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Wolfgang Krösken, Freiligrathstr. 12, ☎ **(030) 691 99 22; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎**(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎**(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎**(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎**(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎**(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎**(0031) 20 84 36 95**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎**(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎**(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.I.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Regina Engel, Kantstr. 10, 3500 Kassel ☎**(0561) 2 28 38; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎(06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎(06221) 16 24 67

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

Demonstration gegen den §218 in Memmingen

- Solidarität mit den Memminger Frauen
- Weg mit dem §218

25. Februar 1989, 12 Uhr, Stadthalle
Anschließend (13.30 bis 16.30 Uhr) Information & Kultur in der Stadthalle
(UKB 5,– DM)

Statt Banken: StadtLeben!

Bürger melden sich zu Wort – Antworten Politiker?
Alternative Stadtbauplanung in Frankfurt
Es diskutieren: die Initiative zur Gründung eines Selbstverwalteten Ökozentrums/Frankfurt; Frankfurter Stadtverordnete verschiedener Parteien; Vertreter der Selbstverwaltungswirtschaft.
10. Februar, 20 Uhr, Mainzer Landstr. 147, 4. Stock, 6000 Frankfurt
ab 18 Uhr: „Mini-Projekte-Messe" hess. Alternativbetriebe
Infos: Petra (CONTRASTE-Red.)
☎ (06171) 7 80 11, Maud (FaPrik)
☎ (069) 86 99 35

Tagungshaus Niederkaufungen

Frauen in Projekten. Vom 10. bis 12.2.89. Was erwarten und erfahren speziell Frauen in Alternativprojekten? Sind hier konkrete Ansätze für ein Aufbrechen traditioneller Rollenzuweisungen zu erkennen oder verdeckt der formulierte politische Anspruch einen unveränderten Alltag? Bieten reine Frauenprojekte weitergehende Lösungen?

Leben in der Kommune. Vom 7. bis 9.4.89. An diesem Wochenende sollen Theorie und Erfahrungen im Zusammen-Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen vorgestellt werden. Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Anmeldung an:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

KoBI

Projekte und Initiativen erfolgreich initiieren

Eine aktuelle oder drohende Arbeitslosigkeit, aber auch der Wunsch nach selbstorganisierten Arbeitszusammenhängen oder auch das Gefühl der eigenen Ohnmacht im institutionalisierten Berufsalltag – all dies kann Anlaß sein, eigeninitiierte Projekte im pädagogischen, sozialen oder soziokulturellen Bereich zu entwickeln. Meist fehlen für diese Tätigkeiten die notwendigen Kenntnisse in den Bereichen:
- Rechts- und Organisationsformen
- Finanzierungskonzepte und Finanzierungsquellen
- Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit und Werbung
- Umgang mit Behörden und politischen Instanzen.

Um all diese Dinge soll es in einem Kompaktkurs über eine Woche gehen: Montag, 10.4. bis Freitag 14.4.89 beim Kommunikativen Bildungswerk in 4600 Dortmund 1, Adlerstr. 83. Eine ausführliche Beschreibung kann bei uns angefordert werden (☎ (0231) 14 31 23). Kosten: 280,– DM (ohne Übernachtung).

Diese Woche ist eine Kooperationsveranstaltung des Kommunikativen Bildungswerks mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Diplom-Pädagogen e.V. (BAG PÄD).

Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie & Selbstverwaltung

In Bielefeld befindet sich eine regionale AG unter obigem Titel in Gründung. Ziel der AG sollte es sein, eine kontinuierliche Diskussion über Theorie und Praxis der Alternativ-Ökonomie zu führen und öffentlich zu machen. Aufgerufen sind Mitglieder von Selbstverwalteten Betrieben/Projekten, Initiativen, StudentInnen, WissenschaftlerInnen und sonstige Interessierte aus Bielefeld und Umgebung.
Information:
Wolfgang Strengmann
c/o ASta Uni Bielefeld
Universitätsstr. 25
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 106-3436

Vortragsreihe:

„Rund um's Wirtschaften in Alternativbetrieben und Projekten". In Wiesbaden bietet der Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung eine Vortragsreihe an, die am 22.2.89 mit dem Thema „Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach den Steuergesetzen" eröffnet wird. Die Vortragreihe wird am 15.3.89 mit dem Thema „Rechtsformen für Unternehmen" fortgesetzt und findet im Cafe im Hilde-Müller-Haus, Wallufer Platz 15, Wiesbaden statt.
Die Themen der monatlichen Vortragreihe und weitere Infos können bei Ralf Seidel, Eschbachstr. 4, 6204 Taunusstein-Hahn angefordert werden.

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Ökol. Erneuerung alter Häuser Teil I
24. bis 26. Februar 1989
Aus vollem Schrot und Korn
10. bis 12. März 1989
Ökol. Erneuerung alter Häuser Teil II
17. bis 19. März 1989
Niedrigenergiehäuser
14. bis 16. April 1989

Bildungsurlaube

Ökologie und Pädagogik
19. bis 24. Februar 1989
Ökologische Wege beim Bauen und Heizen
6. bis 10. März 1989
Energiealternativen in der Praxis
9. bis 14. April 1989

Programmbroschüre & Anmeldeanschrift siehe oben

AG SPAK

AK Freire

Die Kultur achten – Alphabetisierung und Bewußtseinsbildung – „Befreiende Alphabetisierung" und keine „kulturelle Invasion". Herstellung einer kl. Ausstellung über solid. Alphabetisierung in der „3. Welt" und bei uns. Vorbereitung auf das „Internationale Alphabetisierungsjahr" (1990).
Vom 26.2. bis 1.3.1989 im Tagungshaus Albtraum bei Ulm.
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Heinz Schulze
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Praktikum in der 3.Welt?
Wegen der starken Nachfrage nochmals ein Intensivseminar. Sinn und Unsinn – Chancen, Probleme, Vorbereitung. Spez. für Stud. Päd. Soz. Päd. etc. – Keine Vermittlung von Praktikaplätzen.
Vom 1.3. abends bis 4.3.1989 im Tagungshaus Albtraum bei Ulm.
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

8. Europäische Messe der Öko-Biologischen Brot, Käse und Wein

Zu dieser Messe, die vom 3. bis 8. Mai 1989 in Rouffach (Elsaß) stattfinden soll, werden mehr als 30.000 Besucher erwartet.
Aussteller aus den Bereichen Öko-Biologischer Landbau, Weinbau, Handwerk, Umweltschutz können sich noch bei nachstehender Anschrift anmelden:
Foire ECO-BIO
F-68250 Rouffach
☎ 89 49 62 54

Aufruf zur Demonstration am 11.2.1989 in Essen

Nach mehr als einem Jahr Untersuchungshaft wird am 14.2.1989 vor dem Oberlandesgericht der Prozeß gegen Ingrid Strobl eröffnet. Die Anklage lautet auf Mitgliedschaft in den „Revolutionären Zellen/Rote Zora" und auf Beteiligung an dem Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Lufthansa am 26.10.1986 in Köln. Dieser Anschlag der RZ richtete sich gegen die Beteiligung der Lufthansa am Sextourismus und bei Abschiebungen von Flüchtlingen aus der BRD. Die Anklage basiert auf dem §129a StGB.

Neben der Forderung nach sofortiger Freilassung von Ingrid Strobl werden im Aufruf zur Demo noch folgende Forderungen gestellt: Einstellung aller Ermittlungen und Verfahren im Zusammenhang mit dem § 129a – Aufhebung der Haftbefehle – Abschaffung aller Sonderhaftbedingungen – Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen – Weg mit dem §129a.
Prozeßtermine:
14./15.2.;21./22.2. OLG Düsseldorf, Tannenstr.,
1./2./7./8./14./15./28.3.,
4./5.4. OLG Düsseldorf, Cecilienallee, jeweils 9.30 Uhr.
Spenden: Es werden dringend Gelder für die hohen zu erwartenden Prozeßkosten benötigt. Spenden auf das Konto: P. Nell, 23481-506, BLZ 370 100 50, Stichwort Prozeßkosten. **Nähere Informationen bei:** Stadt-Revue (Strobl), Maastrichter Str. 49, 5000 Köln 1
☎ (0221) 51 80 31.

Schweiz

Netzwerk für Selbstverwaltung

Arbeitsfreude und Arbeitsdemokratie.
Ziel und Inhalt: Wir wollen den Begriff der Arbeitsdemokratie, der über die formale Demokratie hinaus geht, erarbeiten. Wir wollen erkennen, in welchen persönlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen wir stecken. Wir wollen das Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Wir wollen uns darin unterstützen, Arbeitsfreude zu finden.
Methoden: Wir gehen aus von unseren persönlichen Bedürfnissen und Erfahrungen. Wir arbeiten mit Gesprächen und gebrauchen die natürliche Intelligenz unseres ganzen Körpers. Mit Konzentrationsübungen wollen wir unseren Idealen näher kommen.
Ort: Möglicherweise Gasthof Albishaus, 8135 Langnau a./A. (ZH)
Datum: Freitag und Samstag, 10. und 11. März 1989
Anmeldeschluß: 17. Februar 1989
Anmeldung & Information:
Netzwerk für Selbstverwaltung
Baslerstr. 106
8048 Zürich
☎ (01) 491 20 66

Lern=werkstatt

Spiritualität und Politik

Die Ideen von **Rudolf Bahro's** „Logik der Rettung" und unserem Projekt **Lernwerkstatt** wachsen in Niederstadtfeld (Eifel) zusammen.
Die Kommunität lädt ein zu einer Wochenend-Begegnung vom 10. Februar (19 Uhr) bis 12. Februar (14 Uhr).
Gebühr: 130,- bis 180,- DM incl. Unterkunft und Verpflegung
Anmeldung:
Schriftlich oder telefonisch an Lernwerkstatt
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 10 31 und 5 51

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.
Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).
Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

ISO

Kollektives Management „Was tun"

Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: – Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern –.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termin: 10. bis 12. März 1989
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

Organisation entwickeln – aber wie?
ibek Seminar
Organisationsentwicklung
für selbstverwaltete Betriebe und alternative Organisationen
12.2. – 15.2.1989
Programm und Anmeldungen
ibek GmbH
Telefon 0721 / 37 40 22

Nächstes Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien

Vom 7. bis 9. April 1989 im Tagungshaus Felsenkeller. Genaueres folgt in der März-Ausgabe der CONTRASTE.
Rechtzeitige Anmeldung an:
Handwerkergenossenschaft e.G.
Verbindungskanal,
Linkes Ufer 11-20
6800 Mannheim

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Moderationstechniken

Bildungsurlaubsseminar vom 8. bis 10.2.1989 in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit.
Moderationstechniken können dazu beitragen, daß Gruppensitzungen und Arbeitstagungen effizient und streßfrei ablaufen.
Anmeldung:
WDÖFF
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
☎ (0228) 67 46 63

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für
org. biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
☎ (05543) 7 82

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!